



Lateinamerika – Analysen und Berichte 11

Dietmar Dirmoser u. a. (Hrsg.)

Deutsche Geschäfte

304 Seiten, mit Photos, DM 24,80
ISBN 3-88506-211-9

Der elfte Band des Jahrbuches fragt danach, wie die »deutschen Geschäfte« in diesem Subkontinent aussehen.

Themenübersicht

Hanns-Konrad Friedrichs/Urs Müller-Plantenberg

Ein Leben für den geregelten Mittelabfluß – Zur Soziopsychologie des Stiftungsfunktionärs

Claus Leggewie

»Macht wird durch Überzeugung erst schön«

Bautzen-Santiago-Bautzen: Stationen konservativer Menschenrechtspolitik

Robert Hartog/Hermann Schulte-Sasse

Deutsche Pharma-Industrie in Lateinamerika

Peter Lock

Rüstung »Made in Germany« und Industrialisierung in Lateinamerika

Jörg Meyer-Stamer

Verblaßt der Stern von Rio? – Zur Bedeutung Lateinamerikas als Anlageregion für deutsche Multis

Ullrich H. Laaser

Die Populärmusik Lateinamerikas im Rahmen des internationalen Unterhaltungsmarktes

und Länderberichte über Brasilien, Chile, El Salvador, Guatemala, Mexiko, Nicaragua, Surinam und Miami/Florida.

Junius Verlag • Stresemannstraße 375 • 2000 Hamburg 50

Auf Anfrage versenden wir gern unser neues Verlagsverzeichnis!

JUNIUS

LATEINAMERIKA nachrichten

15. JAHRGANG DER

CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

März 1988

DM 4,50

168



NICARAGUA: Alles knapp

Aus dem Inhalt:

EL SALVADOR: Besuch bei zurückgekehrten Flüchtlingen / PERU: Bankenverstaatlichung / CHILE: Opposition und Plebiszit / ARGENTINIEN: Interview mit Oppositionsführer / Literatur und Diktatur / LATEINAMERIKA: Galeano und die wahre Demokratie

JUNIUS

INHALTSVERZEICHNIS

Editorial	3
— NICARAGUA: Am alltäglichen Mangel ersticken?	4
Kooperative Oro Verde zum dritten Mal überfallen	14
— EL SALVADOR: Heimgekehrt	15
— ECUADOR: Wahlen	25
— PERU: Bankenverstaatlichung	27
— CHILE: Die Lage der Opposition vor dem Plebiszit:	
Ernst aber nicht hoffnungslos?	39
Hoher Besuch beim Präsidenten	46
Colonia Dignidad: Der Freundeskreis	
wechselt die Front	48
— LATEINAMERIKA: Eduardo Galeano in Chile	50
— ARGENTINIEN: Interview mit dem Oppositionsführer	
im argentinischen Parlament	65
— ARGENTINIEN / KULTUR: Zwischen Exil, Selbstzensur	
und Widerstand	70
— REZENSIONEN: »Die Toteninsel« – Roman über Heimgekehrte	
und Dagebliebene im heutigen Chile	74
Uruguays neue alte Demokratie	75
»Somos ambulantes« – Straßenhändler in Lima	77
— ZEITSCHRIFTENSCHAU	78
— EINGEGANGENE BÜCHER	80
— TERMINE	80

Titelfoto: Cordelia Dilg

Impressum
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 168
März 1988
Jahrgang 15 der CHILE-NACHRICHTEN
erscheint monatlich
(mindestens 11 Nummern pro Jahr)

ISSN 0174-6342

Redaktion: Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Christian Klemke
Druck: Movimento, Berlin-West

Redaktionsschluß: 18. Februar 1988

Abo-Preise:
Individuelles Abo DM 50,- / Übersee-Luftpost DM 70,-
Institutionen-Abo DM 65,- / Übersee-Luftpost DM 85,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjährig berechnet, angefangene Jahre anteilmäßig.

Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postgirokonto Berlin-West 662 83-103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN
im Mehringhof
Gneisenaustraße 2
1000 Berlin 61
Tel. 030 / 693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 4 vom 1.3.1988

EIGENTUMSVORBEHALT
Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

EDITORIAL

Ein kalter Windhauch deutschen Herbstwetters lag Anfang des Jahres über dem Urteil, das im "Namen des Volkes" im Rechtsstreit des Mehringhofes gegen den Berliner Innensenator Wilhelm Kewenig erging. Erinnern wir uns: Im Zusammenhang mit der Volkszählung ließ Herr Kewenig über den Mehringhof, den Ort, an dem auch wir unserer Arbeit nachgehen, und über das Volkszählungs-Informations-Büro im Mehringhof am 17. Februar 1987 verlauten: "Abgesehen davon, daß der Mehringhof Veranstaltungs- und Kommunikationszentrum vor allem für die Gruppen der undogmatischen Neuen Linken und für das terroristische Umfeld ist, sind unter den sechs Boykottgruppen, die dieses Büro mit finanzieller Unterstützung der AL betreiben, zwei Gruppen, die von Linksextremisten bzw. Angehörigen des Berliner RAF-Umfeldes in ihrer Argumentation und ihren Aktivitäten stark beeinflusst werden."

Es wurde verkündet, daß Kritiker von staatlichen Anordnungen weiterhin ungestraft dem "terroristischen Umfeld" zugerechnet werden dürfen. Denn: "Das Anliegen des Senators, vor den Aktivitäten der Volkszählungsgegner zu warnen, rechtfertigt auch einen Hinweis auf Betätigungen im 'Mehringhof'. Im Rahmen der politischen Auseinandersetzungen war es insoweit gerechtfertigt, diese Veranstaltungen als Aktionen eines 'terroristischen Umfeldes' zu werten." (Urteilsbegründung, S. 18)

"Angesichts des Umstandes, daß der Senator für Inneres allgemein vom 'terroristischen Umfeld' gesprochen hat, läßt sich daraus schließen, daß er hiermit keine dem Wahrheitsbeweis zugänglichen Tatsachen behaupten wollte, ..." (S. 16). Tatsachenbehauptungen seien "der objektiven Klärung als wahr oder unwahr zugänglich", Meinungsäußerungen "durch Elemente des Dafürhaltens und Meinens geprägt" (S. 15). Außerdem sei der Begriff "Umfeld nicht klar umrissen"; denn "es ist keineswegs möglich, im Wege des Wahrheitsbeweises zu ermitteln, wo ein Umfeld beginnt und wo es endet!" (S. 16). Herr Kewenig meint vieles, was er nicht belegen muß, und ist in einem Rathaus tätig, von dem man im Sinne dieser undifferenzierten Meinungsfreiheit meinen dürfen können müßte, es sei das Umfeld eines Selbstbedienungsladens für Wirtschaftsverbrecher, was vielleicht zu belegen ist.

Solcherart "Meinungsäußerungen" wie des Herrn Senators dienen dazu, eine Atmosphäre zu schaffen, in der es gerechtfertigt scheint, daß - Staatsorgane nächtlings Türen knacken und - ohne Durchsuchungsbefehl in Räume eindringen, wie es am 1. Mai 1987 geschehen ist.

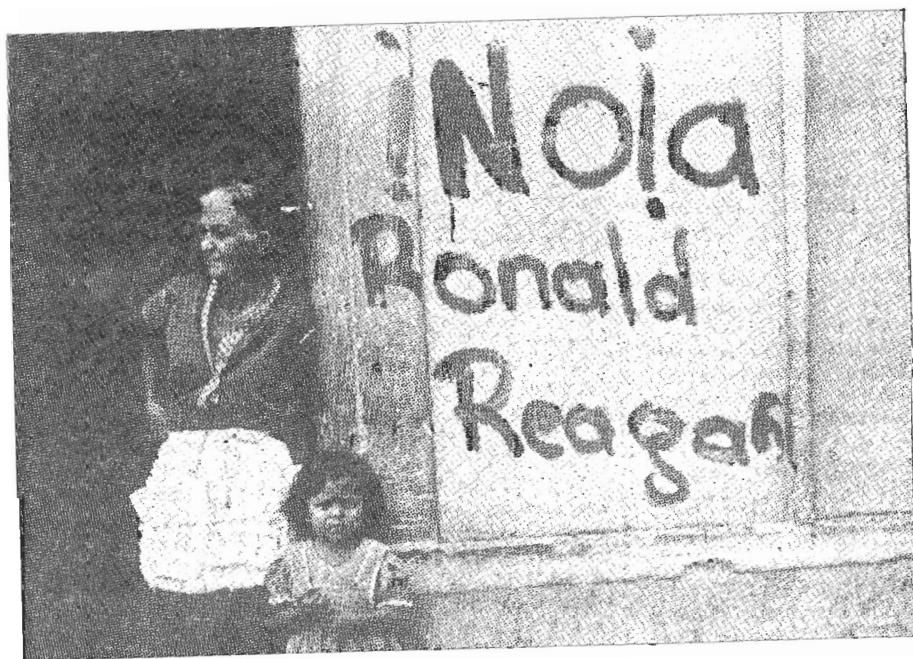
Da darf dann die Staatsanwaltschaft schon einmal eine Druckwerkstatt im Hause nach Raubdrucken durchsuchen (am 26. Januar 1988), wo jeder, der Augen im Kopf hat, hätte sehen müssen, daß hier weder technische noch organisatorische Mittel dafür vorhanden sind.

NICARAGUA

Am alltäglichen Mangel ersticken?

Wenn man auf die Propaganda Ronald Reagans hören würde, der wieder einmal mit allen Mitteln versuchte, den Kongreß davon zu überzeugen, daß nur durch die verstärkte Unterstützung der Contra der Frieden in Mittelamerika erreicht und die unmittelbare Gefahr für die nord-amerikanische Bevölkerung abgewendet werden können, hätte man den Eindruck, daß Nicaragua ein gefährlicher Koloß ist, der es nur darauf abgesehen hat, die USA anzugreifen und die US-Bevölkerung und die gesamte westliche Welt dem Kommunismus zu unterwerfen.

In Wirklichkeit ist Nicaragua ein winziges Land, das sich vor acht Jahren von seinem Diktator befreit hat und das jetzt im Chaos und seinen geballten Schwierigkeiten zu ersticken droht. Der Unmut der Bevölkerung wächst. Es wird immer schwieriger, den Alltag zu organisieren. "Escasez" (Knappheit, Mangel) ist das häufigst benutzte Wort derzeit in Nicaragua und jeder muß selbst sehen, wo er bleibt.



Busfahren ist eine Qual

Die viel zu wenigen und völlig überfüllten Busse erhöhen nicht gerade die Lust, sich aus dem Haus zu bewegen und zur Arbeit zu fahren. Wenn nach stundenlangem Warten der Bus endlich kommt, löst sich im Nu die lange ordentliche Schlange von Wartenden auf und verwandelt sich in ein dickes Menschenkneuel, wo getreten, gebissen, geschubst und geschlagen, durch die Fenster eingestiegen, der Fahrer bestochen wird... Der Mangel an Bussen und die Dringlichkeit, einen Bus nehmen zu müssen, macht die ruhigsten, braven Bürger zu Bestien. Wer langsam schaut oder ehrlich wartet bis er/sie an der Reihe ist, kommt nie vom Fleck. Man muß zwangsläufig lernen, sich durchzuboxen, und das im wahrsten Sinne des Wortes.

Endlich im Bus muß man ständig damit rechnen, begrabscht (im Gedränge kann man nicht immer so genau unterscheiden, was Absicht und was Zufall ist) oder beklaut zu werden oder zumindest mit aufgeschlitzten Taschen oder Hosen auszusteigen. Von Mitreisenden gewarnt wird man selten oder nur sehr unauffällig, da viele Diebe mit scharfen Messern bewaffnet sind und nicht allzu viele Skrupel zeigen, wenn sie sich in die Enge getrieben oder verraten sehen.

Das Transportproblem ist ein Teufelskreis. Durch die Überfüllung und Überbeanspruchung der Busse verschleßen sie viel schneller. Die fehlenden Ersatzteile und das rücksichtslose Umgehen der Busfahrer und Fahrgäste mit den Bussen führen dazu, daß neue Fahrzeuge innerhalb kürzester Zeit schrottreif sind und die Zahl der funktions-tüchtigen Busse immer kleiner wird.

In Managua, wo sich das Transportproblem am stärksten zeigt, haben mittlerweile findige Menschen aus der Not eine Tugend bzw. ein Geschäft gemacht: Auf den wichtigsten Routen (z.B. der Transfer zwischen den verschiedenen Märkten) sieht man jede Menge alter wackeliger Autos (Kleinbusse, Pick-ups), die als Collectivos ihre Fahrgäste entweder stehend auf der Ladefläche oder, etwas bequemer, auf provisorischen Holzbrettern oder Stühlen zum Preis von 1'000 Cordoba befördern. Doch die Fahrer klagen über die Rationierung und Knappheit von Benzin, die ihre Arbeit und Einkünfte erheblich behindern. Die staatliche Busgesellschaft ENABUS verlangt immer noch einen eher symbolischen Fahrpreis (in Managua 10 Cordoba, in León 100 C.), der jedoch nicht einmal einen geringen Anteil der Betriebskosten einbringt, was sich wiederum für die Reparaturen und die Ersatzteilbeschaffung negativ auswirkt (Außerdem sind 10- oder 100-Cordoba-Scheine kaum mehr im Umlauf und nur schwierig zu bekommen). Doch eine Fahrpreiserhöhung würde den Unmut der geplagten Hauptstadtbewohner nur noch größer machen. Und 'La Prensa' hätte wieder ein gefundenes Fressen, um den Sandinisten unsoziale Politik vorzuwerfen.

Beim Überlandverkehr weichen viele mittlerweile auf's Trampen aus. Doch auch das ist schwieriger geworden: Durch die wirtschaftliche Situation und das Problem der fehlenden Ersatzteile gibt es immer

weniger Autos. Es gibt aber auch immer weniger Autofahrer, die Leute mitnehmen, die am Straßenrand stehen. Dabei gibt es im Verhältnis zu den wenigen Autos relativ viele neue PKWs und Kleinlastwagen, Autos von aus dem Ausland finanzierten Projekten, Fahrzeuge von Organisationen, Ministerien, Staatsangestellten, Funktionären, Ärzten, Ingenieuren (besonders privilegierten Berufen) ...

Daß die sogenannten 'comerciantes', die Händler, keine Tramper mitnehmen, verwundert nicht weiter, aber daß sich sozusagen eine neue Mittelschicht bildet, die Arbeit, Einkommen und Auto hat und darüber die offensichtlichen Probleme im Lande, wie hier den Transport, nicht mehr sieht, schürt verständlicherweise die Unzufriedenheit der restlichen Bevölkerung.

Von staatlicher Seite aus wird argumentiert, daß es sich bei den Fahrern meist um Geheimnisträger handelt, die während der Fahrt z.B. noch wichtiges besprechen müssen, oder daß die Gefahr eines Contra-überfalls auf Staatsautos groß ist und somit eventuelle Mitfahrer gefährdet sind.

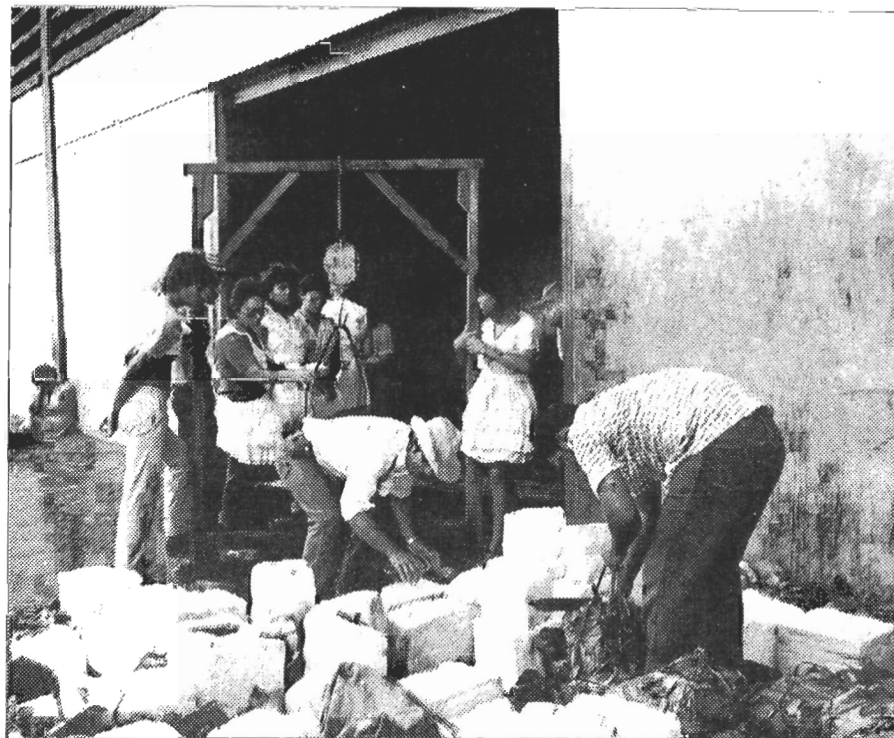
Die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln ist eine Last

Ein sehr ernstes Problem ist derzeit die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Während es in den vergangenen Jahren zeitweise schwierig war, die Verbraucher mit einzelnen Produkten zu versorgen (z.B. während der Trockenzeit gab es kaum Fleisch- oder Milchprodukte, was sich jedoch zu Beginn der Regenzeit wieder änderte), oder in einzelnen Regionen zwischendurch Versorgungsschwierigkeiten aus organisatorischen oder verkehrstechnischen Gründen auftraten, hat sich die Lage mittlerweile derart verschlechtert, daß es für viele Menschen ein großes Problem geworden ist, sich ihre alltäglichen Grundnahrungsmittel zu besorgen.

Nach der Revolution hatte die sandinistische Regierung die Grundnahrungsmittel (Reis, Mais, Bohnen, Öl und Zucker) zunächst subventioniert und in staatlichen Verteilerstellen gegen Berechtigungsscheine billigst verkauft (neben dem freien Verkauf auf den Märkten und Supermärkten), um Lebensmittel für alle zugänglich zu machen. Das hatte jedoch zur Folge, daß es für die Bauern günstiger war, die Grundnahrungsmittel in den Verteilerstellen billig zu erwerben als selbst zu produzieren, und zwang den Staat, die Grundnahrungsmittel teuer zu importieren. Daraufhin wurde im Juli 1985 die Subventionierung aufgehoben.

Da die Regierung immer noch zu Billigpreisen in ihren Verteilerstellen die Nahrungsmittel anbieten möchte, ist sie bemüht, zu möglichst niedrigen Preisen einzukaufen. Doch die Bauern verkaufen ihre Produkte lieber an freie Händler, die ihnen wesentlich bessere Preise bieten. Man kann es keinem Bauern verdenken, noch dazu, wenn man sich ihre miserable wirtschaftliche Lage vor Augen hält. Doch dies führt dazu, daß die staatlichen Verteilerstellen häufig leer sind.

Seit der Ernte 1987 hat sich die Regierung nun auch entschlossen, auf dem freien Markt mitzubieten, was ihr jedoch nur wenig Erfolg gebracht hat. Seit November 87 ist z.B. Reis fast nur noch auf dem Schwarzmarkt zu finden; ebenso Bohnen und Zucker kurz vor Weihnachten. Die Bevölkerung schimpft jedoch weniger auf die Schwarzmarkthändler, die horrenden Preise verlangen, sondern gibt der Regierung die Schuld.



Käse wird abgewogen und an die Marktfrauen verkauft

Ein Preisvergleich zwischen freiem Markt und staatlichen Verteilerstellen, laut Barricada vom 22. 12. 1987:

	freier Markt/ Supermärkte	staatl. Verteil- stellen/CAT (jedoch nur gegen Be- rechtigungsschein)
1 Dose Pulvermilch (2,25 kg)	100'000 Cord.	40'000 Cord.
1 Pfd. Tomaten	5'000 Cord.	2'000 Cord.
1 kl. Päckchen Suppenpulver	15-20'000 Cord.	9'000 Cord.
1 Pfd. Huhn	10'000 Cord.	7'000 Cord.
1 Dutzend Eier	10'000 Cord.	7'500 Cord.

Bei der Lebensmittelverteilung durch die Regierung gibt es unterschiedliche Arten: Da ist zum einen die Verteilung der Grundnahrungsmittel über die Stadtteile in den 'puestos' gegen Berechtigungsscheine an alle, die in diesem Stadtteil angemeldet sind. Die zweite Verteilungsart betrifft nur die arbeitende Bevölkerung aus staatlichen und Produktionsbetrieben (als Ausgleich zu den niedrigen Löhnen) in den CATs.

Mais und Bohnen durch Dürre verloren

Wofür die Sandinisten jedoch nun wirklich nichts können, ist die Trockenheit, die 1987/88 große Schäden verursacht hat. Die Regenzeit war in diesem Jahr viel zu kurz. Bereits im Oktober (normalerweise geht die Regenzeit bis Dezember) waren die saftigen Viehweiden zu dünnen Steppen geworden, Mais, Hirse, Sorgo und Bohnen vertrocknet. Die Wasserknappheit hat massive Auswirkungen auf Mensch und Vieh.

Dies wird in der Aussage von einem Vertreter der UNAG (nat. Bauernverband) deutlich, der allein für die Region Nord-Chinandega die Situation beschreibt: Von den 3'288 manzanas (1manz.=0,75 ha), die mit Mais bebaut worden waren, sind 3'000 verloren. Der auf dem restlichen Boden produzierte Mais lag bei ca. 6 Quintales, anstelle der erwarteten 20 (Barricada 12. 12. 1987). Für die meisten Bauern ist es unmöglich, die ihnen von der nationalen Entwicklungsbank (BND, Banco Nacional de Desarrollo) zur Verfügung gestellten Kredite zurückzubezahlen. Im Gegenteil: Sie brauchen zusätzliche Kredite für die neue Erntesaison und ihr Überleben.

Die Regierung rief Mitte Dezember den nationalen Ernährungsnotstand aus und sprach von einem Verlust von bis dahin mindestens 100 Mio. Dollar und von 530'000 direkt von der Trockenheit betroffenen Personen, in der Mehrheit Kleinproduzenten.

Wie sich die Trockenheit auf die Kaffee- und Baumwollproduktion, den beiden Hauptexportprodukten, ausgewirkt hat steht noch nicht genau fest. Es ist jedoch mit ziemlich großen Verlusten zu rechnen. Gerade beim Kaffee war es wie verhext: Der während der gesamten Reifezeit dringend erwartete und notwendige Regen setzte just in dem Moment ein, als zur Ernte mobilisiert wurde, und wusch die Kaffeebohnen in die Erde, wo sie vermoderten, bevor sie abgeerntet werden konnten.

So steht die Regierung nun vor der schweren Aufgabe, dringendst Lebensmittel zur Versorgung ihrer Bevölkerung aufzutreiben; dazu hat sie sich an UNICEF, WHO und andere Organisationen gewandt.

Preise und Inflation klettern weiter

In der Zwischenzeit steigen die Preise und auch die Inflation weiter. Während z.B. ein Brot Anfang Oktober noch 500 Cordobas gekostet hat, mußte man Ende Dezember bereits 3'500 Cordoba dafür bezahlen. Auch die Lohnerrhöhung von 100% im Dezember 1987 kann die horrenden Preissteigerung nicht ausgleichen. Viele Kleinbetriebe und Kollektive können sich die Lohnerrhöhung nicht leisten, ohne an den Rand des Ruins zu geraten.

Lohnniveau im Dezember 1987

Putzfrau/Hausangestellte	150'000 - 200'000 Cordoba
kleiner Angestellter/Arbeiter	250'000 - 500'000 Cordoba
mittlerer Angest./Arbeiter	500'000 - 700'000 Cordoba
höherer Angestellter	800'000 - 1 Mio. Cordoba

Der US-Dollar, Anfang Oktober 87 noch bei 8'500 Cordoba, lag Anfang Dezember bereits bei 15'000 Cordoba (auf dem Schwarzmarkt bis zu 32'000). Alle Welt läuft mit riesigen Geldstapeln herum: Bezahl wird nur noch stapelweise, man ist es leid, das Geld nachzuzählen. Die Leute sagen: Früher ging man mit einer kleinen Geldbörse los, um eine Tasche voll Sachen einzukaufen. Heute geht man mit einer großen Tasche voll Geld los, um mit einem kleinen Beutel voll Sachen nach Hause zu kommen. Um der riesigen Geldpacken Herr zu werden, druckt die Regierung neue-alte Scheine: die alten 20er und 50er Scheine werden neu aufgelegt und mit Tausender-Stempeln versehen: 20'000, 50'000 Cordoba.



Sich an der Not bereichern

Die wirtschaftliche Misere trifft jedoch nicht alle gleich. Es gibt genug Leute, die schamlos diese Situation ausnutzen und sich an der Not der anderen bereichern. So z.B. die zahlreichen Händler auf dem Schwarzmarkt/Parallelmarkt, die durch ihr Verhalten den ökonomischen Abwärtstrend des Landes fördern bzw. beschleunigen. Auf dem Schwarzmarkt gibt es alles - gegen entsprechende Preise oder besser in Dollars. Für manche Produkte (Ersatzteile etc.) ist der Dollar die einzige Währung.

Daß es auch innerhalb des Staatsapparates korrupte Stellen gibt, wurde im Oktober 87 wieder einmal besonders deutlich, als die leckeren italienischen Nudeln, eine Spende der italienischen Regierung an die Regierung Nicaraguas, zuerst auf dem freien Markt auftauchten und erst Wochen später in den staatlichen Läden zu bekommen waren. Die Regierung reagierte mit einer Verfügung, daß die Hafenarbeiter in Corinto zum Hafengelände nur noch zu ihren Dienstzeiten Zugang haben sollten, wogegen ihrerseits die Hafenarbeiter mit einem Streik protestierten.

Die Einkommen durch Lohnarbeit sind sehr gering und daher nicht attraktiv. Viele verdienen sich zusätzlich Geld durch verschiedenste Jobs oder durch Handel. Viele Lehrerinnen und Sekretarinnen haben ihre Arbeit aufgekündigt und verdienen sich ihr Geld als Straßenhändlerinnen. Viele träumen davon, in die USA zu gehen, um Geld zu verdienen. Unter den Straßenverkäuferinnen trifft man immer wieder auf Frauen, deren erwachsene Söhne nicht arbeiten, sondern den ganzen Tag in der Kneipe verbringen, wo sie das Einkommen der Mutter in Alkohol umsetzen.

Doch gerade aus diesen Kreisen kommen die meisten Klagen über das Unvermögen der sandinistischen Regierung, die Bevölkerung mit dem Notwendigsten zu versorgen.

Die Regierung sieht sich einer Unmenge von Forderungen und Problemen gegenüber. Da sind z.B. die Jugendlichen, die aus dem Wehrdienst zurückkommen und sich im zivilen Leben nicht mehr zurechtfinden. Häufig ohne Arbeit vertreiben sie sich die Zeit mit Alkohol, Schlägereien, Mädchen anmachen und Diebstählen.

Die Kämpfer, die im Krieg verletzt wurden, verlangen eine Entschädigung oder Rente, um - arbeitsunfähig - überleben zu können. Die Hinterbliebenen von im Krieg Gefallenen fordern ebenfalls eine Unterstützung, genauso wie die Flüchtlinge. Die Bevölkerung klagt die sozialen Versprechungen der Revolution ein. Die Unzufriedenheit wächst und wächst...

Die Prensa spuckt Gift und Galle

Diese Atmosphäre der Unzufriedenheit, Frustration und Knappheit ist ein guter Nährboden für die 'Prensa', die Oppositionszeitung, und ihre Politik der Volksverhetzung. Seit ihrer Wiedereröffnung vor

einigen Monaten spuckt sie Gift und Galle und scheint es nur darauf anzulegen, wieder geschlossen zu werden, um die Sandinisten als undemokratisch anzuprangern, sie Lügen zu strafen, weil sie das Esquipulas-Abkommen nicht einhalten, und sich als Opfer der fehlenden Pressefreiheit des undemokratischen sandinistischen Regimes der Weltöffentlichkeit zu präsentieren.

Zum 15. Jahrestag des Erdbebens in Managua kümmert sich La Prensa plötzlich um die "Ärmsten der Stadt" und klagt die sandinistische Regierung an, nichts zu tun für die Erdbebenopfer, die immer noch unter unmenschlichen Bedingungen in den Ruinen hausen. Sie fragt nicht danach, wo die internationale Erdbebenhilfe geblieben ist, die Somoza veruntreute ...

Gerade das emotionale Thema Weihnachten war ein willkommener Anlaß, um die Unzufriedenheit in der Bevölkerung noch zu schüren. La Prensa berichtete ausführlichst darüber, daß die FSLN-Funktionäre mit ihren vielen Dollars in der "diplo-tienda" (Tienda diplomatica, eine Art Intershop) ihre Weihnachtsgeschenke einkaufen, während das Volk hungert und nicht imstande ist, für die Kinder Weihnachtsgeschenke zu besorgen. Daß die "diplo-tienda" voll ist mit Ausländern und Nicaraguanern jeglicher Couleur verschweigt sie ihren Lesern. Sie verschweigt auch die Anstrengungen der Regierung, über die staatlichen Verteilerstellen genügend Spielzeug zu besorgen, damit auch diejenigen, die sonst nie Weihnachtsgeschenke bekommen hätten, dieses Jahr zumindest eine Kleinigkeit kaufen konnten.

Mit keinem Wort erwähnt sie die Contraüberfälle, die sich gerade um Weihnachten herum gehäuft hatten. Sie schreibt nichts über die traurigen Weihnachten in der Mine Bonanza in der Nord-Atlantik-Region, die wenige Tage vor Weihnachten überfallen worden ist und zahlreiche Opfer zu beklagen hat.

Sie fragt nicht, wie Weihnachten für die Familienangehörigen in Matagalpa aussehen, deren Väter zwei Tage vor Weihnachten mit einem Fahrzeug der MINVAH (Wohnungsbauministerium) in einen Hinterhalt der Contra geraten sind und ermordet wurden.

Für die Prensa sind auch nicht die Ängste der Mütter, Frauen und Kinder interessant, deren Väter, Brüder oder Compañeros die Versorgungskonvois in die Kriegsgebiete begleiten müssen, und die hoffen, daß sie auch diesmal wieder zurückkommen und nicht auf eine Mine fahren oder in einen Hinterhalt der Contra geraten.

Alles nur schlechter?

überhaupt gewinnt man, wenn man die zahlreichen Klagen hört, den Eindruck, daß sich in Nicaragua seit der Revolution alles nur verschlechtert hat. Doch der Mensch vergisst sehr schnell und gewohnt sich sehr schnell an die angenehmen Seiten und nimmt sie als selbstverständlich hin, ohne sie besonders zu schätzen. So auch in Nicaragua.

Erst wenn man sich die Veränderungen bewußt macht oder das Land mit seinen nördlichen Nachbarstaaten vergleicht, lernt man wieder

schätzen, was sich in diesem Land doch alles positiv verändert hat.

Nach gut acht Jahren Revolution sind nicht nur die umfangreichen Ausbildungsprogramme selbstverständlich geworden, sondern auch die für jeden Bürger kostenfreie Gesundheitsversorgung. Vergleicht man Nicaragua mit z.B. Guatemala oder El Salvador, wo weite Teile der Bevölkerung praktisch von jeglicher medizinischer Versorgung ausgeschlossen sind, weil sie unerschwinglich ist, kann man die Erfolge der Sandinisten im Gesundheitsbereich erst richtig würdigen: Jeder Nicaraguaner kann sich in einem der Gesundheitszentren oder Krankenhäuser umsonst behandeln lassen, unabhängig von Art und Schwere der Krankheit.

Überhaupt ist die Atmosphäre in Nicaragua wesentlich entspannter als z.B. in Guatemala, El Salvador oder Honduras, und das trotz des Krieges, den das Land gezwungen ist, zu führen. Die militärische Potenz, die in diesen Ländern tagtäglich aufgefahren wird, die zahlreichen Militärkonvois mit bis an die Zähne bewaffneten Soldaten, im Rambo-Look Stirnbänder umgebunden, das Gewehr lässig schwenkend, verbreitet eine Atmosphäre der Angst und des Schreckens. Sie dienen der Legitimierung der bestehenden Machtverhältnisse. Während die Militärs dieser Länder völlig von ihren Landsleuten isoliert sind, spürt man in Nicaragua, daß es hier ein Volksheer gibt. Militärs und Bevölkerung haben einen vertrauten Umgang miteinander. Die Soldaten sind keine Söldner, sondern Leute aus dem Volk, die die alltäglichen Schwierigkeiten kennen und genauso davon betroffen sind, wie ihre Landsleute. Als Beispiel: Ein Militärlastwagen ist beim Trampen ein sehr willkommenes Gefährt, weil man sicher sein kann, mitgenommen zu werden. Andererseits ist es durchaus üblich, daß Soldaten am Straßenrand von ziviler Bevölkerung eine Mitfahrgelegenheit bekommen. Unvorstellbar in El Salvador. Es gibt kein Heer, das den Namen 'Volksheer' so verdient, wie das EPS (Ejército Popular Sandinista, sandinistisches Volksheer) in Nicaragua.



DER HUNGER DROHT! NICARAGUA MUSS ÜBERLEBEN!

Durch eine lange Dürreperiode im vergangenen Jahr droht in Nicaragua ein Großteil der erwarteten Ernte an Grundnahrungsmitteln für die Bevölkerung nicht zur Verfügung zu stehen. Der Verlust beläuft sich auf 75% des Bohnenertrages, 45% der Hirse, 25% des Mais und 10% des Reisanaubaus. Auch die Ernte der wichtigsten Exportprodukte, Baumwolle, Kaffee und Zuckerrohr, ist erheblich geringer ausgefallen als erwartet. Da unter diesen Umständen die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln gefährdet ist, hat die Regierung Nicaraguas den Nahrungsmittelnotstand ausgerufen und einen Hilfsappell an die Weltöffentlichkeit gerichtet.

Der Nahrungsmittelnotstand trifft ein Land, das durch jahrhundertelange Abhängigkeit von seinen Kolonialherren ausgebeutet wurde, ohne Rücksicht auf die auch ökologischen Konsequenzen des betriebenen Raubbaus; und trifft zusätzlich ein Land, das seit acht Jahren systematisch von der US-Regierung angegriffen wird, um es wirtschaftlich und militärisch zu zerstören. Dieser von den USA finanzierte und geleitete und von der Contra geführte schmutzige Vernichtungskrieg, hat bis heute 50000 Menschenleben gefordert. Im wirtschaftlichen Bereich wurde seit Beginn des Krieges 1981 ein materieller Schaden von insgesamt 3,6 Milliarden US-Dollar angerichtet.

Der Contra-Krieg der USA ist die wahre Bedrohung, der Nicaragua ausgesetzt ist. Ohne den Verteidigungsaufwand, der etwa 50% des nationalen Haushaltes aufzehrt, könnte eine Dürreperiode nicht in dieser Weise zur Existenzbedrohung des Landes werden. Dazu kommt, daß die Contra ihren Terror besonders gegen Landwirtschaftskooperativen, welche die Grundnahrungsmittel anbauen, richtet, daß sie Produktionsanlagen und Infrastruktur zerstört und gezielt qualifizierte Fachkräfte ermordet.

Der einzige Ausweg aus der ökonomischen Krise ist die Herstellung eines dauerhaften Friedens in Mittelamerika. Diesem Ziel dient die Unterzeichnung des Friedensabkommens „Esquipulas II“ durch die zentralamerikanischen Länder.

Was haben die Friedensverhandlungen gebracht?

Nicaragua hat die Vertragspunkte des Abkommens in vorbildlicher Weise erfüllt, indem es inmitten des andauernden Krieges den Ausnahmezustand aufgehoben, vorübergehend suspendierte Bürgerrechte wieder in Kraft gesetzt, einen einseitigen Waffenstillstand angeboten und eingehalten, - der von der Contra auf das blutigste ausgenutzt wurde -, außerdem eine Amnestie durchgeführt und direkte Verhandlungen mit den Contras angeboten hat, was keine Bedingung des Abkommens darstellt.

In El Salvador und Honduras werden weiterhin die Menschenrechte schwer verletzt und Gewerkschafter und Menschenrechtler gezielt ermordet. In Honduras wurde der internationale Verifizierungskommission der Zutritt in das Grenzgebiet zu Nicaragua verweigert, in dem die Contra ihre Lager unterhält. Die US-Regierung, Vertreter der Bundesregierung und die ihr nahestehenden Medien fordern jedoch Nicaragua zu weiteren „Zugeständnissen“ auf und versuchen schon jetzt den Schuldigen für ein mögliches Scheitern des Friedensprozesses auszumachen: Nicaragua.

Welche Rolle spielt die US-Regierung?

Der Schlüssel für einen Erfolg oder Mißerfolg für den Friedensprozeß liegt jedoch in Washington. Solange die US-Regierung den militärischen und ökonomischen Druck auf Nicaragua aufrecht erhält, der Contra weiterhin finanzielle Mittel in hunderten von Millionen Dollar zukommen lassen will und die Regierungen der übrigen Länder der Region weiterhin unter Druck setzt, den Friedensprozeß scheitern zu lassen, solange kann es keinen Frieden in Mittelamerika geben!

Deshalb ist es unsere Aufgabe, nicht nur Soforthilfe angesichts der drohenden Hungersnot zu leisten, sondern auch die wahren Ursachen und Drahtzieher der Krise in Nicaragua und den anderen unterentwickelten Ländern zu benennen und anzugreifen.

Hunger ist nicht die Folge von Naturkatastrophen – Hunger wird gemacht!

Um Hunger und Ungerechtigkeit zu beseitigen, müssen die Länder der sogenannten Dritten Welt einen selbstbestimmten Weg gehen können. Die nicaraguanische Revolution ist ein Beispiel dafür, sich aus Unterdrückung und Ausbeutung zu befreien.

Nicaragua muß überleben!

Damit der akute Nahrungsmittelnotstand überwunden werden kann fordern wir auf:

- Spenden Sie für die Kampagne „Nicaragua muß überleben“!
- Üben Sie Druck aus auf die Bundesregierung, damit diese die gesperrte Entwicklungshilfe für die sandinistische Regierung wieder aufnimmt und die Kriegspolitik der US-Regierung gegen Nicaragua verurteilt!
- Protestieren Sie gegen das Vorhaben der Regierung Reagan, im Februar erneut 270 Millionen Dollar für die Fortsetzung ihres blutigen Krieges gegen Nicaragua zu beantragen!

Wuppertal und Frankfurt/M., Februar 1988
Informationsbüro Nicaragua e.V.
Medico International e.V.

Unterstützer:

1. Bundesweite Institutionen und politische Parteien:
Aktion Solidarisches Welt, Berlin; Ökumenische Initiative: Frieden und Gerechtigkeit für Mittelamerika, Waidorf; Euren, Neuwied; Christliche Initiative Romero, Münster; Informationsstelle Guatemala, Bonn; Informationsstelle El Salvador, Wuppertal; Christliche Initiative Mittelamerika (CIMA), Köln; Informationsstelle Lateinamerika, Bonn; Agencia Técnica de Solidaridad (AT-S), Bremen; SJD-Die Falken, Bundesvorsitz: StLA (Schwule in Lateinamerika), Wuppertal; Jusos in der SPD, Bundesvorsitz: Die Grünen; Evangelische Studentengemeinde - Geschäftsstelle, Stuttgart; BUJO-KA (Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen - Koordinierungsausschuss), Hamburg; u.a.m.
2. Regionale und lokale Gruppen, etc.:
Nicaragua Hilfe, Bonn; die MitarbeiterInnen des „Haus am Schuberg“, Hamburg; Autonomes Zentrum, Wuppertal; die Vereine oder Initiativen zur Förderung einer Städtepartnerschaft: Münster-Asopapa, Langenfeld-Dinamba, Bochum-Boaco/St. Lucia, Köln-Comito, Achim-San Dionisio, Bremen-Comito, Nicaragua AG Leverkusen, Nicaragua Koordination Köln; Sandino Partnerschaft e.V. Darmstadt; Freundeskreis Nicaragua Dürren, Nicaragua Solidarität Krefeld; AG Bonner III, Welt Gruppen, Verein Monimbi, Dietzenbach; Solidaritätsfonds III, Welt, Bonn; u.a.m.
Spenden für die Kampagne: „Nicaragua muß überleben“ – Stichwort „Soforthilfe“
Konto: Informationsbüro Nicaragua e.V., Nr. 976738, Stadtparkasse Wuppertal, BLZ 330 500 00
Konto: Medico International, Nr.: 1800, Südsparkasse Frankfurt, BLZ 500 501 02

INFORMATIONSBÜRO NICARAGUA e.V.
MEDICO INTERNATIONAL e.V.

Kooperative Oro Verde zum dritten Mal überfallen

Am 2. 12. 87 hat die Contra in Nicaragua die Kooperative Oro Verde in der Gemeinde Sontule zum dritten Mal innerhalb von 4 Jahren überfallen und teilweise zerstört. Die US-Söldner beschossen mit Mörsern aus größter Entfernung die Produktionsanlagen. Ein 14-jähriges Mitglied der Miliz der Gemeinde wurde dabei getötet, wichtige Kaffeeproduktionsmittel, die in letzter Zeit mit im Rahmen der Agrarraform bewilligten Krediten angeschafft, aber noch nicht abbezahlt worden waren, u.a. die Kaffeeschälmaschine, der Pritschenwagen und Gebäude wurden funktionsunfähig gemacht. Die Zerstörung der Produktionsmittel fällt genau und gezielt in die Zeit der Ernte, die die einzige Einkommensquelle und Lebensgrundlage der 500 Menschen der Gemeinde ist.

Oro Verde war im Winter 1983/84 Einsatzort für einen Teil der Arbeitsbrigade aus der BRD und Holland. In den darauffolgenden Jahren wurde die Kooperative 2 Mal von den Contrabanden angegriffen und zerstört und jedesmal unter großen Mühen mit internationaler Hilfe wiederaufgebaut.

Trotz der permanenten Bedrohung hat sich die Zahl der Kooperativenmitglieder in den letzten beiden Jahren verdoppelt. Trotz der erneuten Zerstörung wollen sie die Mühen des Wiederaufbaus auf sich nehmen. Eine Schule für die 60 Kinder der Gemeinde befindet sich in fortgeschrittenem Planungsstadium, ein Grundstück ist vorhanden, aber an allen Ecken und Enden fehlt das Geld. Politische und vor allem finanzielle Unterstützung sind überlebensnotwendig. Der Überfall stellt nur ein Beispiel von tagtäglich stattfindenden Angriffen der Contra auf die Zivilbevölkerung dar. Der Angriff auf Oro Verde ereignete sich einen Tag vor dem Ablauf des einseitigen regionalen Waffenstillstandes der Sandinisten, mit dem sie den Contras Gelegenheit geben wollten, in Gebieten aus denen sich das sandinistische Militär deshalb zurückzog, ihre Waffen niederzulegen und von den Amnestiegesetzen Gebrauch zu machen. Wie in Oro Verde nutzte die Contra auch anderswo die Gelegenheit, bevorzugt in den Regionen aus denen sich das sandinistische Heer zurückgezogen hatte, zur Verübung von Massakern an der Zivilbevölkerung und zu umfangreichen Zerstörungen.

Finanzielle Hilfe ist als Teil der politischen Solidarität dringend notwendig!

Spenden für den Wiederaufbau von Oro Verde können eingezahlt werden auf das Sonderkonto "Oro Verde", Blanke/Haas, PSCHA Ffm (BLZ 500 100 60), Kontonr.: 450 558-600

EL SALVADOR

Heimgekehrt

Ein Konvoi für El Salvador

Unter diesem Vorzeichen stand eine Solidaritätsaktion mit rückkehrenden Flüchtlingen in El Salvador. Die Aktion fand während der Feiertage zwischen Weihnachten und Neujahr 1987/88 statt. Geplant hatten sie u.a. die Christliche Initiative Romero, Salvador-Komitees und - wie es hieß - ökumenische Gruppen aus mehreren westeuropäischen Ländern: aus Spanien, Belgien, Holland, Österreich, Bundesrepublik Deutschland, Schweiz. Zum Zeitpunkt der Aktion wurden auch kirchliche Solidaritätsgruppen aus den USA in El Salvador erwartet.

Drei Lastwagenkonvois - so war geplant - sollten mit internationaler Begleitung Lebensmittel, Medikamente, Bau- und Schulmaterial von der Hauptstadt San Salvador in die "Repoblaciones", die neuen Flüchtlingsansiedlungen und Dörfer in den Konfliktgebieten Chalatenango, Morazán, Cabañas, San Vicente, Guazapa und Usulután gebracht werden.

Durch diese Aktion sollte zum einen den Menschen direkt geholfen werden, zum anderen sollte die internationale Öffentlichkeit auf die Lage der aus Honduras zurückgekehrten Flüchtlinge sowie der Zivilbevölkerung in diesen Gebieten aufmerksam gemacht werden.

Indem das internationale Interesse auf das Schicksal dieser Bevölkerungsgruppen gelenkt wird, sollen die Machthaber in El Salvador dazu bewegt werden, die Willkürmaßnahmen des Militärs und die Menschenrechtsverletzungen sofort einzustellen. Durch öffentlichen Druck soll die Regierung von El Salvador gezwungen werden, die von ihr unterzeichneten Vereinbarungen im Rahmen der Friedensverhandlungen in Mittelamerika zu erfüllen.

Da sowohl die Regierung als auch das Militär von El Salvador außerordentlich abhängig sind von ausländischen Hilfgeldern und von der öffentlichen Meinung in Westeuropa und den USA, kann davon ausgegangen werden, daß eine erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit nicht ohne Einfluß auf die Machthaber in El Salvador bleiben wird.

Zur Vorgeschichte

Anfang August 1987 hatten die fünf mittelamerikanischen Staatschefs den Friedensplan verabschiedet, wonach sich u.a. die Unterzeichner verpflichteten, die freiwillige Rückkehr von Flüchtlingen zu unterstützen.

Daraufhin begannen in den Lagern der salvadorianischen Flüchtlinge in Honduras die Vorbereitungen. Am 10.10 und 11.10. 1987 brachen unter dem Schutz der Vereinten Nationen die ersten großen Trecks mit 2.600 bzw. 1.700 Rückkehrwilligen vom grenznahen Lager Mesa Grande aus Honduras nach El Salvador auf.

Trotz der Verpflichtungen aus dem Friedensabkommen, denen Präsident Duarte mit der Unterzeichnung zugestimmt hatte, sahen sich die Flüchtlinge bereits nach Überschreiten des Grenzüberganges El Poy zahllosen Schikanen und gezielten Behinderungen ausgesetzt. Die salvadorianische Regierung lehnte es zunächst ab, die Flüchtlinge gemeinsam in ihre angestammten Regionen in den Konfliktzonen zurückkehren zu lassen, wie es die Heimkehrenden bereits in Honduras beschlossen hatten (Vgl. TAZ, 16.10. 87)

Durch kollektive konkrete Standhaftigkeit und auf Vermittlung durch die Flüchtlingshilfsorganisation der Vereinten Nationen - ACNUR - sowie des Erzbischöflichen Amtes konnten die Rückkehrer vorerst ihren Willen durchsetzen.

Doch da die Militärs die Rückkehrer als soziale Basis der Guerilla betrachten, versuchten sie, den Aufbau von Siedlungen und Dörfern in jenen Regionen, in denen der FMLN massiv anwesend ist - also insbesondere in Morazán und Chalatenango - zu verhindern.

Da dies nicht gelang, setzen die Militärs nun alles daran, den Flüchtlingen das Leben so schwer wie möglich zu machen. Auf diese Art will die Regierung die Rückkehrer zur Umsiedlung in von der Regierung kontrollierte Gebiete bewegen. Beständig verstößt das Militär gegen die Vereinbarungen von Esquipulas II, indem Soldaten in die Siedlungen eindringen und versuchen, Bewohner zu verschleppen, indem es zu militärischen Überfällen kommt und indem die Versorgungstransporte in die neuen Siedlungen und Dörfer behindert werden.

Erste Eindrücke europäischer Abgeordneter

"Sie müssen sich erst beim Kommandanten vorstellen und eine Durchfahrtsgenehmigung erhalten", mit diesen Worten

hindert der junge Soldat an der Straßensperre die Delegation an der Weiterfahrt. Der blonde belgische Abgeordnete hatte höflich, seinen Ärger verbergend, das Genehmigungsschreiben des Oberkommandierenden General Blandón vorgezeigt. Es ist das dritte, - aber nicht das letzte Mal, daß die Delegation auf ihrem Weg von San Salvador zu den Rückkehrersiedlungen im Departement Chalatenango von einem Militärposten aufgehalten wird, ihr Genehmigungsschreiben mit Achselzucken betrachtet und sie zum Kommandierenden des jeweiligen Abschnittes geschickt wird. Nach langem Warten auf der Straße taucht dann eine Militärcharge auf, mit der wegen der Weiterfahrt verhandelt werden muß. Wenn dann letztendlich die Erlaubnis erteilt wird, dann reicht sie - bis zum nächsten Militärposten.

Die Delegation - bestehend aus vier europäischen Parlamentariern, einem Ex-Abgeordneten der "Grünen" und vier Pressevertretern, ausgestattet mit militärischer Genehmigung von höchster Stelle, machte auf ihrer Fahrt von San Salvador nach Los Ranchos, Guarjila, San José de las Flores und Las Vueltas ihre Erfahrungen im Umgang mit der Macht und Selbstherrlichkeit der salvadorianischen Militärs. Einem Militär, das mit gezieltem Terror und Behinderungen die Zivilbevölkerung in der Region in Angst und Schrecken hält.



Ankunft der Delegation in Los Ranchos. Das Plakat drückt den Willen der Flüchtlinge aus: "Wir kämpfen für den Verbleib in unseren Heimatorten."

Unbeirrbar und mutig

"Wir wollen nichts als in Frieden leben und arbeiten. Dies ist unsere Heimat, deshalb haben wir uns gemeinsam entschieden, hierher zurückzukehren". Es klingt so einfach und selbstverständlich, was Doña T., Mitglied des Leitungsgremiums, der Junta Directiva, von Guarjila sagt. Aber bisher ist es ein Wunsch - weit entfernt von der Wirklichkeit.

Die Leute von Guarjila - 900 Personen, davon die Hälfte Kinder unter 13 Jahren - gehören ebenso wie die Bewohner von Los Ranchos und Las Vueltas zu den 4.300 Rückkehrern, die mit den beiden ersten Konvois aus Mesa Grande kamen. Insgesamt 11.000 Flüchtlinge aus den grenznahen Lagern in Honduras haben sich bisher auf den Heimweg gemacht. Die meisten von ihnen haben sieben Jahre in einem Lager verbracht - und auf diesem Moment der Rückkehr gewartet. Sie hatten sich bereits in den Lagern zu Großgruppen zusammengeschlossen. Zumeist waren es Familien, die aus der gleichen Region stammten. In diesem Gruppenverband organisierten sie die Rückkehr, in diesem Gruppenverband wollen sie weiterhin zusammenleben und neue Dorfgemeinschaften aufbauen.

"Nur weil wir zusammenhalten, deshalb sind wir stark. Wir haben im Lager gelernt, uns zu organisieren... Wir lassen nicht zu, wenn sie uns in Familien- oder Kleingruppen aufteilen wollen. Das will die Regierung und das Militär. Uns vereinzelt irgendwohin schicken, wo sie die Kontrolle ausüben. Aber wir haben beschlossen, zusammenzubleiben und in die Region zurückzukehren, aus der wir kamen. Wenn es auch nicht möglich ist, in unsere alten Dörfer, in unsere Häuser, auf unsere Felder zurückzukehren, weil dort noch gekämpft wird - aber wir sind in der Nähe! Bis wir in unsere Dörfer zurückkehren können, bleiben wir hier zusammen. So haben wir es beschlossen."

Die Machthaber setzten alles daran, die entschlossenen campesinos von ihrer Entscheidung abzubringen: Gewaltsame Aktionen eingeschlossen. Aber bisher ist der Wille der Rückkehrer ungebrochen.

Doña T. von der Junta Directiva berichtet von den Hub-schraubern, die mehrfach über Guarjila und Los Ranchos kreisten und in die Felder schossen. Sie berichtet von Waldbränden (auch zur Zeit brennt der Wald in der Nähe), von Überfällen auf die Siedlung und von Versuchen der Soldaten, Bewohner gefangen zu nehmen und zu verschleppen. Durch standhaftes gemeinsames Auftreten hätten

die Flüchtlinge bisher solche Verschleppungen verhindern können bzw. Verschleppte aus den Fängen der Armee befreien können. Aber in anderen Dörfern hätte es Gefangene und auch Tote gegeben.

Zur allgemeinen Schikane gehört, daß Personen, welche sich nicht ausweisen können, von den Patrouillen festgenommen werden. Die meisten Flüchtlinge haben ihre Ausweispapiere irgendwann auf der Flucht verloren - sie können sich nicht ausweisen. Jeder Gang in die 15 Km. entfernte Kreisstadt Chalatenango ist mit dem Risiko der Festnahme verbunden, denn wer sich nicht ausweisen kann wird sofort verdächtigt, zur Guerilla zu gehören.

Zur Bedrohung und zu den Überfällen, dem Problem der fehlenden Ausweise kommen noch weitere, oft ebenso folgenschwere Übergriffe hinzu. So verweigert die Armee häufig Lastwagen von Hilfsorganisationen, die Nahrungsmittel, Medikamente oder andere notwendige Güter transportieren, die Durchfahrt. Oder sie leiten die Lkw's einfach um - so geschehen mit dem Laster, der zu Weihnachten 1987 Spielzeug für die Kinder in Los Ranchos, Guarjila und San José de las Flores bringen sollte - er landete in der Garnison El Paraiso der 4. Brigade.

Die Flüchtlinge sind für das Überleben auf die Hilfslieferungen noch angewiesen, obwohl sie in den drei Monaten seit ihrer Rückkehr Beachtliches geleistet haben.

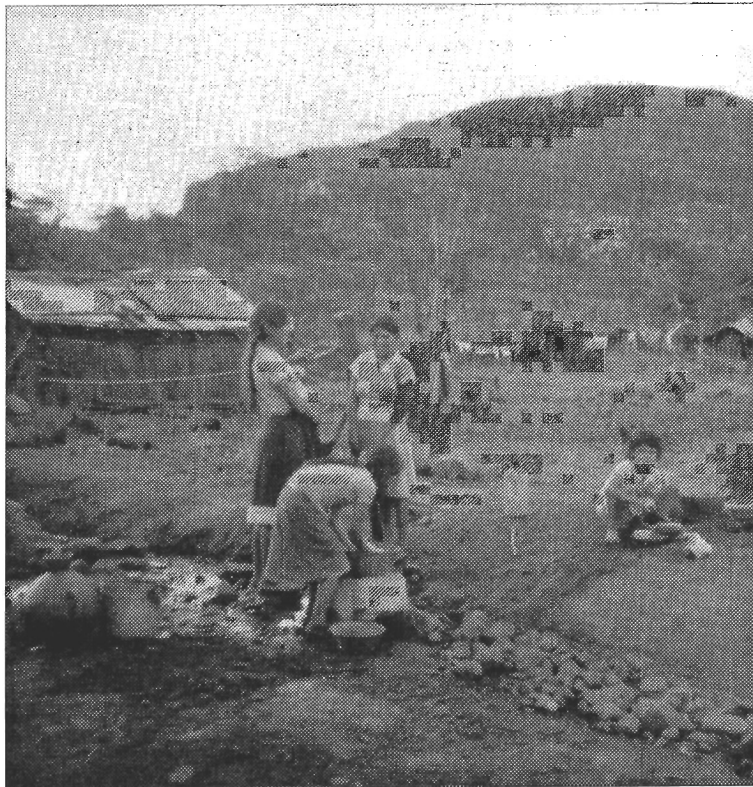


Brandrodung und neu angelegte Felder in Guarjila

Sie haben nicht nur Hütten aus geflochtenen Maisblättern gebaut, zentrale Wasserstellen angelegt, Latrinen ausgehoben. Sie haben auch den Wald ringsum gerodet und Felder angebaut.

In Guarjila ist die Wasserversorgung ein besonders großes Problem. Die Bewohner schleppen das Wasser zur Bewässerung ihrer Felder täglich von einem 4 Km entfernten Fließchen mit Kanistern heran. Die Tomaten, Kartoffeln und Kohlpflanzen, die angepflanzt wurden, stehen gut. Mais und schwarze Bohnen - die Grundnahrungsmittel - können erst mit Beginn der Regenzeit ausgesät werden.

Der Anbau und die Bewässerung werden - wie alle anderen Arbeiten - gemeinsam entschieden, in der Junta Directiva geplant und kollektiv verrichtet. "Das haben wir im Lager gelernt. Sie sollten sehen, wie wir zusammen arbeiten, auch die Kinder. Das ist sehr schön", sagt Doña T. stolz.



Wasserstelle in der Repoblación Guarjila

Geplant wird auch ein Schulhaus. Gegenwärtig werden die Kinder unter freiem Himmel unterrichtet. Ihre Lehr- und Lernmaterialien haben die Flüchtlinge selber hergestellt, die Lehrer sind campesinos und campesinas.

Geleitet wird die Arbeits- und Verwaltungsorganisation der Gemeinschaft von der Junta Directiva, deren 6 - 9 Mitglieder auf ein Jahr gewählt werden. Jedes Mitglied dieses Gremiums ist verantwortlich für einzelne Arbeitsbereiche. In allen "Repoblaciones", Rückkehrersiedlungen und Dörfern, die wir besuchten, überwogen die männlichen Mitglieder in den Juntas Directivas. Jedoch fallen den Frauen nicht nur die "klassisch weiblichen" Arbeitsbereiche zu. Doña T. beispielsweise ist u.a. verantwortlich für den Gemüseanbau.

Die Bewohner der Siedlungen werden noch bis auf weiteres auf die Unterstützung von außen angewiesen sein: Insbesondere die Kirchen und das Internationale Rote Kreuz leisten die notwendige Hilfe. In Los Ranchos hat das Rote Kreuz bereits das Material für Wasserleitungen geliefert, für Guarjila ist ein solches Projekt geplant. Ebenfalls sollen in größerem Umfang Latrinen gebaut werden.

Das Erzbischöfliche Amt hat internationale Gelder erhalten, um die Rückkehrer mit Ausweispapieren (Geburtsurkunden etc.) zu versehen. - Die Regierung erhielt gleichfalls Mittel zur Ausstellung von Personalausweisen - sie allerdings kommt - im Gegensatz zur Kirche - ihrer Pflicht nicht nach.

Wer ernsthaft krank ist, dessen Aussichten sind schlecht. Vom Roten Kreuz in Erster Hilfe ausgebildete Helfer tun, was sie vermögen. Ein Arzt kommt bestenfalls alle 14 Tage - wenn er nicht von den Soldaten daran gehindert wird. Wer ins Krankenhaus muß oder einer schneller ärztlicher Konsultation bedarf, der muß jemanden finden, der ihn auf dem Rücken ins 15 Km entfernte Chalatenango schleppt. Verkehrsmittel gibt es keine, ein Fahrzeug gibt es in keiner Siedlung. (Von San José sind es noch zusätzlich drei weitere Stunden Fußmarsch!)

In San José kehrte wieder Leben ein

Aus diesem schönen Dorf San José de las Flores mit der großen Plaza, wenigen gepflasterten Straßen und einer strahlend weißen Kirche waren die Bewohner 1980 geflohen. Die ständigen Militärüberfälle und die Kämpfe in unmittelbarer Nähe, Soldaten, die sich in ihren Häusern einnisteten, ihnen Nahrungsmittel abpreßten, ihre Wege und Gärten verminten - all diese unmittelbaren Bedrohungen hatten die Bewohner vertrieben.

Seit 1986 ist das Dorf wieder bewohnt. Zum Teil sind die alten Bewohner zurückgekehrt, zum Teil haben fremde Flüchtlinge aus der Region die verlassenen, zerstörten Häuser wieder hergerichtet. Eine neue Dorfgemeinschaft ist entstanden. Die campesinos bebauen die fremden Äcker, wohl wissend, daß irgendwo ein Besitzer existiert. Man respektiert dieses Eigentum. Wenn der Eigentümer heimkehrt, so einigt man sich mit ihm. Bisher hätte es immer einen Weg zu einer alle Seiten befriedigenden Lösung gegeben, sagen die Mitglieder der Junta Directiva.

In San José de las Flores gehen die muchachos aus der Guerilla ein und aus. Schon auf dem Fußmarsch dorthin hatten wir abenteuerliche Gestalten - wie aus Travens Romanen entstieg - angetroffen. Sie transportierten Nahrungsmittel auf Maultieren oder schoben Wache am Wegesrand. Unser Kommen erstaunte sie offensichtlich nicht. Freundlich wurden wir begrüßt, manche erkundigten sich nach dem Feind "Donde está el enemigo?"

Hatten die Leute von Guarjila zuvor auf die Frage, ob sie Probleme mit der Guerilla hätten, ob diese sie belästige, geantwortet, es gäbe keinerlei Probleme, so wurde hier in San José offenbar, daß es nicht nur "keinerlei Probleme" gibt, sondern daß die muchachos zum Alltag im Dorf gehören. Das Gewehr geschultert, behängt mit dem Patronengürtel, standen sie in Türeingängen und schwatzten und scherzten, trugen Kinder auf den Armen, klickten mit Dorfjugendlichen auf der Plaza Fußball.

Sie seien heute zufällig hier, sagten sie. Ob ihre Anwesenheit die Dorfbewohner nicht in Gefahr brächte, wollte ich wissen. Sie würden darauf achten, daß es im Dorf nicht zu Zusammenstößen mit dem Militär käme - allerdings, so berichtet ein guerrillero, am 20.12. waren sie überrascht worden - ein compañero sei dabei im Kampf erschossen worden.

Die Junta Directiva sieht keine Probleme in der Anwesenheit der muchachos. Sie seien höflich, bezahlten, was sie kauften, belästigten niemanden.

In der Tat, die guerrilleros sind keine Besatzer. Sie haben nichts gemein mit dem Militär, das immer wieder in das Dorf einfällt. Jahrelang war die vor den Militärüberfällen geflohene Zivilbevölkerung dieses und anderer Dörfer unter dem Schutz der guerrilleros in den Bergen umhergeirrt... Das gegenseitige Vertrauen und das friedliche Nebeneinander von Dorfbewohnern und muchachos kann also nicht verwundern.

Das Militär hingegen tut alles, um kein Vertrauen aufkommen zu lassen. Der junge Jesuitenpater in San José berichtet über die Attacken der Armee. Padre Miguel Angel ist erst seit 14 Monaten im Dorf. Es ist sein erstes Amt und er sagt, er habe viel verstehen gelernt in dieser Zeit. Das furchtlose Eintreten des Paters und der mit ihm zusammenarbeitenden Nonnen in San José und der Nachbargemeinde Arcatao hat bereits den Zorn des Militärs auf sie gezogen: Soldaten drohten den Kirchenleuten, sie zu zerstückeln, wenn sie ihrer habhaft würden. Um alle, die mit dem Pater zusammenarbeiten, einzuschüchtern, verkündeten sie diese Drohungen auf offener Straße.

Auch mit der Bevölkerung gehen die Militärs nicht zimperlich um. Am 2.12. wurde ein Lehrer entführt, zwei Frauen in Arcatao waren zuvor vergewaltigt worden. Bei anderer Gelegenheit nahmen Soldaten einen Mitarbeiter des Roten Kreuzes gefangen, hielten ihm eine Giftschlange zwischen die Beine, um Informationen aus ihm herauszupressen.

Wenn die Soldaten ins Dorf kommen, um der Guerilla aufzulauern, verschanzen sie sich in den Häusern, vertreiben die Bewohner, legen Minen um das Haus. Ein Junge wurde beim letzten Mal verletzt, ein Mann kam mit dem Schrecken davon, als er vor seinem Haus neben die dort vergrabene Mine trat. - Dennoch wollen die neuen Dorfbewohner bleiben. Alltag in Chalatenango, in Morazán, - in den Konfliktzonen von El Salvador.

Hoffnung auf internationalen Druck auf Duarte

"Es ist wichtig, daß ihr uns besucht habt. Wir danken euch sehr, denn euer Besuch und die Informationen, die ihr und alle anderen Besucher mitnehmt und weiter bekanntmacht, bedeuten für uns ein Stück mehr Sicherheit. Am besten wäre es, wenn kontinuierlich Besucher kämen und ständig ausländische Mitarbeiter in unseren Siedlungen präsent wären." So hatte es Doña T. in Guarjila ausgedrückt. Auch in San José de las Flores oder später in Las Vueltas war Ähnliches zu hören. Alle Teilnehmer der Weihnachtsaktion machten diese Erfahrung. Es waren nicht Höflichkeitsfloskeln. In einer Situation, wo eine faktische Nachrichtensperre und eine ultrarechte Presse (s. LN Nr. 165) verhindern, daß Informationen aus den Konfliktgebieten nach außen dringen, wo Regierung und Militär weiterhin ihre Willkür und Gewalt walten lassen können, sich dabei nach außen als Friedensapostel darstellen, wie Präsident Duarte und neuerdings einige höhere Militärführer, in einer solchen Situation sind

Solidaritätsaktionen wie die Weihnachtsaktion sinnvoll. Die Ausgaben für die Reisekosten waren durchaus berechtigt.

Die Aufgabe der Abgeordneten wird es sein, ihre Parlamente zu informieren. Darüberhinaus müssen sie Aufklärung verlangen über den Verbleib großer Geldspenden verschiedener europäischer Parlamente an die Regierung von El Salvador. Diese Mittel waren bestimmt für das Rückführungs- und das Friedensprogramm. Über den Verbleib dieser Mittel herrschte im Dezember 1987 in El Salvador große Unklarheit. Auf ihrer Pressekonferenz am 30.12.1987 in San Salvador kündigten die Abgeordneten entsprechende Anfragen in ihren Parlamenten an.



Die einzige Quelle zur Gegeninformation: Radio Venceremos, FMLN

ECUADOR

Wahlen

Seit im Jahr 1984 León Febres Cordero zum Präsidenten Ecuadors gewählt wurde, erlebte das Land sechs Generalstreiks, drei Militäraufstände (wobei einmal der Präsident selbst entführt wurde), ein schweres Erdbeben (1987, das u.a. die Erdölleitung und damit die wichtigste Exportquelle Ecuadors unterbrach), eine Geldentwertung von über 50%, den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Nicaragua, 39 Morde durch staatliche Repressionskräfte, Folter, Verhaftungen, Menschenrechtsverletzungen. Zweimal setzte der Kongress gegen den Willen des Präsidenten Minister ab, zuletzt im Oktober 1987 den Innenminister, der schwerster Menschenrechtsverletzungen angeklagt ist. Zur Zeit der Kongressdebatte über das Thema wurde ein führender Abgeordneter der Opposition entführt und gefoltert. Der Präsident rief den Belagerungszustand aus, als die Gewerkschaften zum Generalstreik aufriefen, um die Absetzung des Ministers durchzusetzen.

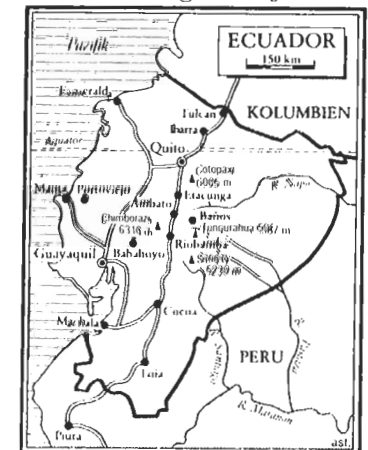
Entsprechend kursierten Putschgerüchte bis zur Wahl am 31. 1. 88, in der außer dem neuen Präsidenten 71 Abgeordnete und 2639 Funktionäre für öffentliche Ämter zu wählen waren. In Ecuador besteht für die rund 4,7 Millionen Wahlberechtigten die Wahlpflicht. Jeder Wähler muß sechs verschiedene Wahlzettel ausfüllen (bei einer Analphabetenrate von ca. 17 % (1982)).

Das Volk erteilte dem bisherigen Präsidenten Febres eine deutliche Absage: sein Parteifreund von der Frente de Reconstrucción Nacional, Sixto Durán Ballén konnte sich allen Prognosen zum Trotz nicht für die am 8. Mai stattfindende Stichwahl qualifizieren.

Vorne in der Wählergunst mit ca. 20 % landete Rodrigo Borja von



Rodrigo Borja





der Izquierda Unida, 52-jährig, Sozialdemokrat, der sich zum dritten Mal um den Präsidentenposten bewirbt. Er gibt sich fortschrittlich, verspricht, sich besonders der Armen annahmen zu wollen und kritisierte die Menschenrechtspolitik, Wirtschaftspolitik der Febres-Zeit. Die Christdemokraten haben bereits angekündigt, ihn in der zweiten Runde unterstützen zu wollen. Sein Gegenspieler wird Abdalá Bucaram sein, der Kandidat der Roldosistischen Partei (15%). Die Partei benennt sich nach dem sehr populären ersten gewählten Präsidenten nach der Militärdiktatur, Roldós, 1979 gewählt, der 1981 unter ungeklärten Umständen mit dem Flugzeug abstürzte. Der 35-jährige Bucaram, Rechtsanwalt aus Guayaquil, ist eine schillernde Persönlichkeit ohne erkennbares Regierungskonzept. Er ist ungemein populär, bezeichnet sich als Kandidat derer, "die mit Kronenkorken von Bierflaschen die Mercedes verkratzen", erfreut sein Publikum z.B. mit der Aussage, seine Schwester sei die häßlichste Frau Ecuadors, und sie entblößt ihre Brust und sagt, dort habe nie eine Oligarchenhand hinfassen dürfen. Bucaram selbst, so sagt er, sei Maradona, Pelé und Batman in einer Person, und er werde dafür sorgen, daß die Reichen weniger reich und die Armen weniger arm würden, er sei ein Jünger von Atahualpa, jedoch kein Kommunist und ähnlich unklare programmatische Aussagen mehr. In Panama, wo er bis vor kurzem im Exil lebte, bevor er als Kandidat nach Ecuador zurückkehrte, war er wegen Verwicklung in den Drogenhandel im Gefängnis. Das Wahlergebnis am 8. Mai wird also zeigen, ob die traditionelle (europäische) Vorstellung vom Kandidaten einer Partei oder politischen Richtung oder der uns schwer greifbare und verstehbare Populismus das Rennen machen werden. Ein weiterer populistischer Kandidat, Frank Vargas Pazzos, der Militärrebell, konnte sich entgegen den Erwartungen nicht vorne platzieren.

PERU

Bankenverstaatlichung

Der Kampf um die Verstaatlichung von Privatbanken, Finanz- und Versicherungsgesellschaften nimmt kein Ende. Im Gegenteil, eine neue Runde hat begonnen: Die Regierung beschloß Ende des Jahres, den Kongreß zu einer Sondersitzung einzuberufen, um das bereits übernommene Gesetz erneut zu überprüfen. Genauer geht es darum, erneut festzulegen, wie groß der staatliche Anteil bei den zu verstaatlichen Unternehmen sein kann.

Die Ereignisse

Begonnen hat der Kampf zwischen Regierung und Finanzwelt am 28. Juni 1987, dem zweiten Jahrestag der Regierungsübernahme der APRA: Alán García schlägt die Verstaatlichung der Banken und Versicherungen vor und kündigt gleichzeitig die Schließung aller auf dem freien Markt operierenden Wechselstuben an. Damit versucht der Regierungschef der massiven Kapitalflucht zu begegnen, die von Mitte 1986 bis Mitte 1987 allein 1 MRD. US-Dollar betragen hat. 1986 stiegen die Umsätze der 44 größten Firmen um 27%, die Gewinne sogar um 44%, trotzdem gingen die Investitionen um 13% zurück.

Gleichzeitig soll den diskriminierenden Praktiken der Kreditvergabe gegenüber der armen Landbevölkerung begegnet werden. Die Banken vergeben allein 80% ihres Kreditvolumens an eigene Gesellschaften und Unternehmen in Lima.

Ende Juli ordnet die Regierung ein Dekret an, wodurch Direktionen und Verwaltungen für zunächst 120 Tage suspendiert werden. Diese vorschnelle Aktion wird jedoch durch die Entscheidung eines Zivilrichters zurückgenommen, der die Intervention der Regierung als verfassungswidrig erklärt. Die Direktoren können vorerst an ihre Schreibtische zurückkehren, die bereits von staatlichen Verwaltungsausschüssen besetzt sind.

Anfang August wird das Gesetz nach zunächst heftigen Disputen vom Abgeordnetenhaus gebilligt und geht seinen Weg zum Senat; begleitet von massiven Protesten und Kundgebungen auf der Straße unter der Leitung des Schriftstellers Mario Vargas Llosa. Er, als Vertreter der freien Wirtschaft, steht mit der "Bewegung für die Freiheit" an vorderster Front des Widerstandes gegen das Gesetz. (siehe Interview)

Noch bevor der Senat sich mit der Nationalisierung befaßt, verkündet die Regierung die Reprivatisierung von 40 der 240 Staatsbetrieben. Dieser Schritt, so die APRA, soll zeigen, daß sie nicht staatsdirigistisch eingestellt ist. Gleichzeitig kann die Regierung so zur Entlastung ihres Haushaltes beitragen, der ein

Budgetdefizit von 10% aufweist. Als nächstes kündigt der seit Juli amtierende Finanzminister Larco Cox an, daß die Überweisungen an die Weltbank wieder aufgenommen und Zahlungen an andere Gläubiger erhöht werden. Ein weiterer Versuch, das nationale und internationale Vertrauen aufzubessern.

Ende September wird Garcias Gesetzesentwurf in gemäßigter Form vom Senat gebilligt. Ausgenommen von der Verstaatlichung bleiben die in Peru tätigen ausländischen Banken (Citibank, Banco Central de Madrid, Bank of America, Bank of Tokio, Banco de Londres y America del Sud), "Opfer" der Maßnahme sind 10 private Banken, 17 Versicherungs- und 6 Finanzierungsgesellschaften. Diese kündigen harten Widerstand an und drohen, vor den nationalen, wenn nötig sogar vor den internationalen Gerichtshof zu gehen.

Laut Gesetz kann bei den Versicherungsgesellschaften eine Beteiligung der privaten Hand bis 49% aufrecht erhalten werden, die Bankaktien dagegen sollen zu 70% an den Staat übergehen. Zur Durchführung der Verstaatlichung will die Regierung eine Kommission ernennen, die sowohl die Verwaltung kommissarisch übernehmen soll, als auch die Entschädigungsverhandlungen zu führen hat.

Mit der Rechtskräftigkeit des Gesetzes am 12. Oktober und der Erklärung der Bankiers, ihren Platz nicht zu räumen, wird der Kampf härter. Bereits einen Tag später sind drei Banken von Polizeikräften umstellt, die Innenstadt Limas abgeriegelt. Banco Wiese, Banco Mercantil und Banco de Credito werden von der Polizei gestürmt und auf diese Weise verstaatlicht. Im Innern haben sich Direktoren und Personal verschanzt, um so lang als möglich Widerstand zu leisten. Der Banco de Credito hatte tags zuvor in einer Blitzaktion 50,57% seiner Aktien an das eigene Personal verkauft und finanziert, um so der Verstaatlichung zu entgehen. Die Regierung reagierte mit einer Börsenschließung, damit weitere Verkäufe unmöglich sind.

Die von der Verstaatlichung bedrohten Versicherungen schließen ihre Büros für zunächst zwei Wochen. Am 23. Oktober können die Direktoren der Banco Wiese ihre Sessel wieder einnehmen, nachdem ein Richter ihrem Einspruch stattgegeben hat. Dieser Richter wird jedoch Ende Oktober wegen "Solidarisierung mit den Bankiers" vom Obersten Gerichtshof abgesetzt. Gleichzeitig verkündet dessen Präsident, daß die Gerichte keine Möglichkeiten hätten, die Verfassungsmäßigkeit der Verstaatlichung anzufechten. Trotzdem entscheidet am 2. November das 22. Zivilgericht Limas, die ehemaligen Eigentümer seien wieder die rechtmäßigen Besitzer der Banken. Garcia, der sich über die richterliche Entscheidung nicht hinwegsetzen will, verkündet, die Übernahme von fünf weiteren Banken zu verschieben, und beruft eine außergewöhnliche Kongreßsitzung für Anfang 1988 ein.

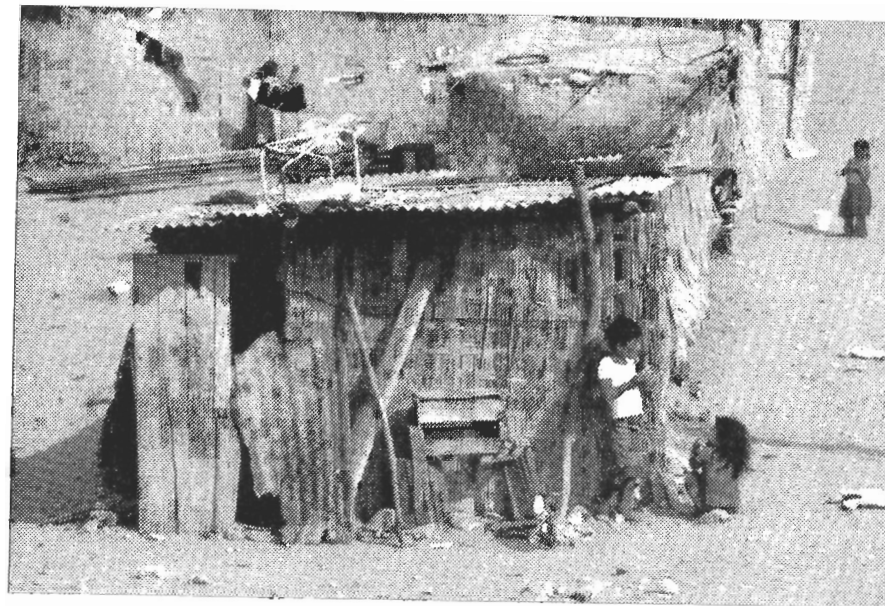
Die Finanzwelt interpretiert das Einlenken der Regierung als Zeichen der Wiederannäherung. Ob es sich hier um Ende oder Anfang der Verstaatlichung handelt, ist in Peru noch nicht entschieden.

Interview mit Daniel Carbonetto

Der Argentinier Daniel Carbonetto ist Wirtschaftsberater Alan Garcias und gilt als einer der Initiatoren der Bankenverstaatlichung. Im November überlebte er einen Attentatsversuch. Das folgende ist ein Teil eines sehr langen Interviews, das Carbonetto der argentinischen Zeitschrift Jotape gab und geht ausschließlich auf die Bankenverstaatlichung ein:

Frage: können wir jetzt von der Bankenverstaatlichung sprechen?

Carbonetto: Wie ich schon sagte, dies ist ein eigenes Thema. Wenn es ein Zeichen von Unterentwicklung ist, daß die konzentrierte institutionelle Macht eng mit der ökonomischen Macht verbunden ist, so trifft dies im hohen Maße auf Peru zu. Eine sehr kleine Zahl von mächtigen ökonomischen Gruppen, nicht mehr als vier oder fünf, hatten so ziemlich beliebig viel Macht über das private Finanzsystem. Sie gewähren sich gegenseitig Darlehen, greifen aber auch auf legale Verfahren zurück, die außerhalb der Ökonomie liegen, wie persönliche Beziehungen, gegenseitigen Informationsfluß, mehr oder weniger beliebigen Austausch zwischen Finanz- und Wechselmarkt. Daher mußte man dieses Mittel ergreifen, um das Wirtschaftsleben in Peru zu demokratisieren. Das soll nicht heißen, daß wir Vertrauen allein in die Verstaatlichung haben;



Slums am Stadtrand von Lima

sondern es ist eine moderne Neuordnung, in der der Unternehmer weiß, daß er zum effizienten Unternehmer werden muß, ohne sich beliebig im Kreditwesen zu bedienen. Er muß auf die beschleunigte Industrialisierung reagieren, die Peru braucht, sowohl, um zu exportieren, als auch, um die wachsenden Bedürfnisse der wachsenden Bevölkerung zu befriedigen.

Man kann nicht mehr schnellen Reichtum erlangen, und man wird Risiken in der Minenindustrie und in der ernstzunehmenden und etablierten Exportindustrie in Kauf nehmen müssen, man muß zum Industriellen werden.

Wir müssen den typischen Merkmalen der alten lateinamerikanischen Oligarchie entkommen, die schon 1968 durch die Agrarreform von Velasco erschüttert wurde. Damals schuf man die Möglichkeit ab, Geschäfte in einer quasi feudalen Gesellschaftsordnung zu machen und veranlasste die Transformation in eine gemischte Ökonomie. Dies erzeugte einen modernen Wirtschaftssektor. Es gibt nämlich einen Weg der Modernisierung des Kapitalismus, gegen den wir nichts einwenden, solange er im Dienste einer unabhängigen Nation steht, mit einer gerechteren Verteilung des Reichtums und mit Spielregeln, die bei dieser Verteilung den Klassen mit geringeren Einkommen den Vorzug geben. Von diesem Gesichtspunkt her ist die Nationalisierung der Banken ein besonderer Vorgang, weil wir gleichzeitig die Privatisierung von öffentlichen Unternehmen betreiben. Wir fühlen uns nicht berufen, alles zu verstaatlichen und es wird noch mehr Privatisierungen von Unternehmen geben, deren Verstaatlichung nicht gerechtfertigt ist, und außerdem wird es eine Dezentralisierung des Staates hin zur Gesellschaft, zu den Lokalregierungen geben, um die Gemeinden und die Teilnahme der Bevölkerung wieder stark zu machen, um zu verhindern, daß die Bürokratie die Entscheidungen fällt. Diese Kombination sieht paradox aus, aber die Situation erlaubt keine vorgefertigten Rezepte. Das dahinterstehende Konzept ist ein starker Pragmatismus mit dem Ziel einer nationalen Selbstbestimmung, mit einer eindeutig nationalen Regierung, die entschlossen ist, nicht auf das Wachstum und die Revolution der Exportkapazitäten Perus zu verzichten als einzige Form, die alten Fallstricke zu verhindern, die ja schließlich in enormen finanziellen Abhängigkeiten endeten.

Interview mit Mario Vargas Llosa

Der Schriftsteller Mario Vargas Llosa ist derzeit in Peru eine Symbolfigur im Kampf gegen die Bankenverstaatlichung. Bei mehreren Demonstrationen trat er als Redner auf, bei Zeitungsanzeigen gegen die Verstaatlichung, für die "Erhaltung der Demokratie" wurde mit seinem Namen geworben. Es ist nicht das erste Mal, daß sich Llosa politisch äußert: nach einer Mittelamerikareise verurteilte er die Sandinisten. Dies überrascht umso mehr, als er in seinen Romanen immer auf der Seite der Armen schrieb. Das folgende Interview übernahmen wir aus der argentinischen Zeitschrift *crisis*, es zeigt überdeutlich die emotionale Seite der Auseinandersetzungen um die Bankenverstaatlichung, in der es nicht mehr um eine politische Einschätzung geht.

Frage: Warum protestierten dieselben Menschen, die es nun mit Ihnen tun, nicht bei den schrecklichen Gefängnismassakern?

Vargas Llosa: Die Situation ist heute anders. Die Leute nehmen wahr, daß plötzlich nicht ein Individuum oder eine Partei, sondern ein ganzes System in Gefahr ist. Ein System, zu dem wir alle gehören, Regierung und Opposition. Das veranlasste die riesige Demonstration. Das ist gut so, denn es zeigte, daß man nicht so leicht mit einer Sache spielen kann, die für die Leute Realität



Glanz in Limas Innenstadt

hat: eine ungenügende Demokratie, unvollständig, aber da. Ein großer Teil der Peruaner sieht unser System nicht als Durchgangsstadium zur marxistisch-leninistischen Revolution, sondern als System, durch das Peru aus der Unterentwicklung herauskommen sollte und um Gerechtigkeit kämpfen.

Viele Menschen, die mit Ihnen kämpfen, sind offen für einen Staatsstreich.

Das glaube ich nicht.

Gut. Was sonst ist es, wenn man sagt: "va a caer, caballo loco va a caer"? ("er wird stürzen, das verrückte Pferd wird stürzen", gemeint ist Alan García; das "va a caer" ist aus den Anti-Pinochet-Kundgebungen vertraut... Anm. d.U.) Oder wenn man fünf Minuten lang anhaltend ruft: "Alan Maricón" ("schwuler Alan")?

Hör mal, Du weißt, daß es in der Hitze einer Demonstration unweigerlich zu verbalen Exzessen kommt. Die Demonstrationsredner haben klar gesagt, was der Sinn davon ist. Wir sind nicht nur gegen einen Staatsstreich, wir sind für die Demokratie.

Ihre Basis ist also die Rechte ...

Nein, das nicht. Die Basis gebraucht eine Metaphorik, die man verstehen muß. Wenn man "que va a caer" ruft, dann ist dies eine Art, zu sagen, daß der Lack runter ist, daß diese Person abgeschminkt ist, die auf dem Kamm der Welle war. Aber erlaube, daß ich zu den Fakten zurückkomme. Wir fingen nicht an, auf die Straße zu gehen, der Präsident tat es.

... und er beschuldigt niemanden, schwul zu sein...

Er ging mit einer Gewalt auf die Straße, die sehr wenig demokratisch ist und sehr gefährlich in einem Land mit diesen Gräben, die man jetzt sieht. Das rief eine Reaktion hervor. In Chimbote überschritt er das Maß gefährlichst, als er von guten und schlechten Peruanern sprach, als er sagte, daß er sich vor das Volk stellen würde, wenn der Kongress nicht sein Gesetz verabschieden würde, als er erklärte, er sei ein cholo. (Bezeichnung für die Hochlandindios in den großen Städten). Der Präsident kann nicht so diese heißen Diskussionen lancieren, wo es Spannungen und stupide Vorurteile gibt, die nun einmal da sind. Das hat die Reaktion der Leute hervorgerufen.

Niemand rechtfertigt das Vorgehen der APRA, aber man muß auch Ihnen sagen, daß ein Prozentsatz Ihrer Leute etwas davon denkt, daß dieses Land besser wäre, wenn die cholos verschwänden.

Es gibt eine kleine Minderheit, die solchen Unsinn denken könnte, selbstverständlich: genauso gibt es auf der anderen Seite eine Minderheit, die meint, daß sie durch Druck, Manipulationen und Rechtsbrechungen die Dinge zu ihrem Gunsten entscheiden könnten. Es gibt keine Gesellschaft von Engeln, die Gesellschaften sind sehr komplizierte Mosaik.

Glauben Sie nicht, daß Sie die Dinge verschlimmert haben?

Wer hat sie verschlimmert? Wir, die wir auf die Straßen gehen, um für die Freiheit und Demokratie einzustehen? Hier hat jemand seit dem 28. Juli neue Spielregeln eingeführt. Die alten sind plötzlich in Frage gestellt, ohne eine Ankündigung, ohne dafür irgend ein Mandat zu haben. Deshalb hat man in diesem Land eine Schuld geschaffen, die es vorher nicht gab, alle sind sehr desillusioniert.

Handeln Sie nicht wie eine arrogante Minderheit? Die den Status Quo schützt?

Ich glaube nicht, daß man von einer Minderheit sprechen kann. Momentan deutet nichts darauf hin, daß die Mehrheit dafür ist.

Aber es gibt eine parlamentarische Mehrheit...

Ja, aber hier beginnt ein ganz neuer Faktor. Die Mehrheit des Parlaments hat kein Mandat erhalten, um die peruanische Verfassung abzuschaffen. Dies ist ein Gesetz, das die Verfassung verletzt, und sie haben entschieden, es auszuführen.

Verfassungskenner sagen, daß sie nicht verletzt wird. Sogar L.A. Sanchez, der sich nicht begeistert zeigt, bestätigt die Verfassungskonformität.

Schauen Sie, ich sah, daß Sanchez sehr unzufrieden mit diesem Gesetz ist. Ich glaube, daß er schließlich von der Parteidisziplin bestimmt ist. Auf jeden Fall gibt es hier einen echten Bruch mit den demokratischen Spielregeln.

Demokratisierung des Finanzwesens - Anspruch und Wirklichkeit

Mit der Zielvorgabe der Demokratisierung des Kredits war Präsident Alan García angetreten, durch die Verstaatlichung von privaten Banken, Finanzgesellschaften und Versicherungen die Konzentration wirtschaftlicher Macht in den Händen Weniger in Peru aufzubrechen. Statt der Kreditvergabe an die ausufernde Zahl der Tochtergesellschaften der Banken sollten diejenigen Zugang zu Krediten haben, die durch Investition in Landwirtschaft und Kleinindustrie zur Entwicklung des Landes beitragen. Die Kapitalflucht sollte eingedämmt werden, die peruanische Wirtschaft gezwungen werden, die in der Zeit des hohen Wirtschaftswachstums 1986 immens gestiegenen Gewinne im Land zu reinvestieren, anstatt das Geld ins Ausland zu transferieren. Es sei dahingestellt, ob die Verstaatlichung des Finanzwesens tatsächlich ein wirksames Mittel zur Verwirklichung dieser Ziele ist, feststeht, daß García sich außen-, wie innenpolitisch auf dünnem Eis bewegt.

Innerhalb Lateinamerikas ist Peru seit der Ankündigung Garcías, nur noch 10% der Exporterlöse für den Schuldendienst zu verwenden, einer der wenigen Staaten, die sich in konkreten politischen Maßnahmen gegen die Politik von IWF und Weltbank wenden. Die



Perus Staatspräsident
Alan García

großen Schuldner Argentinien, Brasilien und Mexiko sind zwar sehr zurückhaltend gegenüber Garcías Politik, die Entwicklung des peruanischen Modells der Bindung des Schuldendienstes an die wirtschaftliche Entwicklung des Landes dürfte aber dort mit grosser Aufmerksamkeit verfolgt werden. Durch diese schuldenpolitische Vorreiterrolle hat die Entwicklung in Peru eine Bedeutung weit über das Land selbst hinaus. Indes bröckeln die Inhalte, die Garcías peruanisches Modell ausmachen. Die Beschränkung des Schuldendienstes auf 10% der Exporterlöse wurde nie verwirklicht, 1986 lag die Rate bei mindestens 16%. Zwar wurde Peru 1986 vom IWF als kreditunwürdig erklärt, der seit Juli 1987 amtierende Ministerpräsident Guillermo Larco Cox kündigte allerdings an, die Zahlungen an IWF und Weltbank wiederaufnehmen und neue Verhandlungen führen zu wollen. Dieser Versuch, auf außenpolitischer Ebene wieder Anschluß und Rückhalt zu finden, geht einher mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Eckdaten Perus 1987 (Verfall der Devisenreserven, Wiederanstiegen der Inflation, gebremstes Wirtschaftswachstum) und mit wachsender Kritik in Peru an Garcías Politik. Das Verstaatlichungsprojekt ist ein Versuch Garcías, neuen Schwung in seine Reformpolitik zu bringen, der Verlauf der Ereignisse spiegelt allerdings die innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten wider, in denen sich García und seine Regierung befinden.

Kritik an García

Die Verstaatlichung wurde am 28. Juli 87 angekündigt, ohne daß eine Gesetzesvorlage und ein Plan zur Realisierung vorgelegen hätten. Gemessen an Garcías eigenem Anspruch, das Land nicht revolutionär, sondern auf der Grundlage parlamentarisch-demokratisch legitimer Entscheidungen und Gesetze zu reformieren, lieferte er damit der rechten Opposition selbst die Argumente. Das Ergebnis war die Kampagne der Rechten unter Führung Mario Vargas Llosas, in der zur Rettung der Demokratie vor den angeblich totalitaristischen Zielen der Regierungspartei APRA aufgerufen wurde. Der gleichzeitige Versuch der Bankiers, das Projekt gerichtlich wegen Verfassungswidrigkeit zu stoppen, sollte die Argumentation der Rechten untermauern, hatte aber nur vorübergehenden Erfolg.

Die peruanische Finanzwelt stützt sich in ihrer Strategie nicht nur auf die in der Opposition stehende politische Rechte. Hohe APRA-Funktionäre haben beste Beziehungen zur privaten Wirtschaft und sind mit ihr durch vielerlei Interessen verbunden. Im Senat, in dem die alte Parteiführung der APRA vertreten ist, gab es um das Gesetz eine schier endlose Diskussion, das Abgeordnetenhaus dagegen brauchte für Diskussion und Verabschiedung nur eine Woche. Die Diskussion im Senat hatte, wie die peruanische Zeitschrift QUEHACER schreibt "mehr als einmal den Beigeschmack der vollkommenen Unterwerfung den Bankiers gegenüber....Es ist offensichtlich, daß unter diesen Bedingungen die APRA als Partei un-



Bisher hat sich durch die Politik der APRA an der Lebenssituation der Indios nichts geändert

fähig zur Einleitung die Gesellschaft substantiell verändernder Prozesse ist, abgesehen vom guten Willen, den man einigen Parteiführern anerkennen kann."

Von Seiten des Linksbündnisses Izquierda Unida (IU - Vereinigte Linke), von der die Verstaatlichung des Finanzwesens grundsätzlich begrüßt wird, richtet sich die Kritik vor allem gegen die mangelnde Konsequenz in der Durchführung und gegen die Ausnahme ausländischer Banken von der Verstaatlichung. Zwar ist auch die IU gespalten zwischen radikalen Kritikern der APRA und denen, für die mit der APRA ein "breites antiimperialistisches Bündnis" vorstellbar ist, gemeinsam ist den Flügeln der IU aber die Befürchtung einer "Mexikanisierung" Perus, d.h. einer Etablierung der APRA als Staatspartei nach dem Muster des mexikanischen PRI (Partido Revolucionario Institucional). Die Konsequenz wäre eine totale Verflechtung von Regierung, Partei, Verwaltungsapparat und Wirtschaft, die einen Machtwechsel fast unmöglich machen würde. Die vorgesehene Kontrolle der verstaatlichten Banken durch von der Regierung und damit von der APRA ernannte Verwalter statt, wie von der IU gefordert, durch Gremien unter Beteiligung z.B. auch der Gewerkschaften, gibt zu solchen Befürchtungen allen Anlaß.

Konsequenzen und Fragen

Angeichts der scharfen Kritik von beiden Seiten versucht Ministerpräsident Larco Cox Zeichen zu setzen: IWF und Weltbank durften sich über die Ankündigung der Wiederaufnahme von Zahlungen freuen, der peruanischen Wirtschaft gegenüber sollte durch die Reprivatisierung von 40 Staatsbetrieben das Szenario einer bevorstehenden sozialistischen Planwirtschaft widerlegt werden, für die Linke gab es von Seiten Garcías flammende verbale Bekenntnisse zur Verstaatlichung des Finanzwesens und damit zur Demokratisierung des Kredits. Im Zuge einer ernstgemeinten Demokratisierung der Wirtschaft kann die Demokratisierung des Finanzwesens allerdings nur ein erster Schritt sein, und schon dieser erste Schritt scheint zu scheitern. QUEHACER schreibt zu den Konsequenzen eines Erfolges der politischen Rechten: "Vielleicht denken sie (die Rechten),..., daß, wenn schon kein Putsch Besserung bringen soll, wenigstens dafür gearbeitet werden muß, daß die Regierung das (Wahl-) Jahr 1990 in desolatem Zustand erreicht.... damit würde man (die maoistische Guerilla) Sendero Luminoso zwei seiner wichtigsten Ziele näherbringen: der Destabilisierung des Systems und der daraus folgenden Polarisierung des Landes."

Es bleiben Fragen offen:

Werden die beschlossenen Verstaatlichungen doch noch ganz realisiert werden können? Lassen sich die Demokratisierung des Kredits und die Einschränkung der Kapitalflucht durch die Verstaatlichung tatsächlich verwirklichen? Wer würde letzten Endes davon profitieren, stellt die Verstaatlichung den Anfang einer Demokratisierung der Wirtschaft dar, von der auch die Marginalisierten profitieren würden? Oder bliebe es einmal mehr bei einer Förderung der Exportwirtschaft? Viel wird zunächst davon abhängen, ob sich García gegen die Kritik von rechts und auch aus seiner eigenen Partei durchsetzen kann; langfristig muß sich erweisen, ob er weitere Schritte zu einer umfassenden Demokratisierung einleiten wird, oder ob dieser Anspruch zwischen dem Klientelndenken rechter APRA-Kreise und der Propaganda der bürgerlichen Opposition untergehen wird.

Quellen: Que hacer 46-50, Peru-Info 4-6, 1987, Crisis 54, 1987, Jotape 8, 1987, Handelsblatt, TAZ, Frankfurter Rundschau, FAZ Neue Zürcher Zeitung, Süddeutsche Zeitung, Latin America Weekly-report



Statt halbherziger Verstaatlichungen radikale Lösungen fordern???

CHILE

Die Lage der Opposition vor dem Plebiszit: Ernst aber nicht hoffnungslos???

Am 2. Februar 1988 unterzeichneten 13 oppositionelle Parteien nach wochenlangen Verhandlungen eine Übereinkunft, eine kollektive Mobilisierungskampagne für das NEIN zu organisieren, um das Regime in dem Plebiszit zu schlagen, mit dem Pinochet seine Herrschaft für weitere acht Jahre "legitimieren" will. KP, MIR und eine Gruppe der Sozialisten unterstützen diese Übereinkunft nicht. Richtig ist, daß mit dieser Übereinkunft die bisher breiteste Einigung innerhalb der oppositionellen Parteien erreicht worden ist; diesen Minimalkonsens aber als "historisch" zu bezeichnen, zeigt, wie bescheiden gegenwärtig die politische Position der Opposition ist.

Die Plattform

Die von den 13 Parteien verabschiedete Plattform wird, ideologisch gesehen, vom bisher breitesten Spektrum der politischen Opposition getragen, es reicht von "rechts" bis "links", schöpft aber noch nicht das gesamte Potential der Opposition aus; es fehlen die rechte anti-pinochetistische Nationalpartei und die KP sowie ein Flügel der Sozialisten (PS histórico), sowie der MIR (der freilich nie auf die Beteiligung an Wahlen vertraut hat). Unter diesen Gruppen ist quantitativ und politisch die Haltung der KP wichtig, deren NEIN zur Beteiligung am Plebiszit, nach Interviews zu urteilen, nicht definitiv bleiben muß.

Die Plattform legt fest, daß das NEIN sich nicht nur auf den Kandidaten Pinochet bezieht, sondern das politische System einschließt, das er repräsentiert. Die Parteien vertrauen darauf, der Kampagne des Regimes gegensteuern zu können und die Abstimmung wirksam kontrollieren zu können. Sie knüpfen ihre Beteiligung am Plebiszit an einige selbstverständliche Forderungen (z.B. gleichberechtigten Zugang zum staatlich kontrollierten Fernsehen), ohne aber festzulegen, welche dieser Bedingungen für ihre Beteiligung unabdingbar sind. Es ist schwer vorstellbar, daß sie geschlossen und wirksam kurz vor dem Plebiszit zu einem Boykott aufrufen, wenn, wie zu befürchten ist, das Regime diese Forderungen nicht erfüllt.

Die 13
Parteien
des "NEIN"
im Plebiszit

Avanzada Nacional
Renovación Nacional
Democr cia Radical

Parteien des "JA"

Partido Nacional

rechts, gegen Pinochet

Democr cia Cristiana
Social Dem cratas
Partido Humanista
Padena
Usopo
Union Liberal Republicana

haben ein alternati-
ves Regierungspro-
gramm ausgearbeitet

Partido Radical (Cimma)
Partido Radical (Luengo)
PS (Nunez)

PS (Almeyda)
Izquierda Cristiana
Mapu
Mapu (OC)

Izquierda Unida,
das linke Bündnis

PC
PS (hist rico)
MIR

Der ausgehandelte Übergang

Wie zuletzt in den LN 167 dargestellt, ist eine Demokratisierung in Chile ohne Bruch mit der geltenden Verfassung von 1980 nicht denkbar; ein Sieg des NEIN erbr chte allenfalls ein Auswechseln des Präsidenten in anschließenden Wahlen, keine Änderung des Systems. Aber wie soll dieser Bruch auf der Grundlage der Plattform aussehen? Nach der Niederlage des Kandidaten (Pinochet) sollen die "demokratischen" Parteien mit "den Streitkräften" ein vierjähriges Übergangsregime aushandeln – mit Präsidentschafts- und Parlamentswahlen (mit verfassungsgebender Vollmacht).

Das heißt im Grunde, die Politik eines mit den Streitkräften ausgehandelten Übergangs, die das bürgerliche Lager seit Jahren ergebnislos verfolgt hat, wird auf die Nacht nach dem Plebiszit verschoben – gestärkt durch einen erhofften überwältigenden Erfolg für das NEIN. Die jetzige Formel baut darauf, daß "die Streitkräfte" nach einer politischen Niederlage ihres Kandidaten im Plebiszit zu dem Einlenken bereit sind, das sie bisher verweigert haben; sie setzt darauf, daß die Streitkräfte eine Mehrheitsentscheidung respektieren.

Der Sieg des NEIN soll durch eine Kampagne der "movilizaci n popular" erreicht, der "Betrug geschlagen" und der "Sieg der Demokratie verteidigt werden" (derrotar el fraude y defender el triunfo democr tico).

An der Entschlossenheit der bürgerlichen Parteien, einen durch Betrug gestohlenen Sieg zu verteidigen, zweifelt nicht nur die KP. Was geschieht, wenn die Opposition Betrug bei der Stimmabgabe und -auszählung feststellt? Emp rte Erklärungen vor der in- und ausländischen Presse und evtl. internationalen Beobachtern reichen gewiss nicht aus.

Ruft in diesem Fall auch die wichtige, wahrscheinlich entscheidende Führung der Christdemokraten dazu auf, den gestohlenen Sieg auf der Straße zu verteidigen? Entscheidet sie sich 1988 unter ihrem rechten Vorsitzenden Aylwin für den Weg, vor dem sie 1986 unter ihrem progressiven Vorsitzenden Vald s zurückschreckte, als sie sich aus der sozialen Mobilisierung zurückzog?

Das Plebiszit

Nach der Verfassung von 1980 schlagen die Oberkommandierenden der Streitkräfte und der Polizei den Präsidentschaftskandidaten vor (aller Wahrscheinlichkeit nach Pinochet), über den die Bevölkerung zu einem noch nicht bekannten Zeitpunkt, wohl zwischen September und Dezember 1988, abstimmen soll. Nur wenn dieser Kandidat der Streitkräfte und der politischen Rechten geschlagen wird, sind Wahlen mit mehreren Kandidaten vorgesehen, wobei Pinochet ein weiteres Jahr im Amt bleibt und die Verfassung weiter gilt. (Vgl. LN 167)



"Plebiszit"
von 1980 –
vor einem
Wahllokal

Und 1988?

Der Niedergang der Opposition

Auch die für die Opposition günstigste Umfrage aus der Zeit November - Dezember (s.Kasten) gibt dem NEIN zu Pinochet gerade 40 % gegenüber 31 % Ja-Stimmen. Auch wenn man dem Aussagewert solcher Umfragen unter einer Diktatur mißtrauisch gegenübersteht - oppositionelle Politiker geben durchaus das gesunkene Image ihrer Parteien Ende 1987 zu.

Der Krieg der Umfragen

Daß der Aussagewert von Meinungsumfragen unter einer Diktatur fraglich ist, schließt natürlich überhaupt nicht aus, daß sie im politischen Kampf eingesetzt werden. Mit ziemlichem Aplomb lancierte das Regime Mitte Januar die Ergebnisse von Gallup Chile:

JA 39,4% NEIN 26,6% Unentschiedene 32,8%

Mancher ließ sich bluffen, in der Annahme ein international renommiertes Institut gebe sich nicht für jeden Schwindel her. Was aber die meisten Chilenen nicht wissen:

Gallup Chile arbeitet unabhängig von dem Institut, dessen Namen es führen darf; sein Chef ist ein führender Regierungsfunktionär.

Aber auch andere Umfragen signalisierten eine überraschende Stärke des Regimes - ein knappes Drittel (31,1%) gegenüber 40,3% für das NEIN. (Cerc arbeitet im Rahmen der Akademie für christlichen Humanismus, die ihrerseits der katholischen Kirche untersteht. Die Umfrage wurde November/Dezember 1987 durchgeführt und im Januar veröffentlicht.) Sowohl bei Cerc als auch bei Gallup entscheiden sich rund 30% weder für "ja" noch "nein". Deutlich ist in allen Umfragen, daß das NEIN in der Hauptstadt am stärksten ist.

Santiago:	NEIN 43,7% (Cerc)	JA 26,3% (Cerc)
	39,6% (Gallup)	33,6% (Gallup)

Daß das Regime auch unter den Ärmsten noch Anhänger hat, bezweifeln selbst Oppositionelle keineswegs. Sie erklären diese Feststellung als Folge einer gezielten Regierungskampagne zugunsten der Armen, bei der die von Pinochet ernannten Bürgermeister eine wichtige Rolle spielen. (siehe Wahlkampf)

An eine hohe Zahl Unentschlossener glaubt der wissenschaftliche Leiter der Cerc-Umfrage allerdings nicht - im Herzen hat sich nach seiner Ansicht jeder Chilene entschieden. Er stützt sich dabei auf die inhaltliche Auswertung weiterer Fragen (zum Image der Regierung etc.). Dabei werde deutlich, daß bei einer sauberen Abstimmung die Regierung nicht mehr als ca. 35% erreichen könnte; das Potential für die Opposition liege bei 65%.

Der Niedergang der oppositionellen Parteien setzte ein, als nach der letzten gemeinsamen Massenmobilisierung Anfang Juli 1986 die

bürgerliche Opposition unter Führung der Christdemokraten sich der Zusammenarbeit mit der marxistischen Linken, vor allem der KP, versagte. Zwischen diesem Kurswechsel und diplomatischem Besuch aus Washington und Bonn (Geissler) dürfte mehr als ein zeitlicher Zusammenhang bestehen. Das Auffinden der Waffenarsenale der KP (August 86) und das Scheitern des Attentats auf Pinochet (September 86) waren die Anlässe, an denen die Diskussion um die Kampfformen gegen das Pinochet-Regime - "friedlich" (bürgerliche Opposition) oder mit "allen Formen des Kampfes" (KP) - den Graben zwischen den oppositionellen Lagern vertiefte (s.a. LN 167).

Die Hoffnung der DC, im Jahre 87 durch eine "politische Mobilisierung", aber unter Verzicht auf Protestdemonstrationen, in Verhandlungen mit den Streitkräften "freie" Wahlen zu erreichen, scheiterte - wie unschwer vorauszusehen - , und es begann innerhalb der Opposition das schrittweise und unkoordinierte Akzeptieren der von der Diktatur gesetzten Spielregeln, die dieselben Parteien zuvor zurückgewiesen hatten.

Es gelang den oppositionellen Parteien bis heute nicht, in ihrer Gesamtheit einheitliche Antworten auf zwei Grundfragen zu finden:

- Soll die Opposition das von der Diktatur arrangierte Plebiszit als betrügerisch boykottieren?

- Soll sie versuchen, allen Risiken des Wahlbetrugs zum Trotz, das Regime zu schlagen?

Das Regime behielt die politische Initiative, bestand auf seinem "Fahrplan", die Opposition reagierte unterschiedlich, also geschwächt. In "pragmatischen", taktischen Einzelschritten ohne strategisches Konzept erfüllten sie in der Mehrzahl, jede Partei nach internen Diskussionen, bedingungslos die Forderungen des Regimes:

- Einschreiben der potentiell Wahlberechtigten in die Wahlregister (Dazu mobilisieren inzwischen die meisten oppositionellen Parteien, nämlich alle, die die Übereinkunft vom 2. Februar unterschrieben).

- Sich vom Regime als Partei legalisieren lassen (nur für nicht-marxistische Parteien möglich); die Prozeduren sind im Gange.

Lediglich KP, MIR und PS histórico beharren darauf, dem Regime die Legitimation (durch Anerkennen der Spielregeln) zu verweigern und es durch kämpferische Mobilisierung der Massen zu schlagen. Innerhalb der Opposition sind sie jedoch mit dieser Haltung isoliert, die Vereinigt Linke (IU) ist zwar nicht gespalten, aber "auf Eis" gelegt. Das Einschreiben in die Wahlregister hat die KP schon vor Monaten zur zweitrangigen Frage erklärt, ihren Mitgliedern also freigestellt.

Die Opposition muß den Sieg des offiziellen Kandidaten in einem Plebiszit verhindern, dessen Spielregeln noch wenig deutlich sind. Der Kandidat ist höchstwahrscheinlich, aber nicht sicher, Pinochet. Wann und mit wieviel Stimmberechtigten findet er statt? Pinochet drohte mit einem frühen Termin, der ihm den Vorteil gesichert hätte, mit relativ wenigen Eingeschriebenen (unter denen seine Parteigänger stark waren, u.a. die Streitkräfte und deren Ange-

hörige) das Plebiszit vielleicht sogar ohne großen Betrug zu gewinnen... Bis Ende Januar haben sich inzwischen ca. 4 Millionen Chilenen in die Wahlregister eingeschrieben; 6,5 Millionen ist die Zahl, die Opposition und Oberkommandierende für ausreichend halten, um das Ergebnis zu legitimieren. Wer außer der Regierung und den Streitkräften garantiert die Sauberkeit der Abstimmung?? Die Opposition glaubt, durch ein System von Beobachtern an jedem Wahlstisch (und evtl. ausländischen Beobachtern) sichern zu können, daß Wahlbetrug nicht unentdeckt bleibe.

Das Parteiengesetz - ein Bumerang?

Das vom Regime erlassene Parteiengesetz verlangt, daß jede Partei ab Antragstellung innerhalb von zwei Monaten eine Mindestzahl von 35'500 Mitgliedern nachweist, um landesweit tätig werden zu können. Erst wenn diese Liste mit den individuellen Daten der Mitglieder, die schon im Wahlregister eingeschrieben sein müssen, überprüft worden ist, wird die Partei legalisiert. Was abschreckend wirken sollte - sich unter den Bedingungen einer Diktatur mit Name und Anschrift als Oppositioneller registrieren zu lassen - könnte jetzt den oppositionellen Parteien, die ihre Legalisierung durch das Regime anstreben, einen heilsamen Kontakt zur Basis verschaffen: Sie müssen von Tür zu Tür Überzeugungsarbeit leisten, daß das Regime unter den gegenwärtigen Bedingungen im Plebiszit zu schlagen sei.

Das Dilemma der Rechten

Meinungsumfragen, die von Instituten vorgenommen wurden, die der Opposition nahestehen, räumen dem JA für das Regime ca. 35% der Stimmen ein; diese hohe Prozentzahl halten auch oppositionelle Politiker für realistisch. So hoch lag der Stimmenanteil des rechten Kandidaten Alessandri bei den letzten Präsidentschaftswahlen 1970. Das würde bedeuten, daß die Rechte intakt geblieben ist, unter Pinochet keinen Verschleiß erlitten hat. Die Opposition ist aber ebenso überzeugt, daß das mögliche Wählerpotential des Regimes damit praktisch ausgeschöpft ist. Fragen nach der Unterstützung für einen anderen Kandidaten der Rechten ergeben deutlich geringere Werte als für Pinochet. Das heißt, wenn es der Opposition gelingt, die Mehrheit der Unentschlossenen bzw. Skeptischen, Resignierten für das NEIN zu mobilisieren, kann das Regime auf saubere Weise nicht gewinnen. Mit dem Kandidaten steht aber für die Rechte das ganze in 15 Jahren errichtete neoliberale Projekt zur Abstimmung. Anders gesagt: Um das Projekt nicht zu gefährden, muß sie die Niederlage ihres Kandidaten um jeden Preis vermeiden. Gegenwärtig, Anfang Februar, kursiert als verbürgt das Gerücht, Pinochet erwäge an einem Sommerurlaubssitz die Alternative, auf das Drängen der Opposition nach Wahlen mit mehreren Kandidaten einzugehen - in der nicht unbegründeten Erwartung, die chilenische Opposition werde sich (vgl. Südkorea) schwertun, sich auf einen Kandidaten zu einigen.

Wahlkampf

"Alle acht Minuten ein Haus" - unter diesem Slogan läuft eine TV-Werbekampagne für die Regierung, mit der sie sich als effizient und um die Ärmsten besorgt darstellen will. Auch wenn Oppositionspolitiker anhand offizieller Statistiken nachweisen, daß die behaupteten Zahlen nicht stimmen, so bleibt die Kampagne nicht wirkungslos: Unter 16 Problembereichen schneidet der Bereich Wohnungsbau in einer Umfrage der Opposition mit 41% positiver Einschätzungen in Santiago mit Abstand am günstigsten ab.

Das Fernsehen spielt bei der Imagepflege des Regimes eine herausragende Rolle; die Opposition wird erst 30 Tage vor dem Plebiszit Zugang zu kostenloser Werbezeit haben - 20 Minuten täglich (die Regierung natürlich ebenfalls).

Ein Beispiel aus dem umfangreichen Werbereservoir: Jeden Abend zur besten Sendezeit laufen knapp einminütige Spots, in denen die vermeintlichen Erfolge der Pinochet-Regierung dem zukünftigen Wähler nahe gebracht werden sollen. Es beginnt mit Schwarz-Weiß-Aufnahmen, die mit tragischen Klängen unter- und einem Text überlegt sind wie z.B.: "1970 gab es nur x Gesundheitsposten auf dem Land, nur y % der Landbevölkerung hatte Zugang zu einer Gesundheitsversorgung." Plötzlich bekommen die Bilder Farbe, die Musik wird beschwingt, gutgekleidete, glückliche Menschen strahlen, untermauert von geeigneten Statistiken, einer verheißungsvollen Zukunft entgegen.

Im Samstagabendprogramm erschien neben anderen Werbespots nach demselben Strickmuster - warum wird eigentlich zum Vergleich immer 1970 herangezogen und nicht 1972 oder 1973? - einer, der nichts anderes belegt als den missionarischen "Erfolg" des Generalkapitäns Pinochet: "1970 gab es (die Zahl spielt keine Rolle) Alkoholiker" begann es nach dem bekannten Konzept. Doch wer nun eine genaue Angabe über die aktuelle Alkoholikerstatistik erwartet hatte, sah sich enttäuscht. Die entscheidende Message der Werbung war die Behauptung, von diesen damals Süchtigen seien bis heute 280'000 geheilt bzw. geheilt worden. - Wenn das nicht für das Militärregime spricht.

Nach einer von der Zeitschrift "análisis" veröffentlichten Untersuchung lancierte das Regime über Ministerien und vom ihm kontrollierten Institutionen (z.B. ein privates Kulturinstitut, dessen Vorsitzende Pinochets Tochter ist) im Oktober 1987 fast 12 Stunden Werbespots, die natürlich aus öffentlichen Geldern bezahlt werden.

Die Tageszeitung "Epoca" (7. 2.) meldet unter Berufung auf das britische "Metal Bulletin", für 1987 vorgesehene Investitionen im staatlichen Kupferbetrieb Codelco seien unterblieben und die Gelder in den Werbeetat des Regimes umgeleitet worden.

Der Wahlbetrug ist längst im Gange.

Hoher Besuch beim Präsidenten

Kennen Sie, lieber Leser, den berühmten und bedeutenden Grafen und Schriftsteller, Politikwissenschaftler und ehemaligen Abgeordneten Hans von Huyn? Nein? Dann müssen Sie diese Bildungslücke aber schnellstens schließen!

Wie wir aus der chilenischen Tageszeitung El Mercurio erfahren, ist er ganz sicher ein bedeutenderer Mann als z.B. der ehemalige (sozialistische) Premierminister Frankreichs, Laurent Fabius, dessen Besuch in Chile nur vier kurze Mercurio-Spalten wert ist (und davon zwei, in denen sich der Innenminister Sergio Fernández kritisch mit seinem Mangel an "moralischer Autorität" auseinandersetzt). Dagegen hat der Graf (Conde, wie er in der Zeitung und auf dem Buchtitel gegen alle republikanischen Spielregeln betitelt wird) mehr als zwei ganze Seiten und insgesamt vier Artikel verdient (8.1., 10.1., 11.1.88, einer davon betitelt: Der Lieblingsautor Pinochets). Seine Ankunft wurde auch in den Nachrichten verkündet.

Und wer ist nun dieser bedeutende Deutsche? Er ist der Autor des Buches "Sieg ohne Krieg", Untertitel: "Moskaus Griff nach der Weltherrschaft" (1984), das jetzt in Chile auf den Markt kam.

Nach der Rezension im Mercurio zu schließen – das Buch selbst zu lesen, war niemand in der Redaktion der LN bereit – scheint das Buch die schlimmen Erwartungen, die der Titel erweckt, noch zu übertreffen und es verdient, "unter die bedeutendsten Werke zu dem Thema eingereiht zu werden" (Mercurio). Die Sowietunion habe eine echte Internationale des Terrors geschaffen, die überall dabei ist, auch im Drogenhandel, um das Leben der freien Länder zu korrumpieren. Friedensbewegungen, Entspannung usw. sind nur taktische Manöver, um Zeit zu gewinnen, um die Weltherrschaft zu erringen. Auch die Sozialistische Internationale unter Präsident Willy Brandt und die nationalen Befreiungsbewegungen sind natürlich nur Marionetten Moskaus. In Schwierigkeiten kommt der Rezensent Pablo Rodriguez, ehemaliger Chef der paramilitärischen faschistischen Organisation Patria y Libertad, am Ende, wo von Huyn die USA-Politik als "Antwort der Freien Welt" darstellt. Das paßt zur Zeit ja nicht so recht ins Bild, wo doch so viel Kritik an Pinochet aus den USA kommt.

Pinochet lud von Huyn in Anwesenheit des Innenministers, des Verkehrsministers, des Generalmajors Bruno Siebert, des Staatssekretärs Poblete, des Deutschen Botschafters und vieler anderer Persönlichkeiten in seinen Feriensitz ein.

Gern erinnert sich Herr von Huyn auch an seine Reise nach Chile vor 10 Jahren mit F.-J. Strauß und an gemeinsame Gespräche mit Pinochet.



Huyn besuchte Pinochet in dessen Feriensitz. Zusammen mit ihnen Innenminister Sergio Fernández, die Präsidentin der Nationalen Kulturstiftung Lucia Pinochet und der bundesdeutsche Botschafter Horst Kullak-Ublick

Nach den kritischen Äußerungen der Europäischen Gemeinschaft über Chile befragt, sagte er: "Ich glaube, es gibt ein falsches Bild von Chile im Ausland, und ich glaube, die Freunde Chiles müssen sich bemühen, das Bild richtigzustellen...Ich habe ein Land gesehen, das im Frieden ist, mit Menschen, die im Wohlstand leben." Chile sei wirtschaftlich in den letzten zehn Jahren aufgeblüht, die Demokratie sei vorangekommen, die Rechte aller Bürger seien geschützt vor totalitären Bedrohungen.

Zum Problem des Exils befragt, sagte er, es gebe Bedingungen, unter denen die Exilierung zu vertreten sei und jedenfalls müsse der marxistisch-leninistische Terrorismus ja irgendwie bekämpft werden, der auch die Menschenrechte verletze und dessen Ziel es sei, staatliche Repression hervorzurufen, um dann die Verletzung der Grundrechte anklagen zu können.

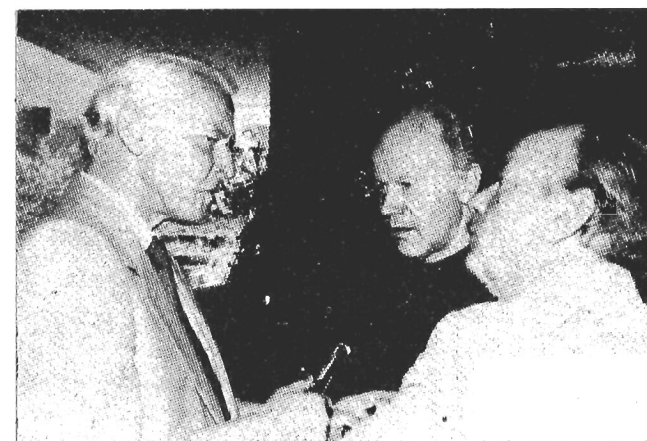
Colonia Dignidad: Der Freundeskreis wechselt die Front

Eigentlich hatten sie schon abgesagt zu dem Bonner Hearing am 22. 2. 88 über die Colonia Dignidad, die früheren bundesdeutschen Botschafter in Santiago Erich Strätling und Hermann Holzheimer, der Strauß-Intimus Prof. Lothar Bossle (Würzburg) und der Münchner Stadtrat Wolfgang Vogelsong (CSU). Nach Telefonaten mit dem Ausschußvorsitzenden Vogel (MdB, CDU) sagten sie dann doch zu. Die Gründe für diesen Sinneswandel werden sich erweisen, wenn dieses Heft schon im Druck ist. Vorab können wir nur die Tatsache festhalten, daß prominente CSU-Mitglieder wenigstens im Falle Colonia Dignidad bei Heiner Geißlers Menschenrechtskampagne mitziehen. Geißler hatte nach seinem Besuch in Chile eine härtere Gangart gegen die Colonia Dignidad gefordert. Führt der Skandal um die Colonia Dignidad zu einem Schulteranschlag, der vom Umfeld des bayrischen Ministerpräsidenten bis zu Genscher reicht? Einigen Sinn würde dies machen. Bossle als der politische Kopf der alten Freunde von Colonia Dignidad in der BRD steht vor der Alternative, in den Skandal hineingezogen zu werden oder im letzten Moment die Fronten zu wechseln. Als frischgebackener Menschenrechtsaktivist könnte er aus der jahrelangen Arbeit von Amnesty International, Zeitschriften wie den LN und einiger Journalisten gutes Kapital schlagen, die das Schweigen um die deutsche Faltersiedlung durchbrochen haben. Denn die Fernsehkameras werden auf ihn gerichtet sein, nicht auf die peinliche Blutspur der Komplizenschaft des "Freundeskreises Colonia Dignidad". Wer weiß schon, daß Bossle einen hochkarätigen Vertreter eines führenden bundesdeutschen Wirtschaftsunternehmens an die Colonia Dignidad empfohlen hat, damit dieser an der Einweihung einer Schule teilnehmen konnte, die Paul Schäfers Bau- und Repressionsunternehmen errichtet hat? Pinochets Gattin weiß es, denn sie war dabei. Und wer weiß schon um die Kontakte der CSU-Politiker Lincke und Allgäuer mit der Faltersiedlung?

Trotz aller Politik der Schadensbegrenzung, die das Auswärtige Amt in Sachen Colonia Dignidad betreibt, könnte das Hearing vor dem Menschenrechtsausschuß des Bundestags zu einem Tribunal werden. Zu viel ist bekannt über die Behandlung der "Schweine" - wie sie die chilenischen politischen Gefangenen nennen - in der Colonia Dignidad, zu viele Namen der verantwortlichen DINA-Offiziere, zu viele Details über den festungsartigen Ausbau der Colonia Dignidad, demgegenüber

die sichtbaren Stacheldrahtzäune rund um die Siedlung geradezu harmlos sind.

Tatsächlich verliert die Colonia Dignidad die Funktion eines Stützpunktes des chilenischen Repressionsapparates, wie die LN sie beschrieben haben. Ein Vorfall während des Besuchs der Untersuchungskommission des Auswärtigen Amtes im Dezember 1987 in Chile belegt dies. In einer offiziellen Verlautbarung bestätigte die Direktion der Carabineros, daß ein Carabinero-Hubschrauber mit dem bundesdeutschen Botschafter Kullak-Ublick, dem Bischof Stehle (Mitglied der AA-Kommission) und einem Carabinero-General an Bord beim Versuch, auf der Piste der Colonia Dignidad zu landen, von Hubschrauberfallen bedroht war (La Epoca, 23. 1. 1988). Bei den Hub-



Botschafter
Kullak-Ublick
(links),
Bischof Stehle
(Mitte)
vor dem Flug zur
Colonia Dignidad

schrauberfallen handelt es sich um magnetisierte Metallplatten, die durch die Luftbewegung unter dem Hubschrauber hochgewirbelt werden und die Rotorblätter zerstören - eine Methode, die aus dem Vietnamkrieg bekannt ist und zur Zeit in El Salvador erfolgreich angewandt wird (Fortin Mapocho, 22. 1. 1988). Der Hubschrauber soll schließlich nach der Drohung der Colonia Dignidad - Leute, wegen Hausfriedensbruchs die Polizei zu holen, unverrichteter Dinge wieder weitergefliegen sein, einschließlich des Carabinero-Generals. War es das Gefälle zwischen regionaler und nationaler Machtkonzentration, das den General zum Rückzug bewog? In der Gegend um Parral ist die Colonia Dignidad nicht nur Teil des Repressionsapparates, sondern sie kontrolliert ihn. Oder waren es die Verbindungen zu höherrangigen Generälen, die die Colonia Dignidad mit Befehlsgewalt über einen Carabinero-General ausstattete? Und warum war er mitgefliegen? Wie immer man den Vorgang deutet, er zeigt die Dimension, die sich hinter dem Geheimnis der deutschen Sektensiedlung verbirgt.

LATEINAMERIKA

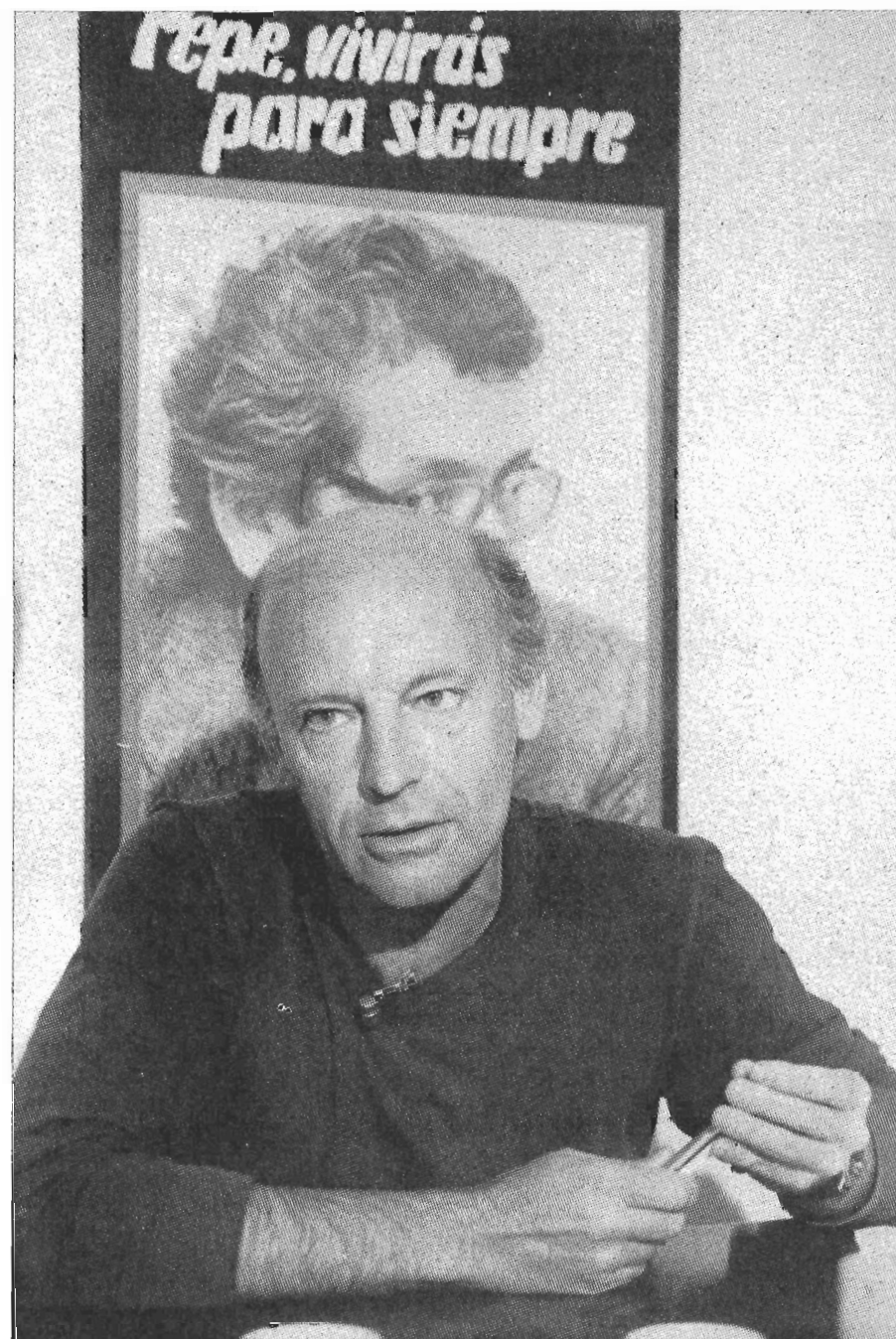
Eduardo Galeano in Chile

Einen kleinen Höhepunkt hatte der ansonsten ereignisarme chilenische Sommer: Zum ersten Mal seit fast 15 Jahren war der Schriftsteller **Eduardo Galeano** in Chile. Der Autor von "Die offenen Adern Lateinamerikas", der erst vor kurzem aus dem spanischen Exil in seine Heimat Uruguay zurückkehren konnte, hatte Chile seit dem gewaltsamen Sturz der Regierung von Präsident Allende nicht mehr besucht. Anlaß für den Besuch im immer noch von General Pinochet regierten Chile war die Verleihung des **José-Carrasco-Tapia-Preises**, benannt nach dem am 6. September 1986 ermordeten linken Journalisten und Mitarbeiter der oppositionellen Wochenzeitschrift **ANALISIS**.

Die Popularität und Beliebtheit des uruguayischen Schriftstellers in Chile war bei allen seinen öffentlichen Auftritten spürbar. Am letzten Abend seines Aufenthaltes in Santiago platzte das als Veranstaltungsort gewählte Theater aus allen Nähten, hunderte Chilenen konnten die Mischung aus Dichterlesung und Vortrag gar nicht oder nur in den Vorräumen des Theaters über Lautsprecher verfolgen. Bei dieser Veranstaltung wurden zwei kürzlich von Galeano verfaßte Artikel angeboten, von denen wir einen im Folgenden abdrucken. In der Galeano eigenen klaren und bildreichen Sprache bringt er eine vor allem gesamtlateinamerikanische Sichtweise zum Ausdruck, die über die einzelnen nationalen Ansätze hinaus die Probleme und Perspektiven des Subkontinents aufzeigt.

Über die Notwendigkeit, Augen im Hinterkopf zu haben

Anfang dieses Jahres (1987, d.Red.) veröffentlichte ich einen Artikel, der in Madrid, Buenos Aires und Montevideo einen Schwall wutender Antworten hervorrief. In dem Artikel ging es um die Zwangsjacken, in die in Lateinamerika die Demokratien gezwängt sind und die sie in vielen Fällen zu einem Dasein als bloße *Demokraturen* zwingen: Demokratien, auf denen die Hypothek der Diktaturen lastet; eine zivile Macht, die von der militärischen Macht einem Regime der eingeschränkten Freiheit unterworfen wird. Um die Demokratie ohnmächtig zu machen, geben ihr die Herren in einigen Ländern nichts anderes zu fressen als Angst: Angst zum Frühstück, Angst zum Mittagessen, und zum Abendbrot, Angst. Die Regierenden regieren, aber sie bestimmen nicht. Im Namen der Realpolitik machen sie sich ohnmächtig; und sie überleben für den Preis der Lähmung. Unter besonderer Berücksichtigung der Beispiele Uruguay und Guatemala wies ich in meinem Artikel nach, daß die neuen Präsidenten, die im Anschluß an lange und grausame Militärdiktaturen in den Regierungspalast



Eduardo Galeano vor dem Bild José Carrascos

einziehen, ihre Eintrittsgenehmigung gegen die Verpflichtung zum Gehorsam gegenüber den Generälen und Großgrundbesitzern, gegenüber den Herren des Krieges und des Grund und Bodens, erhalten hatten.

Der Artikel ging auch auf den Fall Argentinien ein. Unter allen in letzter Zeit entstandenen oder wiedererstandenen Demokratien in Lateinamerika war die argentinische die einzige, die nicht allen Henkern des Staatsterrorismus Straffreiheit gewährt hat. Unter der Regierung Alfonsíns haben zivile Richter mehrere von denenjenigen vor Gericht gestellt und verurteilt, die für einige der systematischsten Greuelthaten unseres so schreckensreichen Jahrhunderts verantwortlich sind. Im Großen und Ganzen war dies möglich durch den Niedergang des Ansehens der Militärs, das nach der Niederlage im Malvinen-Krieg seinen Tiefpunkt erreichte. Die Katastrophe auf den Malvinen hatte den Offizieren die Masken vom Gesicht gerissen, gezeigt, daß sie nur dazu dienen, Landsleute umzubringen; nützlich gegen die im Land, unnütz nach außen; daß sie dafür gut sind, Präsidenten zu stürzen, Arbeiter umzubringen, Gefangene zu vergewaltigen, Kinder zu rauben und Kapitulationen zu unterschreiben.

Kein anderes ziviles Regime hatte jemals in der Geschichte Lateinamerikas eine so günstige Situation vorgefunden; aber der Wunsch von Präsident Alfonsín nach Gerechtigkeit kam nicht sehr weit, nach kurzer Zeit stieß er auf seinen Schlußpunkt (im Original: "punto final" in Anspielung auf das gleichnamige Gesetz; s. LN 155 und 156, d.Red.). Die Ungerechtigkeit hat allerdings keineswegs ihren Schlußpunkt erreicht. In Argentinien wie in Uruguay bleibt die Wirtschaftspolitik, die die Militärdiktatur möglich und notwendig machte, mehr oder weniger dieselbe, sie steht im Dienste eines Herrschaftssystems, das Dir alles gleich wieder wegnimmt, was es Dir gibt, und Dich mit Deinem eigenen Strick erwürgt. Diese Wirtschaftspolitik bestraft die Lohnempfänger und belohnt die Spekulanten, konzentriert den Reichtum und zwingt die Arbeiter dazu, sich in Ameisen zu verwandeln.

Der Artikel wies darauf hin, daß der Platz der Militärs nach der neuen Herrschaftsdevise nicht mehr auf, sondern hinter dem Thron ist. In Anbetracht des unvermeidlich nahenden Untergangs der Militärregimes in Lateinamerika läßt die neue Herrschaftsstrategie Zivilisten als Präsidenten zu und fördert sie sogar, wobei ihnen die Rolle von Geiseln der militärischen Machtstrukturen und des Wirtschaftssystems, über das diese militärischen Strukturen wachen, zugeschrieben wird. Damit die Demokratie Demokratie ist, schloß der Artikel, damit die Demokratie in der Lage ist, die Realität zu verändern und Geschichte zu machen, muß damit begonnen werden, sie aus ihrem Käfig zu befreien.

Modernisierung der Hexenjagd

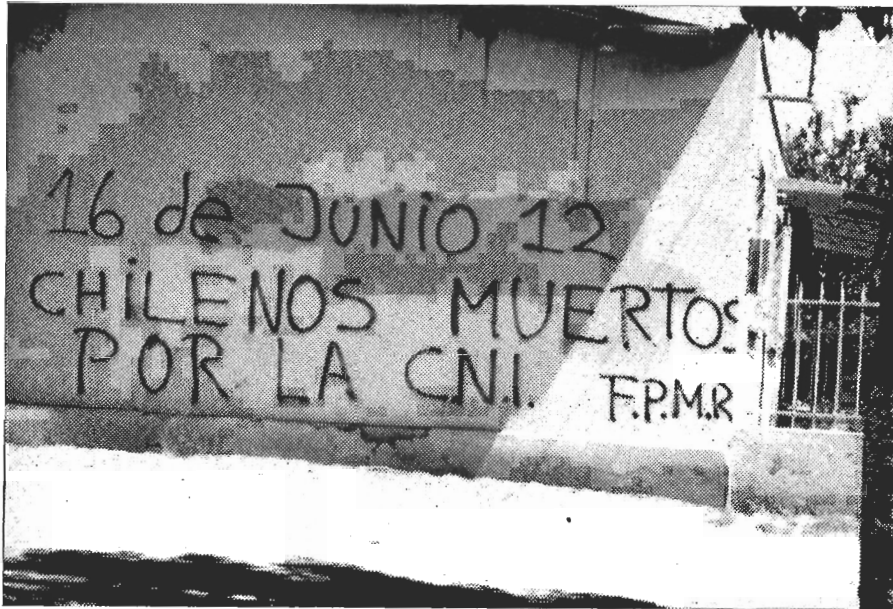
Die entrüsteten und zahlreichen Antworten auf den Artikel, die nicht das zurückwiesen, was ich sagte, sondern das, was ich nicht sagte, offenbarten sehr deutlich die Modernisierung der Hexenjagd. Die Schutzengel des Systems haben die Methoden des ideologischen Terrorismus vielfältiger gemacht. In den Fällen von Nonkonformismus, von unverzeihlicher Ketzerei beschränken sich die Inquisitoren nicht mehr auf die Frage: "Und warum gehen Sie nicht nach Moskau?" In Lateinamerika fragen sie heute auch: "Und warum gehen Sie nicht in die Berge zum kämpfen?" Aufgrund dessen was ich gesagt hatte, wurde ich der Geringschätzung der Demokratie und der Blutrünstigkeit bezichtigt.

Ich spreche von einer offenbarenden Reaktion, weil sie ein Teil des gesamten komplexen Verdrehungsmechanismus ist, der die Demokratie mit dem lähmenden Gas der Angst vergiftet, um zu verhindern, daß sie sich entfaltet und tief durchatmet. Angst vor Veränderung, Angst vor wirklicher Veränderung: bestimmte Angehörige der bedauerlichen Spezies der konvertierten Linken, die bemüht sind, ihre eigenen Spuren zu verwischen, arbeiten mit an der massiven Verbreitung der Angst, Seite an Seite mit den Vertretern des ausgehöhlten Stamms der traditionellen Rechten und der Bürokraten, die gegen ihr Gehalt alles tun. Die Suche nach Gerechtigkeit wird so zu einem Alibi für Verrückte, der Kampf gegen die Ungerechtigkeit wird zum verantwortungslosen Abenteuerium verkürzt. Die Angst, die niemals ihren Namen eingesteht, gibt sich als Realpolitik aus und verkleidet sich als Umsichtigkeit. Jeder, der Augen im Kopf hat, kann sie jedoch erkennen. Die Sprache ist zum Beispiel verräterisch. Wie sollte die Sprache der Uruguayer nicht krank vor Angst sein nach einer Diktatur, die zwölf Jahre lang zum Lügen oder zum Schweigen zwang? Aber auch in der Demokratie setzt die offizielle Sprache die Angst fort. Es ist nicht einerlei zu sagen: "Während des Prozesses (Bezeichnung der Militärs für die Diktatur in Argentinien; d.Red.) hatten einige Mitbürger unter illegalen Übergriffen zu leiden".

Am Tag der Unabhängigkeitserklärung vom spanischen Kolonialismus schrieb jemand die bezeichnende Geschichte an eine Mauer in Quito: "Letzter Tag des Despotismus und erster desselben". Darum geht es? Geht es um das selbe, jetzt, in den lateinamerikanischen Ländern, die soeben die Grenze des militärischen Despotismus überschritten haben? Gibt es überhaupt keinen Unterschied zwischen den Militärdiktaturen und den Zivilregierungen? So etwas zu behaupten, wäre ein Fehler oder auf jeden Fall schwarzer Humor. Nein: Die in den letzten Jahren entstandenen oder wiedererstandenen Demokratien sind keine bloßen Pseudonyme für die Diktaturen. In meinem Land, Uruguay, nehmen wir einmal an, sind die Lungen dankbar für die Luft der Freiheit, die sie endlich atmen. Dies anzuerkennen oder zu feiern bedeutet jedoch nicht, die Tatsache zu verkennen, daß unsere Demokratie noch Gefangene der Strukturen ist, die sie ablehnen. Die Ärmste ist an Händen

und Füßen gefesselt; und die Herren der Macht erzählen, diese Lähmung wäre ganz und gar unverdächtig.

In den entwickelten kapitalistischen Ländern gibt die politische Demokratie mehr oder weniger getreu die ökonomische und soziale Wirklichkeit wieder. In den unterentwickelten Ländern, der Kehrseite derselben Medaille, verstellt die politische Demokratie in der Regel die Wirklichkeit: weit davon entfernt, sie wiederzugeben, maskiert



16. Juni: 12 Chilenen vom Geheimdienst CNI ermordet

Patriotische Front Manuel Rodríguez

sie die Realität. Wie fast überall in Lateinamerika sind die ökonomischen und sozialen Strukturen in Uruguay nicht demokratisch, oder schlimmer, sie sind undemokratisch: sie retten Wenige und verurteilen alle anderen. Die Streitkräfte, die über diese Strukturen wachen und ihren Fortbestand sichern, sind von der Bühne abgetreten, agieren aber von hinter dem Vorhang weiter. Das Repressionssystem, das weiterhin intakt ist, verschlingt 40 Prozent des Staatshaushalts. Die Gewehre zielen immer noch nach innen, gemäß der herrschenden Doktrin der Nationalen Sicherheit, nach der die Arbeiterklasse die bedrohliche Quelle jeglicher Gefahr ist.

Hat der Spiegel Schuld an dem Gesicht?

Das System, das Gewalt erzeugt, so wie jemand der schwitzt, und das den Staatsterrorismus immer dann praktiziert, wenn es seiner bedarf, hat keinerlei Skrupel, die terroristische Gewalt als Alibi für seine

unaufhörlichen Lügen zu benutzen. Begeht aber jemand das Verbrechen des Terrorismus, wenn er darauf hinweist, daß eine überwachte Demokratie ohne Gerechtigkeit keine wirkliche Demokratie ist? Ruft jemand zur Gewalt auf, der offenlegt, daß ein Frieden ohne Würde allzusehr einem unterdrückten Krieg ähnelt? Hat der Spiegel vielleicht Schuld an dem Gesicht?

Die Demokratie wird als formale Zeremonie verstanden: nicht das Praktizieren des Glaubens zählt, sondern das heuchlerische Ritual einer Messe ohne Gott; dem Volk wird gestattet, alle fünf Jahre einen Tag lang seinen Willen zum Ausdruck zu bringen, und dann wird dieser Wille ungestraft verraten. In Lateinamerika stimmen Worte und Taten selten überein. Während des Wahlkampfes 1984 in Uruguay versprachen alle Parteien ausnahmslos Gerechtigkeit für die unter der Militärdiktatur begangenen Verbrechen. Später verabschiedeten dieselben Parteien das Gesetz vom Schlußstrich und der neuen Rechnung - außer dem Frente Amplio und einigen wenigen anderen Abgeordneten (S. LN 165; d.Red.). Dieses für die Demokratie demütigende Gesetz wurde völlig richtig von anonymer Hand erklärt, die an eine Wand in Montevideo schrieb: "Foltern, rauben, vergewaltigen, töten Sie. Wenn Sie sich verneigen, bleiben Sie straffrei". Dasselbe System, das die Worte von den Taten trennt, trennt auch die Freiheit von der Gerechtigkeit ab, damit die Freiheit friedlich mit der Ungerechtigkeit lebt und sich schließlich mit ihr verheiratet. Und dieses System trennt auch die Moral von der Politik ab. Der Vorsitzende einer der beiden traditionellen Parteien in Uruguay, der lautstark die Bestrafung der uniformierten Verbrecher angekündigt hatte, rechtfertigte seine Kehrtwendung mit der Erklärung, die Moral habe nichts mit der Politik zu tun: "Die meisten Uruguayer sind gegen dieses Gesetz", gab er zu, "aber sie sind aus ethischen Gründen dagegen"; und er fügte hinzu, die Ethik bringe Probleme mit sich, wenn sie mit Politik vermischt werde.

Das System der Trennungen als Ausdruck einer bürgerlichen Kultur, die alles zerbricht, was sie anfaßt, trennt auch die Vergangenheit von der Gegenwart ab. Wir werden beschuldigt, Augen im Hinterkopf zu haben, weil wir glauben, daß in einer wirklichen Demokratie alle Bürger vor dem Gesetz gleich sind, egal ob sie Uniform tragen oder nicht. Na gut, ja: wir haben auch im Hinterkopf Augen, zusätzlich zu denen, die wir im Gesicht haben, und bei aller Ehre wissen wir sehr gut, daß es unerläßlich ist, nach hinten zu sehen, während man nach vorne guckt, um nicht wieder über die Steine zu stolpern, über die man schon tausendmal gestolpert ist, und nicht wieder in die alten Fallen zu tappen. An dieser Stelle ist es bereits im Übermaß bewiesen, durch Tatsachen bewiesen, daß der historische Gedächtnisschwund zur tragischen Wiederholung der Fehler und Greuel führt.

Die Geschichte Lateinamerikas ist seit fünf Jahrhunderten eine Geschichte der andauernden fehlenden Übereinstimmung von Wort und Wirklichkeit. Die Wahrheit der lateinamerikanischen Kolonialwelt steht nicht in den zahlreichen Gesetzen für Neuindien, sondern auf der Tafel und dem Obelisk, die auf jedem Hauptplatz aufgestellt

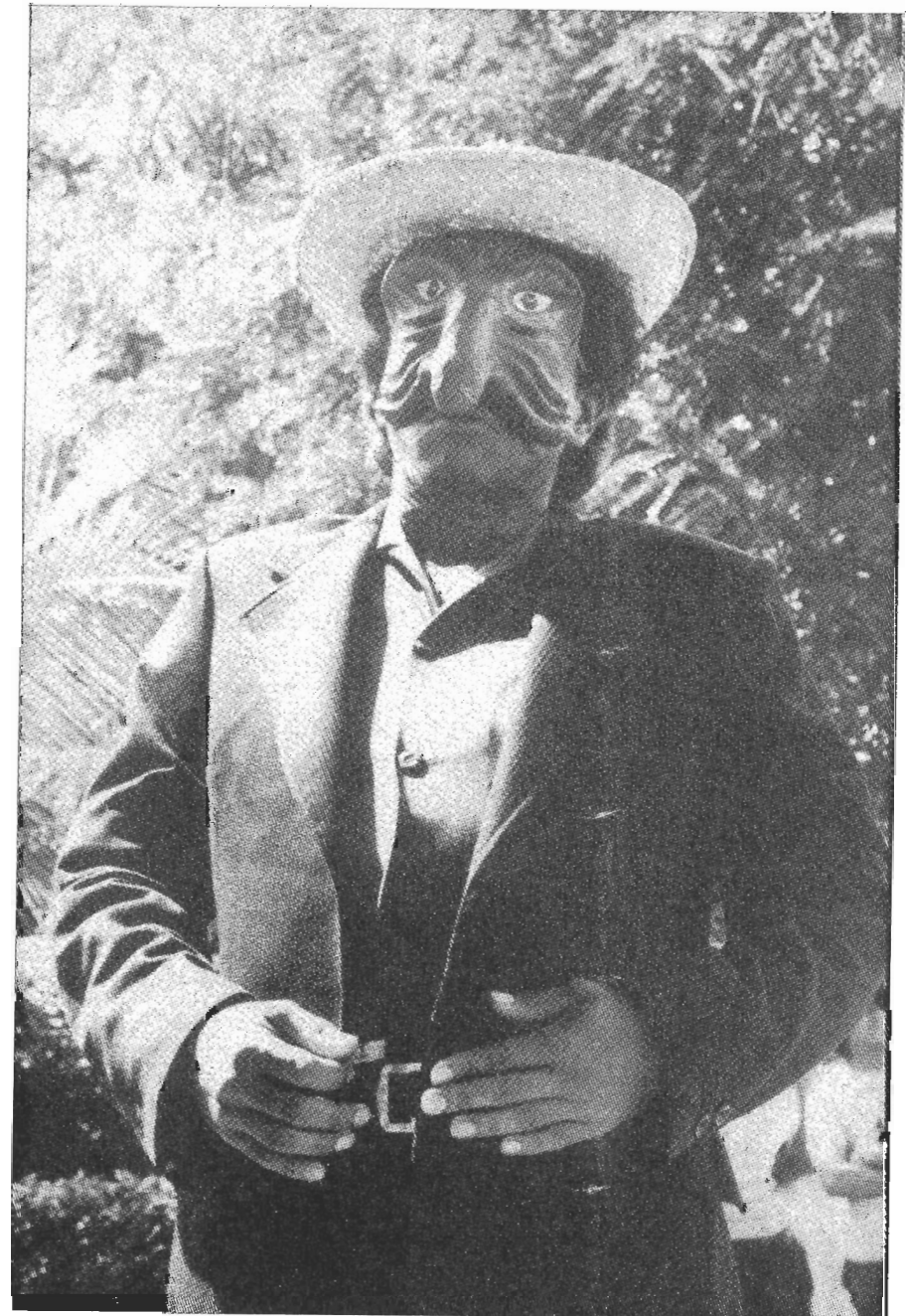
sind. Die Unabhängigkeit unserer Länder verringerte später in keiner Weise die Distanz zwischen dem Leben und der juristischen Fiktion. Im Gegenteil: sie vergrößerte diese Distanz in Ausdehnung und Tiefe, bis sie zu dem breiten und tiefen Abgrund wurde, der sich heute zwischen der offiziellen und der realen Wirklichkeit auftut. Die offizielle Wirklichkeit dient heute in gleichem Maße oder stärker als gestern der Notwendigkeit einer Teufelsaustreibung der realen Wirklichkeit. Ende des 18. Jahrhunderts verwandelten die "Bescheinigungen über die weiße Hautfarbe", die von den Königen in Spanien und Portugal ausgestellt wurden, diejenigen Mestizen auf wunderbare Weise in Weiße, die es bezahlen konnten, war ihre Haut auch noch so dunkel. Ende des 20. Jahrhunderts garantiert Dir dieselbe Gesellschaft, die Dir die Zunge abschneidet, die freie Meinungsäußerung, und gerade die Gesetze zur Agrarreform sind es, die die Ausweitung des Großgrundbesitzes unterstützen.

Am besten ist, wer am besten kopiert

Im vergangenen Jahrhundert erlangte das Spiegelbild der juristischen Formalitäten seinen höchsten Glanz in den Verfassungen, die die hohen Herrschaften den soeben entstandenen Nationen wunderschön zum Gebrauch strickten. Die herrschende Klasse in unseren Ländern, die seit jeher an Nachahmungswut litt und davon überzeugt war, daß derjenige der Beste ist, der am besten kopiert, reproduzierten getreu die Verfassungsmodelle in den Metropolen. Und so kamen wir zu bürgerlichen Verfassungen, ohne daß es eine bürgerliche Revolution oder ein Bürgertum gab. Die erste Verfassung Boliviens, die der Freiheitskämpfer Simón Bolívar eigenhändig für das Land schrieb, das seinen Namen trägt, war eine gelungene Synthese der Verfassungen der zivilisiertesten Länder seiner Zeit. Sie kam nur mit einem einzigen Defekt auf die Welt: sie hatte überhaupt nichts mit Bolivien zu tun. Unter anderem gestand sie nur Bolivianern die Bürgerrechte zu, die Spanisch lesen und schreiben konnten, und so blieben 95% der Bevölkerung ausgeschlossen.

Die Generale, die im Unabhängigkeitskrieg siegten, und die Händler und Doktoren, die für die Unabhängigkeit kassierten, führten sich auf, als ob sich die neuen Länder durch die Wiederholung französischer Ideen zu Frankreich oder durch lauter Konsum englischer Waren zu England verwandeln könnten. Heute benehmen sich ihre Erben so, als ob wir uns durch die Nachahmung ihrer Fehler in die USA verwandeln könnten.

Getreu dem Diktat der Mode, das über den Gebrauch von Kleidung und Ideen bestimmt, verkleiden die Herrschenden die Realität mit importierten Masken. Import, Verstellung: Bolivien hat kein Meer, aber es hat Admirale, die verkleidet sind wie Lord Nelson; in Lima regnet es nicht, aber es gibt dort Giebedächer. In Brasilien gab es bis 1922 keine Universität, und die erste Universität entstand nicht im Sinne irgendeines nationalen Bildungsprojekts, sondern um dem belgischen König die Ehrendoktorwürde zu verleihen. In Managua,



Alles Maskerade?

einer der heißesten Städte der Welt, die zur ewigen Hitze verurteilt ist, gibt es Villen mit prächtigen Kaminen, und auf den Festen von Somoza trugen die Damen der Gesellschaft Stolen aus dem Pelz von Silberfuchsen zur Schau. Der Weihnachtsmann kommt mitten im Sommer an den Rio de la Plata, aber er kommt auf einem Schlitten. Und der Schweiß läuft uns in Strömen herunter, während wir um einen baumwollbeschnittenen Tannenbaum Heiligabend feiern, dabei Cidre trinken und Fettgebackenes, Ananaskerne, Walnüsse, Mandeln, Weintrauben und das ganze Festmahl von Kalorien in uns hineinstopfen, das für die harte Zeit des europäischen Winters so gut geeignet ist.

Weit davon entfernt, ein aufgesetzter Importartikel zu sein, gehen die Wurzeln der Demokratie bis in die tiefsten Tiefen der Geschichte Amerikas zurück. Letztendlich entsprang die Utopie von Thomas Morus den indianischen Gemeinschaften dieses Kontinents, die wunderbarerweise durch die Jahrhunderte und die Massenmorde hindurch und trotz der Geringschätzung in der Lage waren, einen Produktions- und Lebensstil beizubehalten, der auf Solidarität, Gleichheit der Rechte und kollektiver Beteiligung aufgebaut ist. Aber der westliche Demokratie-messer mißt den Grad der Demokratie in den Ländern der sogenannten Dritten Welt an ihrer Nachahmungsfähigkeit.

Der Demokratie-messer steht in den internationalen Machtzentren, in einer handvoll Länder im Norden der Welt, deren zunehmender Reichtum - zum großen Teil ein Ergebnis der zunehmenden Armut der anderen - ihnen eine interne politische Freiheit ohne größere Schrecken möglich macht. Bei der Untersuchung der unterentwickelten Länder fördert der Demokratie-messer die Tugenden des Affen und des Papageis und zwingt sie, Ehrfurcht vor den Formen zu zeigen, obgleich diese Ehrfurcht den Verrat der Inhalte bedeutet. Es spielt dabei kaum eine Rolle, daß die Karikierung der demokratischen Einrichtungen der entwickelten Welt die Angst vor wahrer Demokratie verbirgt, die wirklicher Ausdruck des Volkswillens ist. Es spielt kaum eine Rolle, daß sich fast alle lateinamerikanischen Militärdiktaturen des 20. Jahrhunderts bei der Zahlung der Steuern als überaus tugendhaft herausgestellt haben. Fast alle Diktatoren haben Wahlen abgehalten, haben Parlamente, Richter, Parteien und sogar eine Oppositionspresse finanziert, haben einer Tradition gehuldigt, die der Schale die gesamte und dem Kern keine Bedeutung beimißt. Tatsächlich verurteilt das internationale Gesetzbuch über gutes demokratisches Verhalten nicht nur die am wenigsten hoffähigen Diktatoren, die zur Betätigung als Schlächter abgerichteten Generale, sondern verwirft auch jeglichen Versuch, aus dem erdrosselnden Rahmen des Kapitalismus ausubrechen, sowie jede Erfahrung, die sich nicht an die institutionellen Regeln des europäischen Liberalismus hält.

Die Realität schwitzt Gewalt aus, sichtbare und unsichtbare

So lehnt der gültige Demokratie-messer Nicaragua ab, das in den Jahren der Revolution die Kindersterblichkeit auf die Hälfte gesenkt hat, und akzeptiert dagegen zum Beispiel Brasilien, wo nach Angaben von UNICEF jeden Tag 1000 Kinder an Hunger oder an heilbaren Krankheiten sterben und wo diese schreckliche Zahl ansteigt anstatt abzunehmen. Ist vielleicht die Kindersterblichkeit kein soziales Verbrechen und keine Verletzung der Demokratie? Brasilien, das letzte Land auf der Erde, das die Sklaverei abschaffte, praktiziert im großen Maßstab die lohnabhängige Sklaverei. Es liefert Lebensmittel in andere Länder, aber die Hälfte der brasilianischen Kinder ist weniger als erforderlich. Die soziale hat die militärische Diktatur überlebt; die Wirtschaft beseitigt mehr Menschen als die Polizei. Niemand kann ernsthaft von der brasilianischen Demokratie verlangen, daß sie diese Realität in kurzer Zeit ändert, aber solange es so weitergeht und sich weiter verschlimmert, bleibt die Demokratie letztlich nichts anderes als ein Schauspiel, das durch und für eine aufgeklärte Minderheit der Minderheit aufgeführt wird.

Der Betrug ist in vielen lateinamerikanischen Ländern Gewohnheit. Das Ergebnis einer Abstimmung stimmt selten mit den abgegebenen Stimmen überein. Noch bedeutsamer und schwerwiegender als die Wahlbetrügereien ist aber ein anderer Betrug: der Betrug der die menschliche Würde vergewaltigenden Machtstrukturen, die sich über die guten Absichten politischer Freiheit lustig machen und in der Realität die in den Buchstaben der Gesetze festgelegten Rechte negieren. Die Realität schwitzt Gewalt aus, sichtbare und unsichtbare Gewalt: die, die ohne Prozeß und Urteil mit Kugeln tötet, und die, die ohne Prozeß und Urteil die Körper durch Hunger und die Seelen mit Gift ermordet.

Im vergangenen Jahr feierte Kolumbien den hundertsten Jahrestag der Verkündung seiner Verfassung. Von diesen hundert Jahren vergingen fünfzig unter verschärftem Ausnahmezustand. Welcher dieser beiden Jahrestage ist repräsentativer für die Wirklichkeit in Kolumbien? Das Jahrhundert der Verfassung, des Werkes von hochdotierten und kopierwütigen Juristen, oder das halbe Jahrhundert des Ausnahmezustands? Unmittelbar vor den Verfassungsfeierlichkeiten erfolgte die militärische Erstürmung des Justizpalastes, und das ungestrafte Verbrechen der Richter offenbarte deutlicher denn je den hohen Militarisierungsgrad der kolumbianischen Demokratie. Die repräsentative Demokratie von Liberalen und Konservativen verhindert nicht die Schäden der strukturellen Gewalt: auf dem Land in Kolumbien ist jedes dritte Kind aufgrund von Unterernährung geistig zurückgeblieben, und in Cali und Medellín werden mehr Leute erschossen, als in Beirut. Die Todesschwadron, die mit den Streitkräften zusammenarbeiten, töten mehr Menschen als die Drogenhändler und Terroristen, aber bis jetzt ist kein einziger Angehöriger dieser Todesschwadron festgenommen, geschweige denn vor Gericht gestellt worden.



Anfang des vergangenen Jahres wurde nach 32 Jahren Militärdiktatur ein Zivilist Präsident in Guatemala. Ein katholischer Priester sagte damals dazu: "Die Clowns werden ausgetauscht, aber der Zirkus geht weiter." Ein gutes Jahr später bestätigt die angesehene nordamerikanische Organisation Americas Watch: "Die Lage der Menschenrechte ist weiterhin erschreckend. Die Armee wendet wie zuvor ihr eigenes Gesetz an." Und die Regierung selbst bleibt davon nicht verschont: Die Arbeitsministerin und mehrere stellvertretende Minister wurden von den paramilitärischen Gruppen mit dem Tode bedroht. Der Präsident trägt zwar keine gestreifte Uniform, aber er ist ein Gefangener. Seine Kerkermeister sind die Generale, die soeben in diesem Jahrzehnt in einer Tötungskampagne, die die Erinnerung an den Konquistador Pedro de Alvarado zwergenhaft erscheinen läßt, 400 Indiohöfe von der Landkarte ausradiert haben.

Das Weihwasser des internationalen Demokratieessers

Aber der internationale Demokratieesser hat seine Zustimmung gegeben. Guatemala ist nun zu einem angesehenen Land geworden, wie El Salvador nach der Wahl von Präsident José Napoleón Duarte. Seitdem Duarte 1984 die Wahlen gewann, die genauso verlogen waren wie die in Guatemala, verströmten die Massenmedien aus den Zentren der Herrschaft Weihwasser. Unterdessen seufzte der US-Kongreß erleich-

tert auf: von nun an würde es nicht mehr nötig sein, über Gelder für eine brutale, rechtsradikale Diktatur abzustimmen, die die oligarchische Ordnung gegen die rote Gefahr verteidigte. Das Duarte-Regime ist nicht weniger brutal in der Verteidigung derselben oligarchischen Ordnung, im Unterschied zu vorher ist es aber gesellschaftlich vorzeigbar.

Eine extreme Situation, kann man sagen, und das stimmt. Im Süden, in den Ländern am Rio de la Plata, foltern und morden die Henker nicht weiter. Es gibt, wird man sagen, keine Kontinuität des Staatsterrorismus. In Argentinien hat die von den "Müttern von der Plaza de Mayo" angeführte Bewegung sichtbare Erfolge gebracht. Die zivile Gerichtsbarkeit hat neun Befehlshaber verurteilt und gegen mehr als 200 Uniformierte Verfahren eingeleitet; dadurch hat die nationale Würde die Grenzen deutlich überschritten, die die Regierung Alfonsín bei der Verkündung des Schlußpunkt-Gesetzes vorgesehen hatte. Aber dieses Gesetz, das zum Gedächtnisschwund zwingt, spricht andere Militärs und Polizisten frei, die die Praktik des Verschwindenlassens anwendeten. Die Technik des Mords ohne Leiche, die in einem Ausmaß Anwendung fand, das nur noch mit Guatemala vergleichbar ist, war die Hauptwaffe des schmutzigen Krieges, den die Streitkräfte unter dem Vorwand des Antiguerillakrieges gegen die argentinische Arbeiterklasse führte. Seit 1930, lange bevor irgendjemand auf das Alibi der Guerilla kam, waren die argentinischen Militärs in ständiger Auflehnung gegen das Volk, das sie finanziert und erduldet, auf Staatsstreich und Terrorismus geeicht, und sie haben immer wieder gegen jeden Versuch einer befreienden Veränderung des Landes ihr Veto eingelegt. Die heutige Wirklichkeit zeigt, daß nicht nur in Mittelamerika, sondern auch im Cono Sur die Repressionsmaschine, die noch keineswegs abgebaut worden ist, die in der Demokratie enthaltene verändernde Energie weiterhin zum Stillhalten zwingt. Die Ungestraftheit des Staatsterrorismus – im Fall Argentiniens eine teilweise, im Fall Uruguay völlige Straffreiheit – geht einher mit der Ohnmacht der Politiker, die mit dem Versprechen an die Macht kommen, Veränderungen durchzuführen, und letztendlich dafür arbeiten, diese zu verhindern.

"Die Würde beruht auf der Erinnerung"

Ich schreibe diesen Text mitten in der Unterschriftenkampagne für ein Plebiszit in Uruguay. Diese Kampagne hat vollen Rückenwind und alles deutet daraufhin, daß wir bald die erforderlichen Unterschriften zusammenhaben, damit in einem Plebiszit über das Gesetz des Vergessens abgestimmt werden kann. Die gerade zuendegegangene Militärdiktatur, die jegliche Art menschlicher Solidarität mit Folter, Gefängnis, Verbannung oder mit dem Tod bestrafte, hatte das Experiment einer Gesellschaft von Taubstummen durchgeführt: zuhören verboten, sprechen verboten. Und dieses Experiment schien seine demokratische Fortsetzung im kollektiven Gedächtnisschwund zu haben: erinnern verboten. Aber das uruguayische Volk nimmt die Demokratie

ernst. So bestätigt jede Unterschrift: für die Würde, gegen die Angst. Wie der argentinische Staatsanwalt Julio Strassera sagt: "Die Würde beruht auf der Erinnerung, nicht auf dem Vergessen." Und die Würde scheint eine Notwendigkeit zu sein, die ins Auge fällt, eine Sache des Gemeinns in einem winzigen, friedlichen Land wie Uruguay, auf dem das unerträgliche Kreuz eines Kriegshaushalts lastet, der propotional höher ist als der der USA oder der UdSSR. Die militärische Hypothek verhindert, daß sich das Land bewegen kann und blockiert die unerläßlichen Veränderungen, damit es sich entwickeln und Fortschritte machen kann. Uruguay war das erste Land, das vor mehr als eineinhalb Jahrhunderten eine Agrarreform durchführte. Mit Feuer und Schwert eroberte die Oligarchie damals das Land zurück. Wird das erste Land das letzte sein? Die uruguayische Volkswirtschaft hängt weiterhin von Wolle, Fleisch und Reis ab, aber ohne Landreform werden die ländlichen Gebiete weiterhin verarmen und die Bevölkerung wird abwandern, bis schließlich nahezu die gesamte Landbevölkerung auf den Rängen eines Fußballstadions Platz findet.

Man muß die Vergangenheit anerkennen, damit sie sich nicht wiederholt, man muß sie so sehen, wie sie war, damit sie nicht weiterbesteht. Den Henker der Militärdiktatur den Prozeß zu machen, ist tatsächlich ein erster Weg, das System der Ungerechtigkeiten vor Gericht zu stellen, das diese Henker zum Überleben brauchte und das so dickfellig überlebt. Dieses System zwingt eine wachsende Zahl von Uruguayern dazu, vom Abfall zu leben, und verweist nach offiziellen Angaben täglich 56 Jugendliche und junge Leute des Landes, die emigrieren, weil sie gezwungen sind, in anderen Ländern Arbeit und ein besseres Schicksal zu suchen.

Eine wirkliche, eine tiefgehende Veränderung bedeutet die von der Befreiung dieser gefangenen Demokratie ausgehende Gründung einer neuen Demokratie. Der Schriftsteller Gabriel García Márquez hat den Ausgang der chilenischen Entwicklung, die in der Tragödie von 1973 ihren Höhepunkt fand, mit ausgesprochen harten Worten beschrieben. Chile hatte eine Phase der Bejahung der Demokratie, der Volksmacht, und der Bejahung der Souveränität, der Rückgewinnung der usurpierten Bodenschätze und der Entscheidungshoheit des Landes erlebt. Aber die demokratischen Strukturen in Chile waren dafür geschaffen, gegen die Demokratie zu arbeiten und nicht für sie. Als er sich auf den Obersten Gerichtshof, der die Mörder legitimierte, auf den Kongreß, der sich vor ihnen demütigte und auf die Zeitungen bezog, die den Putsch propagandistisch vorbereiteten, hätte das Schicksal Salvador Allende - so García Márquez - "die seltene und traurige Größe" gegeben, "mit der Waffe in der Hand bei der Verteidigung des anachronistischen Mists des bürgerlichen Rechts, der ganzen maroden Beigaben eines Scheißsystems zu sterben."

'Nie wieder' wäre eine Erklärung ohne Realität, nicht mehr als eine vergebliche Illusion, ein schöner, aber unnützer Sommernachtstraum, wenn wir schließlich resignierend dieses für die meisten Länder Lateinamerikas typische System als Schicksal akzeptieren. Die Erin-

nerung an den Schmerz zwingt uns ständig dazu, dafür zu kämpfen, daß die Demokratie Demokratie ist, wahre Demokratie, in der die Wähler bestimmen und nicht ausländische Banker und Generale, und nicht die dekorative Beigabe eines Systems, das dem Recht auf Eigentum alle

"Und
die
Gewalt
geht
weiter
..."



anderen Rechte opfert und nur denen die freie Meinungsäußerung zugesteht, die sie bezahlen können. Und diese Demokratie wird nicht dadurch wahrhaftiger, daß sie sich den westeuropäischen Modellen nähert, oder den osteuropäischen oder irgendwelchen anderen. Sie wird in dem Maße wahrer, wie sie den Willen zur Partizipation und die schöpferische Energie des Volkes entfesselt, die eine Energie zur Veränderung der Realität ist. Nicht der ist der Beste, der am besten nachahmt, nein: der Beste ist der, der am meisten hervorbringt, auch wenn er sich beim Hervorbringen irrt.

Vor mehr als einem halben Jahrhundert forderte ein Schriftsteller aus der Dominikanischen Republik, Pedro Henríquez Ureña, das im Laufe der Jahrhunderte vergossene Blut dürfe nicht unnütz bleiben. Er forderte, die Tragödie Amerikas solle fruchtbar sein. Zum Abschluß mache ich mir seine Worte zu eigen: "Wenn unser Amerika nichts weiter sein soll als eine Fortsetzung Europas", schrieb Henríquez Ureña, "wenn wir nichts anderes tun, als unseren neuen Boden für die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zur Verfügung zu stellen, wenn wir uns nicht entschließen, dieses zum Land der Verheißung für die Menschheit zu machen, die der Suche auf aller Welt überdrüssig ist, gibt es für uns keine Rechtfertigung. Wir sollten unsere Hochebenen und Steppen lieber veröden lassen, wenn sie nur dazu dienen sollten, die Schmerzen der Menschen zu vermehren: nicht die Schmerzen, die niemand jemals vermeiden können, die Kinder der Liebe und des Todes sind, sondern die Schmerzen, mit denen Habgier und Hochmut bestraft werden."

Im Anschluß wollen wir noch einen kurzen Auszug aus dem zweiten Artikel abdrucken, den Galeano bei seinem Aufenthalt in Chile präsentierte. Er ist besonders denen gewidmet, die sowieso schon immer alles wissen und aus Mangel an wirklich Neuem, Spannendem allzu leicht ihr Engagement aufzugeben bereit sind. Und er ist eine Einladung an alle Leser, einmal über ihre eigene Rolle nachzudenken.

Die Usurpation der Wirklichkeit

Sogar die Landkarte lügt. Wir lernen die Geographie der Welt an Hand einer Karte, die die Welt nicht so zeigt, wie sie ist, sondern so, wie ihre Herren befehlen, daß sie sein soll. Auf der Weltkarte, die in der Schule und überall benutzt wird, ist der Äquator nicht in der Mitte: der Norden nimmt zwei und der Süden ein Drittel ein. Skandinavien erscheint größer als Indien, während es in Wirklichkeit dreimal so klein ist; die Sowjetunion ist doppelt so groß wie Afrika, während sie in Wahrheit um etliches kleiner ist. Lateinamerika nimmt auf der Weltkarte weniger Raum ein als Europa und viel weniger als die USA und Kanada zusammen, während Lateinamerika in Wirklichkeit doppelt so groß wie Europa und erheblich größer als Nordamerika ist. Die Karte, die uns klein macht, ist ein Symbol für alles Weitere. Geraubte Geographie, geplünderte Ökonomie, verfälschte Geschichte, tägliche Usurpation der Wirklichkeit: die sogenannte Dritte Welt, in der drittklassige Menschen wohnen, nimmt weniger Raum ein, ißt weniger, hat weniger Erinnerung, lebt weniger, sagt weniger.

Und sie nimmt nicht nur weniger Raum auf der Landkarte ein, auch in Presse, Fernsehen, Radio. Weniger, will sagen: sie nimmt fast überhaupt keinen Raum ein. Bisweilen beispielsweise kommt Lateinamerika in Mode. Eine kurzlebige Mode, wie jede Mode. Dann werfen die Intellektuellen aus dem Norden flüchtige Blicke der Bewunderung auf uns. Ende der 50er Jahre war Kuba an der Reihe, Ende der 70er Nicaragua. Zwischen der einen oder anderen Halluzination, den Spiegelbildern von makellosen Revolutionen, gab es den Guerilla-Kampf von Che Guevara und andere romantische Gesten. Diese begeisterten Leidenschaften sind fatalerweise der Ernüchterung und der öffentlichen Verabscheuung gewichen. Wie im 16. Jahrhundert, als die Realität die illusorischen Versprechen des Eldorado entlarvte. Die Wirklichkeit ist so, wie sie ist, und nicht so, wie sie diejenigen haben wollen, die sie mit dem Himmel verwechseln, um später das Recht zu haben, sie mit der Hölle zu verwechseln und sie für immer dorthin zu verdammen: in die Hölle des Schweigens, in die Hölle der Mißachtung. Faszination und Verdammung sind die zwei Seiten ein und desselben Verhaltens, das die Wirklichkeit ignoriert und ihr gegenüber keinen Respekt erweist.

(Auszug aus: Stichpunkte für ein Portrait der Struktur der Ohnmacht)

ARGENTINIEN

Interview mit dem Oppositionsführer im argentinischen Parlament

Von Revolte zu Revolte macht die Armee Schlagzeilen in der Welt-presse. Mit Jose Luis Manzano haben die LN jenseits der aktuellen Ereignisse über grundlegende Fragen zum argentinischen Militär gesprochen, über die geforderte Militärreform und darüber, wie in Argentinien die Politiker mit den Militärs umgehen müssen, wenn sie tatsächlich den Willen des Volkes repräsentieren wollen; über die militärische Integration in die NATO und die Konflikte Argentiniens mit den USA und den westlichen Industrieländern; über den argentinischen Anspruch auf Souveränität über die Malvinas (von Großbritannien besetzt, "Falkland Islands") und die friedliche Lösung des Konfliktes; über den Sinn, "Nicaraguas" zu vermeiden und den Glauben der USA, mit der Peitsche die bestehende Ordnung der Welt aufrechterhalten zu können.

José Luis Manzano ist Fraktionschef der großen Oppositionspartei, der peronistischen Partido Justicialista. Mit seinen nur 31 Jahren ist er eine der mächtigsten Personen in der argentinischen Politik und der große Hoffnungsträger der internationalen Sozialdemokratie! Unter den argentinischen Politikern ist Manzano derjenige, der die härteste Haltung gegenüber den Militärs vertritt, sind seine Vorstellungen die am wenigsten militaristischen.

Der größte Teil der den Peronismus dominierenden "Renovadores" (Erneuerer) und insbesondere auch der Partei-Chef Cafiero sind deutlich konservativer als Manzano; dennoch ist sein an



Europa - speziell wohl an Felipe González in Spanien - ausgerichtetes Modernisierungsprojekt bezeichnend für die Tendenz des Peronismus zu einer modernen, moderaten, sozialreformerischen Partei innerhalb des parlamentarisch-kapitalistischen Systems zu werden.

"Dann wird das hier ein Vulkan!"

LN: Worum geht es bei dem neuen Verteidigungsgesetz?

MANZANO: Zentral geht es dabei um die Abschaffung der Doktrin der Nationalen Sicherheit (die von den USA für die Militärs in ganz Lateinamerika entworfene und in den vergangenen 20 Jahren gültige Doktrin; LN). Die Doktrin der Nationalen Sicherheit sah bei Konflikten innerhalb eines Landes die direkte Intervention der Streitkräfte vor - im Gegensatz zu einer Doktrin der Verteidigung, wie sie mit dem neuen Gesetz gegeben wird. Eine Doktrin der Verteidigung definiert die Aufgabe der Streitkräfte in der Verteidigung der Landesgrenze. Für den inneren Frieden zuständig sind dann die Sicherheits- und Polizeikräfte.

LN: Und was ist, wenn die nicht ausreichen, den "inneren Feind" zu besiegen?

MANZANO: Die Idee ist, daß man die Armee niemals einzusetzen braucht. Man müßte Sicherheitskräfte entwickeln, die in der Lage sind, jedwede interne Guerilla-Aktion schon im Anfangsstadium zu unterdrücken. Zur Zeit ist das nicht der Fall. Nun, für den Fall, daß eine Aggression innerhalb der Landesgrenzen nicht von den Sicherheitskräften kontrolliert werden könnte, war mit der Doktrin der Nationalen Sicherheit die Intervention der Armee automatisch. Dementgegen meinen wir, daß wenn es zu einer solchen Situation kommt, das Parlament und der Staatspräsident diejenigen sein müssen, die über den Einsatz von Truppen entscheiden. Was es nicht geben darf ist ein Automatismus für die Reaktion der Streitkräfte. Das ist es, was in der jüngeren Geschichte Lateinamerikas die Armee zu internen Polizisten gemacht hat und was zu den massenhaften Verletzungen der Menschenrechte geführt hat. Und dieses ist in dem neuen Verteidigungsgesetz auch von den Radikalen akzeptiert worden.

LN: Gehen wir zu der Vorgeschichte des letzten Militärputsches 1976 zurück. Den Einsatz der Armee gegen die Guerilla-Bewegung 1975 ...

MANZANO: ... war ein Dekret der peronistischen Regierung!

LN: Wie bewerten sie das heute?

MANZANO: Ich glaube, daß es ein ganz schwerer Fehler war, des ganzen politischen Systems. Diese Haltung war auch begleitet worden von der Oppositionspartei UCR. Es war der schwere Fehler einer ganzen Politikerklasse, die nicht verstand, die Gewalt des Staates gegen die Guerilla zu richten und die ebenso wenig verstand, die Gewalt der Justiz gegen die illegale Repression zu richten. Es war eine völlige Niederlage.

LN: Wenn mit dem Verteidigungsgesetz nun die Doktrin der Nationalen Sicherheit abgeschafft wird, gerät das nicht in Konflikt mit der internationalen Einbindung Argentiniens? Die USA halten doch weiterhin an ihrer Sicherheitsdoktrin fest und trainieren auch weiterhin die argentinischen Militärs in diesem Sinne.

MANZANO: Seit langem predigen wir den USA und Westeuropa, daß sie, wenn sie "Sicherheit" in der Region haben wollen, die sozialen Bedingungen verbessern müssen. Solange die Elendsviertel wachsen und Arbeitslosigkeit und Analphabetismus zunehmen gibt es alles, bewaffnete Konflikte, Drogenhandel, Guerilla. In den Industrieländern gibt es eine Tendenz, die sich allmächtig glaubt, die glaubt, mit der Peitsche ließe sich die Ordnung der Welt aufrechterhalten - aber das geht nicht, die bestehende Ordnung läßt sich nicht aufrechterhalten.

LN: Was bedeutet dies praktisch für die Haltung gegenüber den USA und für die militärischen Bündnisverträge mit den USA?

MANZANO: Die Militärbündnisse der Region müssen neu formuliert werden und zwar auf realistischer Basis. Erstens: Argentinien hat Anspruch auf Souveränität über die Malvinas. Und wer Argentiniens Bündnispartner sein will, muß eine Antwort auf dieses Problem haben. Zweitens: Bündnisse müssen vor allem die friedliche Lösung von Konflikten mittels Diplomatie zum Ziel haben.

LN: Das gilt auch für die Malvinas?

MANZANO: Das gilt auch und ganz besonders für die Malvinas! - Drittens: Die grundsätzliche Instabilität der Region gründet sich auf die soziale und wirtschaftliche Situation. Das ist unsere zentrale These. Solange Lateinamerika Millionen von Dollars Devisen exportiert, wir einen Netto-Devisen-Abfluß haben, wird dieser Kontinent immer instabiler werden, auch wenn die USA alle Armeen trainieren und mit Waffen versorgen. Wenn die USA sicher sein wollen, müssen sie Geld hinpacken und aufhören, Geld abzuziehen, da gibt's nichts anderes. Und sie wollen das nicht verstehen, dabei haben sie schon Nicaragua, Cuba, El Salvador, Kolumbien. Es ist ein Skandal, und sie machen weiter mit ihrem Modell. Nun gut, da wird es Probleme geben.

LN: Das klingt ja ganz nach der Idee von Kennedy in den frühen 60er Jahren, der als Reaktion auf die kubanische Revolution eine Doppelstrategie - Zuckerbrot und Peitsche - entwarf: auf der einen Seite die Doktrin der Nationalen Sicherheit und auf der anderen die "Allianz für den Fortschritt" als Marshall-Plan für Lateinamerika.

MANZANO: Aber das war sehr widersprüchlich, denn in die "Allianz für den Fortschritt" haben sie sehr wenig Geld reingesteckt, und in die Sicherheitsdoktrin sehr viele Putsche. Die Staatsstreich durch die Militärs sind dann viel schneller vorangeschritten als wirtschaftliche Verbesserungen durch die "Allianz für den Fortschritt".

Was jetzt nötig wäre ist, daß die USA ein anderes Schuldenmodell zulassen und die protektionistischen Handelsschranken abbauen müßten. Diese zwei Elemente bringen Lateinamerika zur Ruhe. Solange sie das nicht verstehen, werden sie alle 10 Jahre ein Nicaragua erleben.

LN: Für sie ist es ein Ziel, solche Entwicklungen wie in Nicaragua zu vermeiden?

MANZANO: In Nicaragua glaube ich wollen die Nicaraguaner selbst dies vermeiden. Anstelle des derzeitigen Zustandes hätte Nicaragua einen Demokratisierungsprozeß mit freien Wahlen und ohne Krieg durchlaufen können. Ein geordneter Übergang zur Demokratie nach Somoza wäre für alle besser gewesen. Wenn die USA das 10 Jahre früher verstanden hätten!

Oder jetzt mit der Wirtschaftsrezession, die sich in den USA abzuzeichnen scheint: Wenn ihnen da nichts besseres einfällt als diese Rezession auf die peripheren Länder abzuwälzen, wird das hier ein Vulkan!

LN: Noch einmal zurück zu den Militärbündnissen: An welche Staaten denken sie dabei konkret, ist es in erster Linie Lateinamerika oder der "Westen"?

MANZANO: Das ist eine Diskussion, die die Gesellschaft in den nächsten zwei Jahren führen muß. Die Debatte ist noch völlig in der Schwebe, bislang bringt sie niemand zur Sprache, aber sie ist unabdingbar für die Zukunft des Landes.

LN: Welche Position hat dazu der Peronismus?

MANZANO: Es gibt keine. Aber das kannst du bis zum Verteidigungsminister fragen und auch der hat das nicht klar. Ich könnte meine ganz persönliche Position wagen, aber das ist nicht die des Peronismus: Ich glaube Argentinien muß sich in ein westliches Verteidigungsbündnis integrieren.

LN: Das bedeutet mit wem?

MANZANO: Mit Europa

LN: Das heißt NATO?

MANZANO: Das ist nur meine Idee, das ist nicht der Peronismus, bringen wir den hier nicht mit hinein. Denn das ist eine Diskussion, die noch nicht einmal angesprochen ist.

LN: Was für eine Armee braucht Argentinien denn ihrer Meinung nach?

MANZANO: Eine Armee, die am Produktionsprozeß teilnimmt, die in der Lage ist, fortgeschrittene Technologie hervorzubringen; mit einer stark reduzierten Anzahl von Soldaten; nicht gerüstet, um die Besatzer des Landes zu sein, sondern um Teil eines nationalen Verteidigungssystems zu sein; sehr viel professioneller und ohne Einfluß auf die Innenpolitik; der bislang einjährige Wehrdienst ist drastisch zu verkürzen und ein ziviler Ersatzdienst muß möglich sein.

Eine wichtige Erfahrung für die Neu-Konzeption der Armee sind die Kriege der jüngsten Geschichte (gemeint ist wohl vor allem der 1982 gegen Großbritannien verlorene Krieg um die Malvinas; LN). Dort sieht man, daß die hochprofessionalisierten Armeen mit modernster Technologie und einem hohen Grad an Mobilität sehr viel effektiver sind als die großen Kampfeinheiten, die massiv Land besetzen, wie die argentinische. Es gibt also technische und politische Komponenten: die Armee muß militärisch effizient sein und nicht ober-Polizist in der argentinischen Politik. Das ist nun ein Modell, das im Gegensatz zu dem traditionellen Modell

des Süd-Kommandos der US-Armee steht.

LN: Wie haben sich denn Politiker in Argentinien gegenüber den Militärs zu verhalten?

Manzano: 1983 haben die Leute Alfonsín gewählt, weil er zur Reform des Militärs die Sachen gesagt hat, die wir jetzt sagen - klarer als unsere damaligen Kandidaten. Und jetzt wo die UCR dies nicht mehr sagt, dem immer weitergehenden Nachgeben in der Menschenrechtsfrage, der Beendigung der Prozesse gegen die angeklagten Militärs, das Gesetz über den Befehlsnotstand ... Dieser Aufgabe der moralischen Positionen haben die Wähler nicht verziehen und jetzt bei den Parlamentsteilwahlen im September 1987 haben sie uns gewählt, die wir gegen das Befehlsnotstandsgesetz gestimmt haben und die klarere Position gegenüber den Militärs haben. Es ist also ein Mandat des Volkes, das schon über zwei Wahlen hinweggeht. Es ist so, daß der Verteidigungsminister und die Abgeordneten in der Verteidigungskommission des Parlamentes verstehen müssen, daß sie sehr lange und harte Diskussionen mit den Militärs führen müssen, wenn sie wirklich das Volk vertreten wollen. Wenn sie kurze und einfache Übereinkünfte mit den Militärs finden, werden sie aufhören, das Volk zu repräsentieren. Und die Politiker müssen lernen, den Militärs zu befehlen! Sie sind vom Volk bezahlte öffentliche Angestellte und kein Interessenverband. Diese "Logik der Korporation" wird von vielen angewandt, aus böser Absicht oder aus Naivität: Die Gewerkschaften, die Unternehmerverbände, die Kirche, die Streitkräfte ... - als ob sie ein Interessenverband wären, der Forderungen stellen darf! Sie sind öffentliche Angestellte, wir zahlen ihnen Gehälter. Das heißt, sie müssen tun, was man ihnen sagt. Die Politiker müssen den Unmut und die Überzeugung haben, ihnen zu befehlen, wenn nicht, geht die Geschichte Argentinien so weiter wie immer.

ARGENTINIEN/KULTUR

Zwischen Exil, Selbstzensur und Widerstand

Die argentinische Literatur der 70er Jahre, der sogenannten "generación del 70", wurde geprägt durch die Militärdiktatur.

Von den Schriftstellern, die nach dem Putsch 1976 ins Exil gingen, sind etliche in Europa bekannt geworden. Für eine Konferenz über die neue argentinische Literatur, die die Universität Eichstätt Ende des vergangenen Jahres veranstaltete, waren aber auch Autoren eingeladen, die während der Zeit der Diktatur im Land gelebt und geschrieben haben.

Mit vier Schriftstellern, die an der Konferenz teilnahmen, sprach die LN in Buenos Aires über ihre literarische Arbeit, im Spannungsfeld zwischen Exil, Selbstzensur und Widerstand.

Der Schriftsteller MEMPO GIARDINELLI ging nach dem Militärputsch 1976 ins Exil nach Mexiko und kehrte erst 1984 ins demokratische Argentinien zurück.

Er beschrieb die Jahre im Exil sehr persönlich und emotional; "Ich glaube, daß Exil nicht heißt, sein eigenes Land zu verlieren, sondern vielmehr ein weiteres Land dazu zu gewinnen. Im

Exil habe ich unter anderem die Möglichkeit gehabt, mein eigenes Land und mich selbst als Argentinier kritisch zu betrachten." Der heute 40-jährige Giardinelli entdeckte die "Laster, die Arroganz und Überheblichkeit" des Argentiniers gegenüber anderen lateinamerikanischen Ländern. "Ich wurde sensibler, wurde wütend über mich selbst und hatte harte Auseinandersetzungen mit dem idiotischen Teil des Argentiniers in mir. Mexiko und das Exil haben mir, glaube ich, eine Lektion der Bescheidenheit erteilt." In Mexiko entstand mit "Luna caliente"¹⁾ eines seiner wichtigsten Werke, Der Roman spielt 1977 im Chaco, der Heimat Giardinellis, dem trockenen Nordwesten Argentiniens. Das dünne, aber teure Buch liest sich in drei Stunden – als Krimi, als erotische, leicht perverse Geschichte mit tropischem Flair, als machistischer, frauenfeindlicher Roman... Oder aber man wagt den Schritt zu einer weitergehenden Interpretation: "Araceli, die Protagonistin," so Giardinelli, "repräsentiert für mich Argentinien. Sie ist dieses Land. Dieses Land ist schön, jung, verdorben, vergewaltigt. All dies ist Araceli. Araceli ist leidenschaftlich gewalttätig, sie prostituiert sich, ist pervers und sinnlich – und sie kann nicht sterben, sie stirbt einfach nicht, bleibt lebendig und endet im Ausland. Die Beziehung zwischen Araceli und ihrem Vergewaltiger-Liebhaber Ramiro symbolisiert für mich das Argentinien der Militärdiktatur. Eine gewalttätige Beziehung, Pakt einer Vergewaltigung, der im Exil endet, der vom Tod umgeben ist."

Der 1940 in Buenos Aires geborene JUAN CARLOS MARTINI ²⁾ lebte von 1975 bis 1983 im Exil in Barcelona, wo er bei einem spanischen Verlag arbeitete. Während dieser Jahre schrieb er drei bedeutende Romane.

Wie verarbeitete er das Exil? Er antwortete, wie wahrscheinlich nur ein Argentinier antworten kann: Er fängt an mit der Herkunft seiner Großeltern, daß drei seiner "abuelos" Italiener waren und die eine Großmutter Katalanin. "Das Exil wurde für mich zu einer Rückkehr in ein vertrautes Land, ein Mich-Wiederfinden mit einer bekannten Sprache, mit einer Geschichte, die die Meine ist." Rückkehr nach Europa. Allerdings ohne den Gedanken zu verlieren, daß er eines Tages wieder in seine Heimat zurückkehren würde. Das Exil so zu empfinden ist wohl typisch argentinisch. In der Einwandererstadt Buenos Aires hat bis heute keine vollständige Identifizierung der Bewohner mit der "neuen Heimat" stattgefunden. Nach wie vor werden die eigene Identität und die "Wurzeln der Kultur" nur allzu oft eher in den Herkunftsländern der Großeltern – in Europa – gesucht als in Lateinamerika.

"Den ersten Roman, 'La vida entera' (Das ganze Leben) hatte ich schon in Argentinien angefangen zu schreiben, aber erst im Exil vollendet und veröffentlicht. Er ist noch eine Reflektion über mein Land, über die Politik der Gewalt in Argentinien, aber schon aus der Sicht von jemandem, der sich außerhalb des Landes befindet. In den beiden folgenden Romanen, 'Composición de lugar' (Komposition des Ortes) und 'El fantasma imperfecto' (Das unvollendete Gespenst), ist der Schwerpunkt nicht mehr Argentinien, sondern das Ausland und die Reise." Es sind Reflektionen über das Leben in der Fremde und die Entfremdung vom Heimatland und seinem Dialekt.

Die junge Autorin REINA ROFFÉ ³⁾ blieb nach dem Putsch noch fünf Jahre in Argentinien. 1981 ging sie mit einem Fulbright-Stipendium für drei Jahre in die USA.

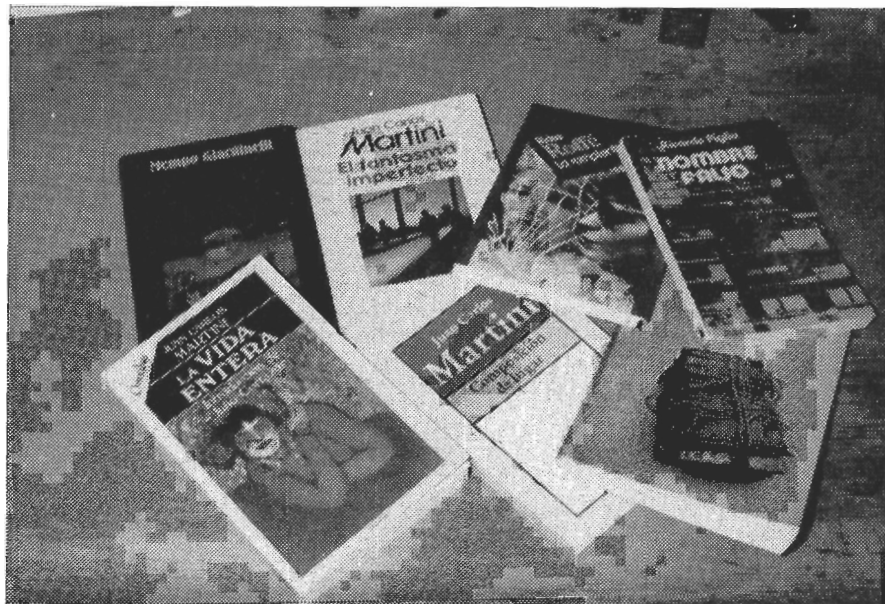
Bisher sind drei Romane von ihr erschienen: "Llamando al puf" (Den Wäschkorb rufend), 1973, "Monte de Venus" (Venusberg), 1976 und "La rompiente" (Die Zerbrechende), 1987.

1976 wurden ihre bis dahin publizierten Bücher zensiert. 1978/79 schrieb sie einen Roman, der von einem spanischen Verlag veröffentlicht werden sollte. "Am Ende entschied ich, daß dieser Roman nicht veröffentlicht werden sollte, weil ich mir darüber bewußt wurde, daß ich mich selbst zensiert hatte. Ich hatte unbewußt einen Weg gesucht, um der Zensur zu entgehen."

Die Selbstzensur ist ein Aspekt der Militärdiktatur, der bisher bei der Diskussion über die lateinamerikanische Literatur nur wenig Beachtung gefunden hat.

Reina Roffé schrieb in den folgenden Jahren bewußt nichts, weil sie – so Roffé selbst – "Gefahr lief, zum 'Spielzeug' der Militärdiktatur und zum Opfer ihrer 'Gehirnwäsche' zu werden."

Der Schriftsteller und Literaturkritiker RICARDO PIGLIA ist eine der Schlüsselfiguren der neueren argentinischen Literatur. 1976 ging er ins Exil in die USA, kehrte aber schon 1977 bewußt nach Buenos Aires zurück. Im Ausland war ihm klar geworden, daß die Kulturszene völlig zugrunde gehen würde, wenn alle Intellektuellen das Land verließen, daß es in Argentinien selbst in dieser Zeit Positionen gab, die es zu verteidigen galt, und die auch eingenommen werden konnten. Schon 1977 war das Projekt einer Zeitschrift in Planung, die 1978 als "Punto de vista" zum ersten Mal erschien. Auch dies war ein Anlaß mehr, zurückzukehren und hier mitzuarbeiten. "Ziel dieser Zeitschrift war es", so Piglia, "innerhalb des Möglichen eine kritische Stellung zu beziehen, einen 'Micro-Widerstand' zu bilden. Wir wollten als Kern, als Sammelstelle für die gebliebenen kritischen Intellektuellen dienen. Auch exilierte Schriftsteller schrieben ab und an anonym für 'Punto de vista', so daß die Zeitschrift eine bescheidene, aber wichtige Verbindung zwischen Exilierten und 'Gebliebenen' bildete." 1980 erschien Piglias "Respiración artificial" ("Künstliche Beatmung"), das wichtigste Buch, das während der Militärdiktatur in Argentinien selbst geschrieben wurde. Es handelt sich um ein sowohl literarisch als auch politisch hochinteressantes Buch! Zwischen den Zeilen offenbart sich dem Leser eine exakte und profunde Beschreibung und Interpretation der argentinischen Wirklichkeit während der Militärdiktatur.

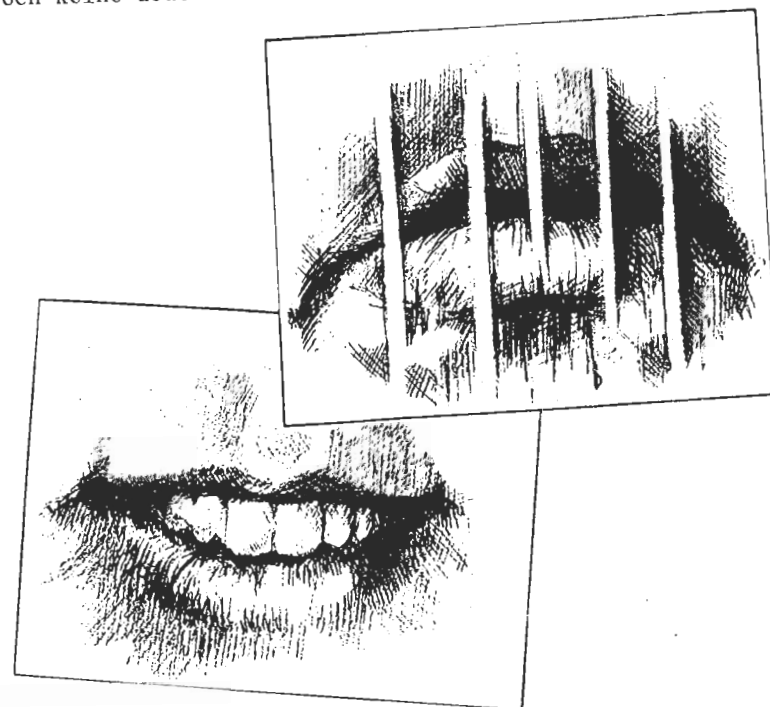


Gerade diese in Argentinien geschriebene Literatur ist im Ausland bislang weitestgehend vernachlässigt worden. Dafür bezeichnend ist, daß z.B. Piglia - obwohl in Argentinien selbst von enormer Bedeutung - im Ausland kaum bekannt und sein Hauptwerk "Respiración artificial" noch nicht einmal übersetzt worden ist.

Die Tatsache, daß ein Schriftsteller im Exil war, Verbindungen zu europäischen Verlagen knüpfen konnte, und seine Werke mit dem gewissen exotischen Flair versieht, mag ihm das Erscheinen auf dem europäischen Büchermarkt sichern. So entsprechen Giardinellis Bücher zwar dem Bild, das der mitteleuropäische Durchschnittsleser von Lateinamerika hat, doch handelt es sich um ein verzerrtes Bild, ein Bild, das kaum die argentinische Literaturszene wiedergibt.

Ein Piglia, ein Martini sind zwar weniger exotisch, weniger "vi-brierend" als ein Giardinelli, doch weitaus repräsentativer für das, was sich literarisch in Buenos Aires abspielt.

- (1) "Heißer Mond", bei Piper erschienen. Ebenso von ihm auf Deutsch - "Leb' wohl, Mariano, leb' wohl", Piper
- (2) Noch keine deutschen Übersetzungen erhältlich
- (3) Noch keine deutschen Übersetzungen erhältlich



REZENSIONEN

»Die Toteninsel« – Roman über Heimgekehrte und Dagebliebene im heutigen Chile

José Donoso kennt die Situation, als Künstler aus dem Exil heimzukehren. Der in Lateinamerika bekannte chilenische Schriftsteller hat selbst in Spanien gelebt und ist erst vor einigen Jahren wieder nach Chile zurückgekehrt. Sein neuer Roman "Die Toteninsel" trägt denn auch deutlich autobiographische Züge.

Der berühmte Sänger Mañungo Vera kehrt nach langen Jahren nach Chile zurück. Dort ist gerade Matilde Urrutia gestorben, die Witwe Pablo Nerudas. Bei der Totenwache trifft Mañungo auf VertreterInnen der unterschiedlichsten chilenischen Bevölkerungsgruppen, von militanten Widerstandskämpfern bis hin zu Geschäftsleuten, die mit der Diktatur paktieren.

Aus diesem Zusammentreffen und den darauf folgenden Ereignissen zeichnet Donoso kein nur eindimensionales Bild – trotz oder vielleicht gerade wegen der in dieser Schilderung enthaltenen Elemente aus seinem eigenen Leben. Das Gut-Böse-Schema der Isabel Allende (deutlicher noch in ihrem zweiten Roman "Von Liebe und Schatten") ist ihm fremd, seine Betrachtungsweise ist vielschichtiger und facettenreicher.

Niemand paßt in ein Klischee: Nicht der Popstar Mañungo, den Kreise der Opposition zum Symbol ihres Kampfes hochstilisieren wollen – doch als er nicht mitspielt, werfen sie ihm vor, daß er den Putsch und die Folgezeit nicht persönlich miterlebt hat. (Wer erinnert sich dabei nicht an die häufig in Exilchilenen- und Solidaritätskreisen vertretene Vorstellung, nur ein gefolterter Chilene sei ein politischer Mensch?) Ebensowenig Judit, Tochter aus großbürgerlichem Haus, die in der Linken kämpft, und deren Folter bei einer Festnahme darin bestand, nicht vergewaltigt zu werden wie ihre Mitgefangenen. Durch dieses Verschontwerden fühlt sie sich schuldig. Neben ihrer Würde wurde ihr so auch das Zusammengehörigkeitsgefühl mit den anderen geraubt. So lebt sie weiter mit dem Ziel, das zu rächen, was ihr nicht angetan wurde.

Auch Lopito, der häßliche Alkoholiker, der im unpassendsten Moment seine politische Meinung herausposaunt und dafür teuer bezahlen muß, paßt in keine Schublade. Am ehesten den hiesigen linken Erwartungen entspricht vielleicht noch Freddy, der mit der Diktatur gute Geschäfte macht und sich auch nicht zu schade ist, mit seinen politischen Gegnern zu verhandeln, wenn dabei für ihn etwas herauspringt.

Doch obwohl alle anders sind, als sie auf den ersten Blick erscheinen, fügen sie sich dennoch zum vertrauten, erwarteten Bild zusammen. Gerade diese Widersprüche machen Donosos Schilderung so

lebensnah: Wir sehen die Machtkämpfe der verschiedenen Oppositionsgruppen und ihren Streit um die richtige Taktik im Kampf gegen die Diktatur, die Konfrontation zwischen Dortgebliebenen und heimgekehrten Exilierten, die Standortsuche der Rückkehrer und nicht zuletzt die politischen Rahmenbedingungen in Pinochets Chile. Hinzu kommt das Lokalkolorit, das das Herz aller SantiagokennerInnen höher schlagen läßt.

Doch Donoso liefert mehr als nur eine Beschreibung: Er hält der chilenischen Gesellschaft einen Spiegel vor, in dem sich niemand bewundern kann. Deutlich werden die Schwäche und Zerstrittenheit der Opposition, die so gegen die Diktatur keine Chance hat. In dieser Einschätzung hebt Donoso sich deutlich von Isabel Allende ab, die ein ideales Bild vom baldigen Sturz der Diktatur zeichnet. Bei ihrer klaren Einteilung in "gut" und "böse" darf die Aussicht auf diesen märchenhaften Ausgang natürlich nicht fehlen. Und dabei weiß sie sich in guter Gesellschaft vieler Oppositioneller, die an dem Mythos mitzimmern, der Sturz Pinochets ist absehbar und dann werde alles gut.

Donoso lädt ein, hinter die Kulissen zu schauen und die unterschiedlichen Vorstellungen und Handlungen der Betroffenen ohne das übliche Schubladendenken zu verstehen, um so wirklich aufeinander zugehen und auch zu den eigenen Zielen stehen zu können. Erst auf dieser Basis ist nach seiner Einschätzung tatsächlich mit einem Sturz der Diktatur zu rechnen.

José Donoso: Die Toteninsel
Hoffmann & Campe, 1987

Uruguays neue alte Demokratie

Vor genau drei Jahren – am 1. März 1985 – ging in Uruguay die zwölfjährige Diktatur der Militärs zu Ende. Ein vom Volk gewählter Präsident übernahm, nein, nicht die Macht, nur die Regierung. Dennoch liegt das 3-Millionen-Land am Río de la Plata kaum beachtet im Schatten seiner großen Nachbarn Brasilien und Argentinien: In deutsch ist bislang noch kein Buch über Uruguays wiedererlangte Demokratie erschienen.

Eine Veröffentlichung des Lateinamerika-Instituts der Freien Universität Berlin widmet sich nun diesem Thema: Auf 200 Seiten wird von 8 Autor/inn/en sowohl zu den politischen wie auch den kulturellen Aspekten der uruguayischen Demokratie solide Information geliefert. So wird die politische Entwicklung der letzten 15 Jahre nachgezeichnet und erklärt, warum in der einstigen "Vorzeige-Demokratie" 1973 die Militärs eine der dauerhaftesten Diktaturen La-

teinamerikas errichteten. Und in der Analyse des jetzigen politischen Systems wird deutlich, wie "alt" die "neue Demokratie" in Wirklichkeit ist: Die Wiedereinführung des traditionellen, wenig demokratischen Wahlsystems, das relativ schwache Parlament und die starke politische Stellung des Militärs bedeuten weitgehend die Rückkehr zu dem Zustand – und den Problemen – von vor '73. Ein tatsächlicher demokratischer Neu-Anfang ist damit verhindert worden.

Während die politisch-institutionelle Entwicklung also vor allem *restaurativen* Charakter trägt, wird die Wirtschaftspolitik durch die *Kontinuität* von der Regierung der Militärs zu der zivilen von Präsident Sanguinetti gekennzeichnet. Der leider oft zu fachtechnisch geratene Beitrag hierzu zeigt, daß das extrem liberale Modernisierungskonzept der Regierung weiterhin diejenigen (in- und ausländischen) Wirtschaftsinteressen begünstigt, die auch schon von der Politik der Militärs profitiert haben – auf Kosten der großen Mehrheit der Uruguayer/innen.

In den zwei folgenden Beiträgen wird anhand der Teilbereiche *Presse* und *Universität* aufgezeigt, welche Veränderungen sich für diese durch den Übergang zur Demokratie ergeben haben, aber auch welche wichtige Rolle sie selbst in diesem Prozeß gehabt haben.

Die zweite Hälfte der Publikation ist den Auswirkungen von Diktatur und Demokratie auf die Literatur Uruguays gewidmet. Hier sind die Texte besser aufeinander abgestimmt als im ersten Teil. Ein guter Überblick über das kulturelle Leben des Landes stellt den Hintergrund, vor dem die Beiträge zur *Gefängnisliteratur* und zum *unabhängigen Theater* zu lesen sind.

Die Darstellung der gegenwärtigen Strömungen und Kontroversen in der uruguayischen Literatur zeigt einen Generationskonflikt, der ähnlich auch in anderen Ländern Lateinamerikas zu finden ist. Die jungen Schriftsteller/innen, deren Literatur sich unter der Militärdiktatur herausgebildet hat, begehren auf gegen die ältere, etablierte Generation, zu der zum Beispiel die bei uns sehr bekannten Eduardo Galeano und Mario Benedetti gehören. Die jüngeren sehen, daß diese zumeist aus dem Exil zurückkehrenden Intellektuellen "wieder ihre alte Stellung von 1970 einnehmen wollen". Sie wehren sich gegen diese Restauration, die ihnen in der Kultur nicht weniger absurd und schädlich erscheint als in der Politik.

Der Bericht ist das Resultat einer zweimonatigen Studienexkursion des Lateinamerika-Institutes der FU-Berlin. Als "**Exkursionsbericht. Demokratisierung in Uruguay**" ist er zu beziehen über das LAI, Breitenbachplatz 2, 1000 Berlin 33 (Berliner bitte direkt dort abholen!).

»Somos ambulantes« – Straßenhändler in Lima

Der ambulante Straßenhandel ist in den Großstädten Lateinamerikas zu einer Überlebensstrategie der Armen geworden und Ausdruck der schweren Wirtschaftskrise, die zu immer mehr Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung führt. In den Straßen der Hauptstadt Perus kämpfen jeden Tag hunderttausende ambulante Händler unter harten Bedingungen ums Überleben. Obwohl sie eine wichtige Rolle in der Wirtschaft spielen, werden sie immer wieder Opfer polizeilicher Vertreibungen. 1979 gründeten sie einen Gewerkschaftsverband, die FEDEVAL (Federacion Departamental de Vendedores Ambulantes de Lima y Callao).

Der Videofilm "Somos Ambulantes" entstand im Rahmen eines ASA-Projekts in der Zeit von Dezember 86 bis April 87. Gewerkschaftsmitglieder und Studenten erarbeiteten gemeinsam das Drehbuch, und die Bilder werden von den Straßenhändlern selbst kommentiert, die ihre Situation schildern.

Am Anfang des Films stehen Bilder, die die große Bandbreite des ambulanten Handels dokumentieren: Nahrungsmittel- und Zeitungsverkäufer, Automechaniker am Straßenrand, Kinder, die Autos putzen oder an Straßenecken tanzen, um Brot zu verkaufen...

Dionisia, eine Straßenhändlerin aus einer Stadtrandssiedlung, erzählt über ihre Arbeit und ihr Leben. "...und jeden Morgen der gleiche Kampf", so resümiert sie ihren Tagesablauf, der morgens um vier beginnt und abends mit den typischen Hausfrauentätigkeiten endet. Die Bilder spiegeln nicht nur die Anstrengungen wider sondern auch die Suche nach Anerkennung in der städtischen Gesellschaft und das Bemühen, den Kindern alles zu ermöglichen, "damit sie nicht so werden wie wir". Gewerkschaftsführer nehmen politisch Stellung und Basisführer kommentieren Erfolge ihrer Organisation bei der Er kämpfung fundamentaler Rechte: in San Martin de Porres entstand das erste Gesundheitszentrum für Straßenhändler in Lateinamerika, und um dezentral in ganz Lima feste Märkte errichten zu können, wurden Gelände enteignet.

Doch auch Widersprüche innerhalb der Gewerkschaft werden deutlich: die Schwierigkeit, sich zu organisieren und den Kontakt zur Basis zu halten, oder die Tatsache, daß Frauen in der FEDEVAL unterrepräsentiert sind, obwohl es sich bei den meisten ambulantes um Frauen handelt.

Die FEDEVAL setzt den Videofilm in ihrer Basis- und Propagandaarbeit ein, und für die Gewerkschaft ist er auch gemacht worden. Der Film macht betroffen, nicht zuletzt durch die Bilder brutaler Zusammenstöße mit der Polizei. Doch es macht Mut, wie die Straßenhändler sich gegen ihre Situation wehren, mit ihrem Straßentheater, ihren Festen, ihrer Entschlossenheit ...

Verleih und Verkauf bei Medienwerkstatt Franken e.V. / Rosenaustrasse 7 / 8500 Nürnberg 80 / Tel. 0911 - 288013 /

ZEITSCHRIFTENSCHAU

ila-info Nr. 112, Jan./Febr. 88

Heerstr. 205, 5300 Bonn 1

Schwerpunktthema: Wem gehört das Meer?

Das Heft beschäftigt sich mit dem Kampf um die Aufteilung der letzten Kolonien: dem Meer und der Antarktis. Nach dem Einleitungsbeitrag zur internationalen Seerechtskonvention und deren Auswirkungen bei der Erschließung strategischer Meeresressourcen enthält der Schwerpunkt Artikel zur drohenden Ausplünderung in der Antarktis, zur Bedeutung des Meeres für die wirtschaftliche Entwicklung Lateinamerikas, zu ökonomischen und ökologischen Problemen der Fischwirtschaft in Chile und Peru und zur Selbstorganisation der Fischer in Brasilien. Weitere Beiträge zu Panama, Honduras und El Salvador, sowie zur momentanen Repressionswelle in der BRD. Außerdem erinnert das Heft an die im Dezember verstorbenen Internationalistinnen Marie Langer und Brigitte Heinrich. Aus aktuellem Anlaß kommentiert ein Brief aus Goiânia die skandalöse "Bewältigung" des dortigen Strahlenunfalls.

SOLDARISCHE WELT, Nr. 119, Sept. 87

Hedemannstr. 14, 1000 Berlin 61

Schwerpunkt: Energie

Traditionelle und alternative Energiequellen in Afrika / Groß-Staudämme in Indien / Tucuruí-Komplex in Brasilien, außerdem: Radioaktive Verseuchung in Südisien / Importiertes Milchpulver und neues Umweltbewußtsein in Bangladesch u.a.

SOLIDARISCHE WELT, Nr. 120, Dez. 87

Hedemannstr. 14, 1000 Berlin 61

Schwerpunkt: Die Schuldenkrise

Mit den Schuldenbergen wächst die Armut / Anpassungspolitik und die Bedürfnisse der Armen (Auszug aus dem Dokument eines UN-NGO-Seminars 87) / Weltwirtschaftskrise und US-Wirtschaft / Ziele und Folgen der Auflagenpolitik des IWF / Ghanas Weg in die Krise / Brasilien: Ausverkauf einer Region / Wege aus der Schuldenkrise? Ein Überblick über verschiedene Lösungsvorschläge / Regenwaldprojekt, Peru.

INFORMATIONSDIENST SÜDLICHES AFRIKA, Nr. 8/87, Dezember

Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Schwerpunkt: Frauen, EKD und Sanktionen

Frauen stehen in der Apartheidsgesellschaft an der untersten Stufe, denn Apartheid trennt nicht nur nach rassischen Gesichtspunkten, sondern auch nach geschlechtlichen. Die Auswirkungen dieser Unterdrückung der Frauen und die Anstrengungen, die die SWAPO in Namibia zur sozialen Gleichstellung der Frauen unternimmt, werden hier beleuchtet. Das Winden der Ev. Kirche um die Sanktionsfrage hat durch eine von ihr selbst veranlaßten Studie neue Impulse erhalten. Zwei Aufsätze widmen sich dieser Thematik. Außerdem: Zur Verfassungsänderung in Zimbabwe, Konferenzberichte, aktuelle Informationen, Rezensionen u.v.m.

AIB, Heft 3/88

Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Schwerpunkt Palästina:

Rebellion in den besetzten Gebieten / Überblick über die Besatzterpolitik / Rolle der moslemischen Kräfte / Dokumente des Widerstands / Komitees gegen den Landraub / Der Fall Vanunu / Südafrika: Perspektiven des Widerstands / Erklärung von Oliver Tambo (ANC) / ANC zur Frage der Verhandlungen / C. Ramaphosa zu den Lehren aus den Streiks 87 / Interviews mit J. Naidoo (COSATU) / Inkatha und andere / Simbabwe: Vereinigung ZANU-ZAPU / Lateinamerika: Die Verschuldungskrise nach Acapulco / Nicaragua: Dämpfer für Reagan / Kuba: Rectificación / Ökologie: Die Vernichtung des Regenwaldes aufhalten / Ausländerpolitik: Verschärfung des Ausländerrechtes geplant / Kultur / Infos zur Solidarität / Kurzinformationen

epd-Entwicklungspolitik 2/88

Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 17

Analysen: Agroszene: Ins Gen- und Ersatzteilzeitalter / Zum 200. "Geburtstag" Australiens / Botswana: ökologische Zerstörung durch EG-Weltbank-Rinderzuchtprojekte / Das Geschäft mit den chilenischen Auslandsschulden / Ohne Lerneffekt: der "Tag für Afrika" / Dokumentation: Weltbank-Vizepräsident zur Verschuldung / Aufruf der Mosambique-Kampagne / Äthiopien-Erklärung des Bundestages

INPREKORR Nr. 199

Zülpicher Str. 39, 5000 Köln 1

Börsenkrach: Ernst Mandel erklärt aus marxistischer Sicht die Hintergründe für den "Schwarzen Montag", den Zusammenhang mit dem Niedergang der US-Wirtschaft und der zunehmenden Verschuldung der kapitalistischen Welt. Warum eine neue Rezession auf uns zukommt / Arbeiterkämpfe in Westeuropa: Interview mit Theo Steegmann von Krupp-Rheinhausen; Berichte über die Stärkung oppositioneller Strömungen in der Gewerkschaft in Spanien und Schweden, sowie über den Generalstreik in Italien im November 1987 unter der Führung der betrieblichen Basiskomitees / Österreich: Entwicklung der Grünen und Perspektiven der Linken darin / Brasilien: Die Kampagne für die Direktwahl des Präsidenten; Entwicklung der CUT zur Einheitsgewerkschaft und das Verhältnis der CUT zur PT.

EINGEGANGENE BÜCHER

Marc Edelmann, Klaus Fritsche: Weder Schaf noch Wolf. Sowjetunion - Lateinamerika 1917-1987. ila, Bonn 1988, ISBN 3-924958-16-5

Lateinamerikainstitut der FU Berlin: Exkursionsbericht. Demokratisierung in Uruguay. Berlin 1986, Bezug: LAI, Breitenbachplatz 2, 1000 Berlin 33, Berliner nur direkt dort abholen (Zimmer 216)

Rainer Dombois: Autoindustrie und Automobilarbeiter in Mexiko. Zur Entwicklung der Automobilindustrie und ihrer betrieblichen Arbeitsmärkte in einem Schwellenland. Rainer-Bohn-Verlag, Edition Sigma, Berlin 1988, ISBN 3-924859-34-5

Gruppe Neues Reisen: Zwischen Minarett und Badestrand. Tourismus in der Türkei. Gruppe Neues Reisen, Reisebriefe zur Touristik, Band 19/20, Berlin 1988, ISBN 3-926281-09X

TERMINE

Seminare des Arbeitskreis Entwicklungspolitik e.V.

Verschuldung. Zwangsjacke zur Weltmarktintegration der "Entwicklungsländer"; 11. - 13. 3. 1988 in Bielefeld

Fleisch frißt Menschen. Zum Fleisch- und Futtermittelimport 18. - 20. 3. 1988 in Oerlinghausen

Drei Welten oder eine? Eine Einführung in entwicklungspolitische Zusammenhänge; 26. - 31. 3. 1988 in Vlotho

Hunger ist kein Schicksal - Hunger wird gemacht. Einführungsseminar; 15. - 17. 4. 1988 in Augstsdorf

Information und Anmeldung bei:

AKE-Bildungswerk, Horstweg 11, 4973 Vlotho, Tel.: 05733/6800

TeamerInnen für internationale Workcamps gesucht!

Für unsere durchschnittlich dreiwöchigen internationalen Workcamps in den Sommermonaten 1988 in den Bereichen

- Ökologie
- Frauen
- Solidarität
- Frieden
- Antifaschismus
- Soziale Initiativen

suchen wir politisch und gruppenpädagogisch interessierte MitarbeiterInnen als TeamerInnen.

Wir bezahlen ein Honorar von DM 200,-.

Die Tätigkeit kann als zehnwöchiges Block/Pflichtpraktikum für verschiedene Studiengänge anerkannt werden.

Zur Vorbereitung auf die Mitarbeit führen wir Ausbildungsseminare durch:

- | | |
|-----|---|
| 1.) | Vom 20.03. bis 27.03.88 in Ariendorf/bei Linz |
| 2.) | Vom 17.04. bis 22.04.88 in Dorweiler/bei Ko-blenz |
| 3.) | Vom 10.05. bis 15.05.88 in Dorweiler/bei Ko-blenz |



Die Fahrtkosten zu den Seminaren werden erstattet.

Anfragen und Anmeldungen bitte an

Service Civil International.
Blücherstr. 14
53 Bonn 1
Tel.: (02 28) 21 20 86/87

Im AIB 1-2/88:

Wiederkehr der Hungerkrise in ÄTHIOPIEN + NAHER und MITTLERER OSTEN + SÜDAFRIKA + TÜRKEI + Braucht die Dritte Welt AKWs? + KAMPUTSCHEA + PHILIPPINEN + HAITI + Register 1987 + Kurzinfos + Rezensionen (Doppelheft 5 DM)

Im Sonderheft 1/88:

BERICHTE - ANALYSEN - KOMMENTARE
Friedensprozeß in MITTELAMERIKA: NICARAGUA + EL SALVADOR + GUATEMALA + HONDURAS + COSTA RICA + Solidaritätsbewegung + Aktions- und Materialspiegel +

Außerdem noch lieferbare Sonderhefte:
3/86 IRAN - IRAK + 4/86 3. Welt-Politik der BRD + 1/87 NICARAGUA + 2/87 HUNGER ist kein Schicksal + Frontstaaten im SÜDLICHEN AFRIKA

Erhältlich im linken und alternativen Buchhandel oder gegen Einsendung des Heftpreises (+ 0,70 DM Porto) in Briefmarken an:

AIB-Leserinnen-service
Gottesweg 54
5000 Köln 51

33% Rabatt
ab 10 Exemplaren
Kostenloses Probeheft bei Einsendung dieser Anzeige.



Sonderheft 1/1988 2,50 DM

Berichte zu:
Nicaragua,
El Salvador,
Costa Rica,
Guatemala,
Honduras



MITTEL-AMERIKA
ENDLICH FRIEDEN?

TERRE DES HOMMES * MEDICO INTERNATIONAL
* GESELLSCHAFT DER FREUNDE DES SAHRAUI-
SCHEN VOLKES * WESTSAHARA-KOORDINATION
DER EUROPÄISCHEN HILFSORGANISATIONEN



HUMANITÄRE HILFE IST NICHT GENUG

DER WESTSAHARA-KONFLIKT

DIE EUROPÄISCHE UND DIE
BUNDESDEUTSCHE POLITIK

KONFERENZ

IN BONN, 18./19. APRIL 1988

THEMEN:

Zwölf Jahre marokkanischer Angriffskrieg
in der Westsahara

Die Situation der sahrauischen Flüchtlinge und das
Engagement der Hilfsorganisationen

Die Friedensbemühungen von UNO und OAU

Die Erwartungen der sahrauischen
Befreiungsbewegung Frente Polisario
an die Staaten Westeuropas

Die Wirtschaftskooperation EG-Marokko

Die „Neutralität“ der Bundesregierung und die
Ausrüstungshilfe an die marokkanische Armee

Die Position der Bundestagsparteien
zum Westsahara-Konflikt

REFERENTEN:

Dr. Uwe Holtz, MdB - Mahfoud Ali Beiba, Frente Polisario - Ursula
Pattberg, Terre des Hommes - Herbert Schmalstieg, Oberbürgermeister
Hannover - Bernd Dreesmann, Welthungerhilfe - Barbara Simons, MdEP
- Uschi Eid, MdB - Prof. Dr. Manfred O. Hinz, Universität Bremen - Ernst
Waltemathe, MdB - Erwin Lang, Österreichischer Außenminister a.D.
Dr. Klaus Haensch, NABU, Bürgermeister Dr. Henning
Scherf, Bremen, und andere

Konferenzort: Gustav-Stresemann-Institut,
Langer Grabenweg 68, 5300 Bonn 2
Kostenlose Übernachtung für auswärtige Gäste ist möglich.

Unterlagen und Anmeldung bei:
Dr. Martin Schaefer, Mozartstraße 2, 2000 Hamburg 76

Kampagne zur Unterstützung der
„Gewerkschaftseinheit
guatemaltekiischer Arbeiter“
-UNSI TRAGUA-



In den Jahren 1978-1982 wurde die legale
Gewerkschaftsbewegung unter den Militar-
regimes zerschlagen. Eine gesamte Genera-
tion von führenden Gewerkschaftsmitgliedern
wurde getötet oder ins Exil vertrieben
und damit wertvolle Erfahrungen zunichte
gemacht. Die sozialen Massenbewegungen
nutzten die geringen politischen Freiräume
unter der Zivilregierung Vinicio Corozos,
um sich wieder zu organisieren.
Die 1985 gegründete „Gewerkschaftseinheit
guatemaltekiischer Arbeiter“ -UNSI TRAGUA-
hat bisher die demokratischen Grundrechte
der Arbeiter am konsequentesten verfochten.
Deshalb haben wir uns entschlossen, ihre
bildungspolitischen Programme mit einem
finanziellen Beitrag zu unterstützen.

Wir bitten um Spenden unter dem Kennwort:
„Gewerkschaften“

auf eines der folgenden Konten
der Informationsstelle Guatemala e.V.

PSchA Köln - Kt.: 3115 80-508

(BLZ 370 100 50)

Sparkasse Bonn - Kt.: 70 235

(BLZ 380 500 00)

Weitere Informationen bei der:
Informationsstelle Guatemala e.V.,
Heerstr. 205
5300 BONN 1

NEU

JETZT ZWEI RÖSTUNGEN

„Sandino Suave“ DIE MILDE DRÖHNUNG

Probepaket 3 Pfund (2x Suave, 1x normal)
für 30 DM gegen Vorkasse
(Bargeld oder V-Scheck) anfordern

* suave - nicaraguanisch für: mild, sanft, weich

SANDINO DRÖHNUNG

KAFFEE *

AUS NICARAGUA

OHNE
ZWISCHENHANDELSPROFITE
INCL. 10 % SPENDE
ZUM SELBSTKOSTENPREIS
90 DM FÜR 10 x 1 PFUND

Vorfinanziert durch
ABO statt Banken bei:

Bärlicher Kaffee
- Genossenschaft e.G.

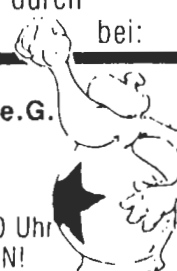
Crellestraße 22

1000 Berlin 62

☎ 030 / 781 40 18

DI 12-15 Uhr, DO 16-20 Uhr

INFOBLATT ANFORDERN!



* Rückstandsfrei laut Analyse

an: Dritte-Welt-Praktiker und Theoretiker
betr.: HIZ (Handbuch zur Internationalen

Zusammenarbeit) Bände A-Z,

Jahrgang 1983 - 1987

für DM 2'000,- abzugeben

(Neuwert etwa DM 5'700).

R. Hage, Goldstr. 60, 4400 Münster

Tel.: 0251/234541

blätter des iz3w
informationszentrum dritte welt - iz3w

Schwerpunktthema:

blätter des iz3w
informationszentrum dritte welt - iz3w

IRAN - IRAK



Nr. 146 · Dezember 1987

Afghanistan

Sudan — Interview mit Costello Garang

Adler in Sri Lanka

Die Weltbank

Themenschwerpunkt:

US-Politik im Golf

Diktatur der Baath-Partei

Deutsch-Iranische Handelsbeziehung

Lernen für den Krieg

Islam und Nationalismus

Rezensionen zum Themenblock

Grüne Stiftung

Einzelpreis DM 5,-; Jahresabo: DM 40,-
(DM 30,- für einkommensschwache
Gruppen) bei 8 Ausgaben im Jahr.
Informationszentrum Dritte Welt,
Postfach 5328, 7800 Freiburg